

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Der mit dem 2. Juli datierte Aufruf des DGB zum diesjährigen Antikriegstag am 1. September, der in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR „Weltfriedenstag“ genannt wurde, beginnt mit den Sätzen: „Weltweit steigt die Zahl einsatzbe-

Öffentlichkeit gelangen – so wie die acht Jahre Krieg Kiew und des Westens gegen die Bewohner der Ostukraine mit nach UN-Schätzung etwa 14 000 Toten auf beiden Seiten. Staats- und Konzernmedien haben in den vergangenen zehn Jahren gleichsam militärische Aufgaben erfüllt. Und der DGB folgt ihnen. Zu den Toten im Donbass nahm er jedenfalls nie Stellung.



reiter Atomwaffen. Immer mehr militärische Konflikte und Krisen sowie innerstaatliche Auseinandersetzungen prägen das internationale Geschehen.“

Das sind Tatsachen. Dem folgt aber eine Behauptung, die einseitig und falsch ist: „Der Angriffskrieg Rußlands in der Ukraine geht mit unverminderter Grausamkeit weiter.“ Verschwiegen wird wie in der Regierungspropaganda, daß im Februar 2014 das frei gewählte Staatsoberhaupt der Ukraine auf Drängen der USA und der EU mit Hilfe von Demonstranten, die von Faschisten und Nationalisten geführt wurden, gestürzt wurde. Sofort nach dem Ergreifen der Macht begannen die Putschisten einen Krieg gegen alle russischsprachigen Einwohner der Ukraine, vornehmlich im Osten des Landes. Sie sprachen von „antiterroristischer Operation“ und setzten Bomber, Panzer und faschistische Bataillone ein.

Der bewaffnete Aufstand dagegen wird, soweit er in westlichen Medien überhaupt erwähnt wird, als der von „Separatisten“ oder gleich als erste russische Invasion in die Ukraine bezeichnet. Das ist Teil der „kognitiven Kriegführung“, des gelenkten Produzierens von Lügen und Falschnachrichten. Die NATO läßt das faktisch durch eine Teilstreitkraft verwirklichen. Die US-Internetkonzerne liefern die technische Infrastruktur. Ralf Hohmann untersucht das, was früher „psychologische Kriegführung“ hieß, auf den Seiten 6 und 7 dieser „RotFuchs“-Ausgabe.

Zu dieser Kriegführung gehört zum Beispiel, dafür zu sorgen, daß ganze Bereiche der Realität nicht ins Bewußtsein einer breiten

Solcher Verzicht auf internationale Solidarität charakterisiert leider nicht nur den Zustand der Friedens- und damit der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen westlichen Staaten. Die Herrschenden legen großen Wert darauf, daß beide Bewegungen ge-

schwächt werden und sich in den Kriegskurs der imperialistischen Staaten integrieren. Die Neigung in den G7-Staaten, alle Register der Unterdrückung insbesondere linker Medien zu ziehen, hat deutlich zugenommen. Das ist auch nötig. Die Mehrheit der Staaten der Welt ist nicht mehr bereit, die Doppelmoral des Westens schweigend hinzunehmen. In den Vereinten Nationen ist es nur noch eine Staatenminderheit, die der auch im DGB-Aufruf verbreiteten Sicht von der Unschuld des Westens am Krieg in der Ukraine folgt. Auch der Papst denkt anders als der DGB. In dessen Aufruf zum Antikriegstag steht folgerichtig dann solch ein skandalöser Satz: „In Afrika haben Militärputsche und dschihadistische Gewalt zu neuen blutigen Kämpfen mit vielen Toten geführt. In der Folge wächst auch die Zahl an Geflüchteten und Binnengeflüchteten unablässig.“ Es gehört viel kolonialistische Arroganz dazu, die Putsche afrikanischer Militärs und die lange vom Westen gehätschelten kriminellen Kopfabscneider, die sich so auf eine Religion berufen wie einst die NSDAP auf den Sozialismus, auf eine Stufe zu stellen. Die Erhebungen der Militärs waren u. a. deshalb erfolgreich, weil Staaten wie die USA, Frankreich oder Deutschland nach jahrelangen Militäraktionen im Verdacht stehen, die sogenannten Dschihadisten zu unterstützen. Bewiesen ist: Der Westen hat von Afghanistan bis Westafrika durch seine endlosen Kriege die Gründe für Fluchtbewegungen Richtung Westeuropa mitgeschaffen. Wer davon nicht reden will – und leider gehört der DGB dazu –, sollte von Migrantenschweigen – egal in welcher Partei.

Wer dauerhaften Frieden will, muß eine friedensfähige Gesellschaft anstreben. Der DGB kritisiert immerhin das Streben nach „Kriegstüchtigkeit“ – wer die will, setzt sich auch für die am 10. Juli in Washington ganz nebenbei angekündigte Stationierung von Langstreckenwaffen ein, die Deutschland zum Ziel von Atomraketen machen. Das am 1. September deutlich zu bekunden, erfüllt das in der Überschrift des DGB-Aufrufs Gesagte: „Friedensgebot mit Leben füllen, kriegerische Gewaltspirale durchbrechen!“

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Stunde der Scharfmacher	2
Sie wollen den Krieg	4
Cognitive Warfare	6
Alles gegen Rußland	7
Unipolarer Anspruch der USA	8
Kein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine	10
Friedensvorstellungen und NATO-Eskalation des Ukraine-Konflikts	12
Die Posaunen der Halleluja-Karawane und das Schweigen im Blätterwald	14
Lawrows Vorschlag für eine gerechtere Weltordnung	16
Der Kollaps des Zionismus	18
Farbrevolution in Bangladesch	20
Wie willkürlich sind die USA-Terrorismustlisten?	22
Demokratische Regime versus Autoritäre Regime?	23
Frielinghaus: Es darf alles nur böse gewesen sein	24
Was hinter der bundesdeutschen „Demokratie“ wirklich steckt	26
Europa bedeutet Demokratie für alle?	28
Zu einem historischen Vergleich zwischen K. Adenauer und W. Pieck	29
„Busch singt“: Konrad Wolfs letzter Film	30
Krankenhausreform in deutschen Landen	32
Partisanenrepublik – Freiheit auf Zeit	31
Krankenhausreform	32
Das „Kommunistische Manifest“ und die Kritik der bürgerlichen Ideologie	34
Leserbriefe	37

Es schlägt die Stunde der Scharfmacher

Seit dem erklärten Ziel der „Kriegstüchtig-keit“ Deutschlands vergeht kein Tag, an dem man uns erklärt, daß der Russe unmittelbar vor der Tür steht. In diesem Chor darf die so fähige deutsche Außenministerin natürlich nicht fehlen: „Wenn die Ukraine unseren Frieden, unsere Freiheit nicht mehr verteidigen kann, weil wir sie nicht mehr unterstützen, dann ist die Frage, wie weit dann Putins Truppen weiter vorrücken“, sagte Baerbock bei einem Talk von *RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)*, *NDR* und *Hannoverscher Allgemeinen Zeitung*. Weiter besorgt sie: „Ich weiß nicht, wie lange wir dann hier in Brandenburg, direkt an der Grenze zu Polen, sicher weiter schlafen können.“ (*ntv*) Nun ist es ihr Geheimnis, warum „unser Frieden und unsere Freiheit“ ausgerechnet dort verteidigt werden. Hätte man nicht eher dafür zu sorgen, daß „Frieden und Freiheit“ in Deutschland gewährleistet werden? Ganz abgesehen davon, daß Deutschland mit der Bändera-Ukraine Kräfte unterstützt, die wir in der DDR überwunden geglaubt haben. Aber dieser Teil der Geschichte und der ukrainischen Gegenwart scheint regierungspolitisch nicht relevant zu sein.

Der Bundeswehrgeneral von Sandrart wird bei *ntv* vom 1.7.24 mit der Titelzeile angekündigt: „Wettlauf gegen die Zeit / Bundeswehrgeneral fürchtet Angriff auf NATO-Gebiet“ Sollte der Mann das tatsächlich selber glauben, hat er für diesen Fall auch die ultimative Lösung parat:

Eine konsequente Aufrüstung des Westens könne einen weiteren Krieg mit Rußland verhindern. Für einen solchen Angriff habe Moskau das Potenzial. „Diese Bedrohung ist existent. Und sie wächst mit jedem Tag“, warnte der Bundeswehr-General. Es seien

„längst nicht alle Kräfte Rußlands in der Ukraine gebunden“. „Rußland klein zu hoffen und zu denken, das wäre ein existentieller Fehler.“ Auch der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz unterstellt Putin Gelüste auf das Baltikum. Christoph Heusgen warnte vor einem Angriff Rußlands auf das Bündnisgebiet der NATO. Heusgen sagte der *Düsseldorfer Rheinischen Post* und dem Bonner *General-Anzeiger* auf die Frage, ob er Wladimir Putin einen Angriff gegen das Baltikum zutraue: „Er hat das ja angekündigt! Er will die Sowjetunion wiederherstellen; dazu gehörte das Baltikum. Wenn wir ihn lassen, wird er weitermachen.“ Nun hat Putin weder einen Angriff auf das Baltikum angekündigt noch will er die Sowjetunion wiederherstellen, diese Ansicht hat Heusgen exklusiv! Vielleicht sollte er sich nochmals die gesellschaftspolitischen Grundlagen der Sowjetunion und Rußlands zu Gemüte führen. Was Rußland will, sind Sicherheitsgarantien für seine Existenz. Dann bedauert Heusgen noch die atomare Aufrüstung zum Schaden für die Bekämpfung des Klimawandels, vergißt aber geflissentlich zu erwähnen, wer diesbezügliche Verträge einseitig gekündigt hat und seit Jahren dabei ist, sein atomares Potential zu modernisieren. Da haben wir auf der einen Seite den hochgerüsteten „russischen Bären“, der uns permanent gefährlich ist, auf der anderen Seite den aktuellen Verlauf des Ukraine-Krieges. Und da werden auch ganz andere Töne laut, so zitiert *ntv* den Militärökonom Marcus Keupp wie folgt:

„Wie lange wird der Ukraine-Krieg noch toben? Die Zeit läuft gegen Rußland. Schätzungen zufolge sind die russischen Lager in nicht allzu ferner Zukunft leer. Rußland lebt

von seinen Reserven. Es steht quasi auf den toten Beinen der Sowjetunion.“

Wie weiter? Auch darauf weiß Keupp eine Antwort: „Da der Westen inzwischen laufend und auf höherem Niveau produziere, müsse Ende des Jahres oder Anfang 2025 offenzutreten, daß sich das Kräftegleichgewicht verschiebt, vorausgesetzt, daß die Abnutzungsrate bei den Russen so hoch bleibt und die Ukraine kontinuierlich unterstützt wird.“ Ab dann bekomme Rußland Probleme.

Und dieser Gegner soll die NATO in Angst und Schrecken versetzen? Zudem lohnt sich ein Blick auf die Militärausgaben, lt. SIPRI 2023 in Milliarden US-Dollar: USA 916, China 296, Rußland 109, Großbritannien 74,9, Deutschland 66,8, Frankreich 61,3.

Wie immer man über den russischen Präsidenten denkt, eines hat er westlichen Politikern voraus: den Blick für die Realität.

Zurück zur Außenministerin, qua Amtes ist sie ja eigentlich für die Diplomatie zuständig, es wäre sinnvoll, wenn sie sich darauf besinnen würde! So hätte man Putin mit seinem Vorschlag für Verhandlungen beim Wort nehmen können und sagen, jetzt wird verhandelt. Daß Verhandlungen in der Regel mit einem Kompromiß enden, ist eine Binsenwahrheit. Völlig unbekannt scheint Frau Baerbock zu sein, daß in der Ukraine eine Gesetzeslage existiert, die Verhandlungen mit Rußland verbietet.

Lassen wir uns keinen Sand in die Augen streuen, nutzen wir unseren Verstand. Es ist nie verkehrt, die Frage zu stellen: Wem nützt es? Die Rüstungsindustrie kommt vor Freude wahrscheinlich nicht mehr zum Schlafen, von anderen globalen „Interessenvertretern“ ganz abgesehen. Es ist ein Spiel mit dem Feuer!

Oberst a.D. Friedemann Munkelt, Leipzig



Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen,

Bildung und KITAS, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

Deshalb:
Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober um 12.30 Uhr nach Berlin!

Es liegt an uns!

Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“
Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Rita-Sybille Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl

Ein Friedenstraum, daß dieser kein Traum

Ich träumte als Kind,
Ach, wie Kinder so träumen,
Für die Zukunft nicht blind,
Daß zu Größe ich find
Hoch über den Wipfeln von Bäumen.

Die Wolken, vergleichbar,
Der Erde so nah
Als Wesen nahm ich gestaltend wahr
Und selbst die Regentropfen sogar
Mit Bewunderung einst ich als Pfütze sah.

Da war kein Krieg in der Kinderwelt,
Zwar vernahm ich davon zuweilen.
Mir strahlten die Sterne am Himmelszelt
Mit Bestaunen, daß keiner herunterfällt
Gleich dem Mond, Liebe gut zu verteilen.

Die Träume, ich habe sie mir bewahrt,
Auch wenn mir der eine von Größe versagt,
Die Größe doch in dieser Gegenwart
Für den Frieden bleibt keinem erspart,
Daß ein Kind in ihm stets lieb zu träumen wagt.

E.Rasmus

Deutsche Kriegsvorbereitungen

Ich hatte dieser Tage das in der Edition Ost verlegte Buch von Fritz Schumann „No more Hiroshima“ in den Händen. Es handelt von den Folgen und Auswirkungen der Atombombenabwürfe durch die US-Amerikaner auf Hiroshima und Nagasaki 1945. Die darin enthaltenen authentischen Erlebnisberichte und Fotos erschüttern und machen betroffen. Das Ausmaß der bewußten Tötung der Einwohner und der Zerstörung beider Städte ist unvorstellbar – ein kaltblütiger Befehl des US-Präsidenten Harry S. Truman, der keinen entscheidenden Einfluß auf die Beendigung des 2. Weltkrieges hatte. Die ursprüngliche Absicht der USA, die Bomben auf Hamburg und Berlin abzuwerfen, wurde durch den schnellen Vormarsch der sowjetischen Armee nach Deutschland vereitelt. Es ging den US-Amerikanern bereits 1945 darum, gegenüber der Sowjetunion ein Zeichen zu setzen, um ihren seit Jahrhunderten verfolgten Exzeptionalismus zu verwirklichen. Die Führungselite der USA scheint kopfkrank zu sein. Machterhalt und -erweiterung sind das einzige Motiv, welches sie treibt, gleich welche Folgen damit verbunden sind. Heute, 79 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, erdreisten sich EU-Politiker und Mainstreammedien, die Ausweitung des Krieges in der Ukraine zu fordern und dem Einsatz von Atomwaffen das Wort zu reden, bzw. diesen nicht auszuschließen. Mit der schier grenzenlosen Unterwürfigkeit besonders der deutschen Regierung und dem Glauben, die Amis würden nur Gutes

für sie tun, marschieren sie nach wie vor im Gleichschritt mit und lassen sich herumführen wie weiland die zum Schlachten freigegebenen Stiere in den Arenen. Gleichzeitig wollen sie aber eine Führungsrolle in der EU einnehmen. Dafür steht auch der kriegsbesoffene deutsche Kriegsminister, der vorausschauend Kenntnis darüber zu haben scheint, daß die Russen in fünf Jahren kurz vor Berlin stehen. Der Minister redet von Einsatz-, Durchhalte- und Auffüllungsfähigkeiten, die bis 2029 geschaffen werden sollen. Nach Plänen der Bundeswehr sollen verstärkt zivile Einrichtung in die vorzubereitende Kriegstüchtigkeit einbezogen werden. Das betrifft das Verkehrswesen, die Gesundheitseinrichtungen und andere gesellschaftliche Bereiche, die laut Planung im sogenannten Ernstfall per Verordnung einbezogen werden sollen. Demzufolge bereitet sich Deutschland mit der NATO auf einen Krieg vor, den sie selbst organisieren. Gleichzeitig bezichtigt er Putin der Kriegseskalation und erklärt im Gegenzug, daß Deutschland keine Kriegspartei sei. Ja, was ist man denn sonst, wenn man Waffen an die Ukraine im Überflus liefert? Von Friedensbereitschaft der NATO und des Westens weit und breit keine Spur. Die NATO war seit ihrer Gründung ein aggressives Kriegsverständnis, was sie bis in die jüngste Vergangenheit dutzendumfänglich unter Beweis stellte, neuerdings in der Ukraine. Man redet von Frieden und heizt den Krieg an. Dafür stehen

die Lieferung von immer aggressiveren Waffen, F16-Flugzeuge, Raketen, Marschflugkörper, Munition u.a., die Einrichtung eines US-geführten Zentrums in Polen zur „Bekämpfung der russischen Desinformationen“, die Etablierung des Hauptquartiers der NATO für die Koordinierung von Waffenlieferungen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Wiesbaden und anderes.

Nach Aussagen des Kanzlers will Deutschland Frieden, indem es sich selbst militarisiert und sich am Krieg in der Ukraine mit militärischer, wirtschaftlicher und politischer Unterstützung beteiligt.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) empfiehlt, eine Summe von über 30 Mrd. Euro bereitzustellen, um insbesondere Straßen, Schienen und Brücken für den Transport von Truppen und großen Mengen militärischen Materials in Richtung Osten vorzubereiten. Das Schienennetz ist für die Kriegsstrategen der wichtigste Bestandteil der militärischen Logistik. Für einen „Aufmarsch gegen Rußland“ seien Gleise der Hauptverkehrsweg, um „große Mengen an Truppen und schwerem Gerät“ von der Bundeswehr und von verbündeten Streitkräften zu verlegen.

Inzwischen kann jeder sehen, wohin der Westen will – mal wieder nach Rußland. Und europäische „Politiker“, die absichtsvoll in willfähige Positionen gehoben wurden, „dienen führend“ (Habeck) dem US-Imperialismus.

Rainer Neubert, Berlin

Die AfD unterstützt wie die Ampelparteien und die CDU/CSU den Völkermord im Gazastreifen und macht Wirtschaftspolitik für die oberen Zehntausend

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg argumentieren viele, das BSW könne nur mit der AfD koalieren, weil es in der Außenpolitik große Übereinstimmung gäbe. Das ist eine Lüge. Zwar fordern BSW und AfD Verhandlungen über einen Waffenstillstand und eine diplomatische Beendigung des Krieges in der Ukraine, und beide plädieren für eine die Sicherheitsinteressen Moskaus berücksichtigende Außenpolitik. Aber darüber hinaus gibt es in der Sicherheitspolitik gravierende Unterschiede. Die AfD unterstützt im Gegensatz zum BSW das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, also die Finanzierung einer massiven Aufrüstung und die weitere Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Würde man der AfD folgen, stünde noch weniger Geld für Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser zur Verfügung. Das ist die Verbindung zur Landespolitik bei den kommenden Landtagswahlen. Die AfD unterstützt im Gegensatz zum BSW die Osterweiterung der NATO, so zuletzt die Aufnahme Finnlands und Schwedens. Die AfD unterstützt im Gegensatz zum BSW den Völkermord Israels im Gazastreifen und befindet sich hier im Einklang mit CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen. Da die Mehrheit der

deutschen Journalisten, wohl aus Gründen der deutschen Staatsräson, diesen Völkermord kaum thematisiert, ist diese gravierende Übereinstimmung der AfD mit den „Altparteien“ den meisten Wählerinnen und Wähler nicht bekannt.

Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterscheiden sich BSW und AfD ohnehin beträchtlich: Das BSW fordert Renten wie in Österreich. 20 Millionen deutsche Rentner hätten jeden Monat mehrere Hundert Euro zusätzlich im Geldbeutel. Die AfD ist dagegen. Das BSW fordert einen Mindestlohn von 14 Euro die Stunde. Das wäre eine Verbesserung für Millionen deutsche Familien, die heute kaum über die Runden kommen. Die AfD hat im Bundestag dagegen gestimmt. Das BSW fordert eine gerechtere Besteuerung leistungsloser Kapitaleinkommen und der großen Vermögen von Multimillionären und Milliardären, um das notwendige Geld für Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser bereitzustellen. Die AfD ist dagegen. Daraus folgt, daß eine Regierungszusammenarbeit der AfD mit den „Altparteien“ aus inhaltlichen Gründen viel eher möglich ist als mit dem BSW. Das alles soll vor den Landtagswahlen im Osten übertüncht und weggelogen

werden. Eine klägliche Rolle spielen in dieser Kampagne Grünen-Politiker aus den östlichen Bundesländern, die sich unter Führung der ehemaligen Grünen-Bundessprecherin Marianne Birthler als „Bürgerrechtler“ maskiert haben. Sie werfen dem BSW im Hinblick auf die Forderung nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in der Ukraine Lügen vor. Diese „Bürgerrechtler“ haben von der Verletzung der Bürgerrechte in der Ukraine wohl noch nie etwas gehört. Oppositionelle Parteien und Medien sind in dem Land verboten, junge Männer werden von der Straße weg zum Kriegsdienst gezwungen, und wer sich für Friedensverhandlungen mit Rußland einsetzt, um das Sterben zu beenden, läuft Gefahr, im Gefängnis zu landen. „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“, für diese Forderungen wurden die damaligen Bürgerrechtler in der DDR im Westen Deutschlands bewundert. Wer Frieden mit immer mehr Waffen schaffen will und die undemokratischen Zustände in der Ukraine nicht beklagt, sollte sich nicht auf die Bürgerrechtstradition in der DDR berufen.

Oskar Lafontaine

Quelle: NachDenkSeiten, 13.8.2024

Sie wollen den Krieg

RF dokumentiert, stellvertretend für viele andere Friedensinitiativen, den Warnruf des Friedensbündnisses NRW



In Verantwortung für die Menschen dieses Landes und Europas halten wir als Friedensbündnis NRW es für notwendig, das Undenkbare auszusprechen: Die

Regierung der USA, die NATO-Führung und zahlreiche NATO-Mitgliedstaaten sind bereit, einen Krieg gegen Rußland auf europäischem Boden zu führen, der unser aller Leben gefährdet. Sie bereiten diesen Krieg aktiv vor, haben einzelne Kriegshandlungen bereits begonnen und initiieren weitere. Der Beschluß der NATO, der USA, der BRD und zahlreicher NATO-Staaten, den Einsatz von NATO-Waffen für Angriffe auf russisches Territorium zu bewilligen, ist de facto eine Kriegserklärung an Rußland. Wir, die Friedensgruppen und oppositionellen Bürgerinitiativen des Friedensbündnisses NRW setzen den offenen Kriegsabsichten unseren konsequenten Friedenswillen entgegen.

Den politischen Willen, einen Krieg gegen Rußland führen zu wollen, formulieren einige deutsche und zahlreiche NATO-Politiker seit Monaten klar und deutlich mit Aussagen wie „Rußland muß den Krieg verlieren“ (Macron, Biden), „We are at war against Rußia“ (Baerbock), „Wir müssen den Krieg nach Rußland tragen“ (Kiesewetter) oder „Wir müssen die Russen niederkämpfen, wie das mal mit der Sowjetunion gelungen ist“ (Gabriel, 31.5.24, Bild). Nach Abbruch aller offiziellen Gesprächskanäle mit Rußland, Durchführung eines viermonatigen Großmanövers vor seiner Westgrenze, Entsendung von 5000 Soldaten der Bundeswehr nach Litauen, Ausstattung der Ukraine mit Kriegsgerät, insbesondere weitreichenden Raketen, zum Einsatz gegen Rußland, Finanzhilfen von zuletzt 61 Mrd. \$ der USA, bislang 41 Mrd. € der BRD, jetzt noch einmal 7 Mrd. €, und sogar Zusage der Lieferung von atomar bestückbaren F-16 Kampfflugzeugen, wollen Deutschland und die NATO jetzt Rußland direkt angreifen.

Die Angriffe auf das russische Atomwaffen-Frühwarnsystem in Orenburg und Armawir sind keine Akte ukrainischer Verteidigung gegen russische Angriffe im Donbaß, sondern streben den Zusammenbruch der strategischen Sicherheit Rußlands an. Die Angriffe waren nur mit Unterstützung und Know-how aus den NATO-Staaten durchführbar, zumal die Waffen ohnehin westlichem Arsenal entstammen. Die Angriffe auf das atomare Frühwarnsystem Rußlands sind bewußte und für jeden sichtbare Provokationen, die Rußland dazu veranlassen sollen, proaktiv die militärische Infrastruktur in den angrenzenden europäischen NATO-Ländern anzugreifen und so den NATO-Bündnisfall auszulösen. Den russischen Entscheidungsträgern ist klar, daß eine neue Phase des Krieges begonnen hat, die in der direkten Konfrontation besteht. Es ist davon auszugehen, daß sich Rußland in einem Krieg auf europäischem Boden bis zum Einsatz von Atomwaffen verteidigen wird. Unser aller Überleben steht auf dem Spiel.

Die NATO-Staaten haben diese brandgefährliche Situation bewußt und geplant herbeigeführt. In den USA und in der NATO haben offenbar die Kräfte die Oberhand gewonnen, die bereit sind, das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation mit Rußland – einschließlich eines Atomkrieges auf europäischem Boden – einzugehen. Sie nehmen die Verwüstung Europas und von Teilen der Welt ebenso in Kauf, wie sie bislang die Zerstörung und Verwüstung einzelner Länder in anderen Regionen der Welt zur Sicherung ihrer globalen Machtinteressen in Kauf genommen haben. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die geostrategischen Interessen der NATO und betreibt eine für die Weltöffentlichkeit unübersehbare innerdeutsche Militarisierung, mit massiver steuerfinanzierter Aufrüstung und massenhafter Rekrutierung von jungen Menschen für ihre Kriegspläne, zum Beispiel in Schulen, über öffentliche Werbetafeln und mittels persönlicher Anwerbe-postkarten. Der Einstieg von Rheinmetall als Sponsor großer Vereine der Fußball-Bundesliga ist ein weiterer Tabubruch hin zum Umbau Deutschlands zu einer kriegstüchtigen Gesellschaft.

Für die Kräfte des Friedens in Deutschland und Europa kommt es jetzt darauf an, daß wir die Menschen über die Absicht der USA, der NATO, und deutscher Regierungsparteien, in Europa einen Krieg gegen Rußland zu führen, aufklären und klar die Gefahr benennen, daß ein solcher Krieg den europäischen Kontinent vollständig zerstören könnte. Die Menschen in Deutschland und Mitteleuropas spüren die heraufziehende Kriegsgefahr und empfinden diese als bedrohlich. Doch viele Menschen verlieren im medialen Trommelfeuer den Blick für geostrategische Interessen und politische Realitäten. Manche unterstellen „den Russen“ praktisch jede diabolische Absicht, insbesondere einen Überfall auf Westeuropa. Andere glauben, daß am Ende „doch alles gut geht“. Zu wenige trauen ihrer Regierung eine aus deutscher Sicht selbstmörderische Kriegsvorbereitung zu, obwohl deutsche Regierungspolitiker ihr Kriegsszenario offen vorantreiben. Ein Krieg gegen Rußland würde bedeuten, Europas Böden erneut in Blut zu tränken. Da machen wir nicht mit. Wir, die Menschen in Deutschland, der Ukraine, in Rußland, in Polen, in den USA, in Frankreich usw. wollen keinen Krieg! Das sich entfaltende Szenario eines europäischen Kriegs bis hin zu einem Dritten Weltkrieg ist nicht unausweichlich. Staaten, politische Machthaber und Friedenskräfte in der ganzen Welt können dies verhindern, wenn sie den Kriegstreibern jetzt ihren klaren Friedenswillen entgegenstellen. Insbesondere die Zivilgesellschaft in Deutschland muß jetzt laut und deutlich sagen: „Wir wollen Frieden!“ Dafür muß die Friedensbewegung zusammen mit allen friedensbewegten Menschen in den nächsten Wochen und Monaten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln streiten. Wir sehen uns auf der Straße.

Jürgen Schütte (KoordinATOR) und Mona Aranea (Pressesprecherin) für das Friedensbündnis NRW, eine Kooperation aus rund zwei Dutzend Friedensgruppen und oppositionellen Initiativen aus NRW

www.friedensbueundnis-nrw.de, 27.6.2024

Das Mittelstreckenwaffenbündnis

Die Bundesregierung will die Rüstungs-kooperation mit Großbritannien ausbauen, unter anderem in der Produktion von Mittelstreckenwaffen und sucht damit die Abhängigkeit Deutschlands von US-Waffenschmiedern zu reduzieren. Dies geht aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die Verteidigungsminister Boris Pistorius und sein britischer Amtskollege John Healey am 24.7.24 unterzeichnet haben. Demnach

wollen beide Länder in Zukunft bei der Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Kriegsgerät eng zusammenarbeiten, unter anderem bei der Herstellung einer Mittelstreckenwaffe, mit der von deutschen Standorten aus Moskau erreicht werden kann. Noch unklar ist, ob es sich um eine Hyperchallrakete handelt. Pläne zu einer engeren Kooperation, die auch eine intensive militärische Zusammenarbeit einschließt, werden

seit gut zehn Jahren geschmiedet; sie wurden allerdings nach dem Brexit durch die Bestrebungen Berlins und der EU gestoppt, den britischen Austritt scheitern zu lassen bzw. London für ihn zu bestrafen. Schon seit dem Beginn des Ukraine-Krieges nähern sich beide Seiten in militärpolitischen Fragen wieder an – mit dem Ziel, eine gemeinsame Front gegen Rußland zu bilden.

german-foreign-policy.com, 26.7.24

Deutsches Staatsschiff von Ignoranz gekapert

Scheuklappen gegen Realismus

Emmanuel Todd, einer der bekanntesten Historiker Frankreichs, hat der „Berliner Zeitung“ ein Interview gegeben, in dem er den Wertewesten als im freien Fall und das deutsche Segment darin als in unseliger amerikanischer Fesselung beschreibt. Er wirft einen realistischen Blick auf den Ukraine-Krieg und erkennt in dessen Vorgeschichte das provokatorische Kalkül des Westens. Vor dem Februar 2022 habe sich die NATO nach Osten ausgedehnt. Beim Maidan sei es zu einer direkten Intervention der US-Amerikaner gekommen. Am Ende habe der Westen begonnen, die ukrainische Armee bis an Rußlands Grenzen aufzurüsten, obwohl Moskau klargemacht hatte, daß es eine in die NATO integrierte Ukraine nicht tolerieren könnte. Wenn er nun sage, die Ukraine haben den Krieg bereits verloren, spreche er nur aus, was das Pentagon oder der französische Generalstab denken. Todd hält Deutschland, auf das die antirusische Sanktionspolitik des Westens kraß zurückschlägt, für einen „entscheidenden Akteur“ im Ukraine-Krieg. Anfang der 2000er Jahre habe es eine Annäherung zwischen Europa und Deutschland mit Rußland gegeben. Daß Schröder, Putin und Chirac gemeinsam eine Front gegen den Irak-Krieg bildeten, habe die US-Amerikaner in ihrer Furcht bestärkt, Deutschland als eine der größten Industriemächte der Welt könnte sich mit dem

Energiegiganten Rußland zusammentun und sie aus Europa verdrängen. Mit der Eskalation in der Ukraine sei es schließlich gelungen, Deutschland von Rußland zu trennen. Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines sei das Sahnehäubchen gewesen. Trotzdem oder gerade deshalb fliegen die Hoffnungen des geopolitisch alarmierten Historikers hoch, Deutschland würde seiner Verantwortung als „Führungsmacht in Europa“ gerecht werden, sich aus der Umklammerung der USA lösen und maßgeblich auf die Entscheidung drängen, daß der Krieg nicht endlos weitergeht, sondern Frieden einkehrt. „Wir alle warten darauf, daß Berlin den Krieg beendet.“ Todds Stoßgebet, das bei weiten Teilen der Bevölkerung sein Amen fände, hat nicht die Ignoranz im Blick, die sich des deutschen Staatsschiffs bemächtigt hat. Ampel und Merzsches Oppositionstheater verharren trotz gravierender wirtschaftlicher Nachteile in überseeischer Nibelungentreue. Ideologische Verblendung lassen sie widerspruchslos hinnehmen, daß die fehlgesteuerte EU jede Option eines selbstbewußten, ökonomisch aufstrebenden, global gerechteren Players verloren hat. Scheuklappen hindern ihren Blick auf die Realitäten der Zeit. Die westliche Sphäre unerfüllter Wertebehauptungen verliert an Einfluß. Neokolonialistische Attitüden, oft als Entwicklungshilfe getarnt, stoßen auf ein

neues Selbstbewußtsein der Völker im globalen Süden. Die Zukunftsorte des Fortschritts verlagern sich. Die Welt ist im Wandel. Todd schreibt, die „wahre Dynamik des Niedergangs des Westens ist ein innerer Zerfall mit Amerika im Zentrum“. Der Neoliberalismus habe Wirtschaft und Gesellschaft zerstört. Außenpolitisch drücke sich das in der Bevorzugung des Krieges gegenüber dem Frieden aus. Hierzulande ist „Kriegstüchtigkeit“ das medial verordnete Mantra, mit dem die Gesellschaft militarisiert und der irrsinnige Reibach der Waffenindustrie begründet werden soll. Jüngst wurde gemeldet, daß mehrere Ministerien an einem Strategiepapier zugunsten der „Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie“ arbeiten. Beschleunigt und nach vereinfachten Verfahren sollen Rüstungsfabriken entstehen. Die geplante Stationierung von Langstreckenwaffen der USA in der BRD hat Verteidigungsminister Pistorius ad hoc für unverzichtbar erklärt. Gegen zaghafte Einwände des SPD-Politikers Mützenich polterte Außenministerin Baerbock, dem eiskalten Kreml sei nur mit verstärkter Abschreckung beizukommen. Todds Hoffnungen auf Deutschlands Friedentüchtigkeit verfangen sich in bellizistischen Netzen. „Nicht in meinem Namen“ wäre Volkes beste Antwort auf Vorbereitungen zum Krieg.

Hartmut König

Unsere Zeit (UZ), 2.8.24

Ukraine-Kommando in Wiesbaden

Die NATO stellt in Wiesbaden ein neues Kommando auf, um die indirekte Beteiligung ihrer Mitgliedsstaaten am Ukraine-Krieg zu koordinieren. In Wiesbaden entwickelten US-Generäle die Kiewer Kriegsstrategien mit.

Die ukrainischen Schlachtpläne des vergangenen Kriegsjahres wurden zu einem erheblichen Teil in Wiesbaden entwickelt. Dies geht aus Berichten von US-Medien hervor. Demnach empfangen in Wiesbaden stationierte US-Generäle wiederholt führende ukrainische

Militärs und Politiker, um deren Kriegsstrategie zu „diskutieren“. Das US-Kommando in Wiesbaden, das die militärische Unterstützung der Ukraine organisiert, wird aktuell in ein NATO-Kommando transformiert; dieses wird künftig von Wiesbaden aus als NATO Security Assistance and Training for Ukraine (NSATU) die Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte gegen Rußland koordinieren. Der ursprünglich geplanten Bezeichnung „NATO Mission Ukraine“ hatte sich insbesondere die Bundesregierung widersetzt, um zumindest

dem Namen nach jegliche Anklänge an einen regulären Militäreinsatz – faktisch gegen Rußland – zu vermeiden. Die neue Struktur soll nicht zuletzt die langfristige militärische Bindung der Ukraine an die NATO und an deren Rüstungsindustrien sichern. Daß das Kommando nicht mehr nur den USA, sondern dem westlichen Bündnis untersteht, stärkt den Einfluß Berlins gegenüber demjenigen Washingtons.

german-foreign-policy.com, 22.7.24

Drei Kriege gleichzeitig

Die Mobilisierung größtmöglicher Ressourcen für einen etwaigen Krieg gegen Rußland kommt Überlegungen von US-Strategen zugute, die nicht ausschließen, Washington könne in absehbarer Zeit nicht nur in zwei, sondern sogar in drei Kriegen gleichzeitig kämpfen. Schon jetzt seien die Vereinigten Staaten in zwei Kriegen involviert – in den Ukraine- und in den Gaza-Krieg –, während sich am Horizont bereits „ein dritter“ abzeichne – gegen China um Taiwan, heißt es in einem aktuellen Onlinebeitrag in der führenden außenpolitischen US-Zeitschrift *Foreign Affairs*.

Es erweise sich jetzt als nachteilig, daß Washington während der Amtszeit von Präsident Barack Obama offiziell erklärt habe, mit Blick auf seine trotz immenser Stärke doch begrenzten militärischen Kapazitäten in Zukunft nicht mehr zwei große Kriege zugleich führen zu können, heißt es in dem Text weiter; die Bestrebungen der vergangenen Jahre, Europa zu entpriorisieren und sich zudem aus Mittelost zurückzuziehen, um alle Kräfte gegen China in Stellung bringen zu können, hätten die Stellung der USA geschwächt. Im Hinblick darauf, daß man womöglich in

absehbarer Zeit sogar drei Kriege zugleich führen werde, sei es dringend erforderlich, verbündete Staaten stärker einzuspannen. Eine vollumfängliche Fokussierung aller Ressourcen in Deutschland und Europa auf einen etwaigen Krieg gegen Rußland hält den USA den Rücken für einen Krieg gegen China sowie eine Fortdauer ihrer Militärpräsenz im Nahen und Mittleren Osten frei: Sie ermöglicht damit im Wortsinne einen Dritten Weltkrieg.

german-foreign-policy.com, 10.6.24

Redaktionell gekürzt

„Das Gehirn ist das neue Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts“

Um die Meinungs- und Pressefreiheit, die der bürgerliche Staat seit seinen Anfängen wie eine Ikone vor sich herträgt, ist es derzeit nicht nur schlecht bestellt, sie schwindet dahin. Selbst an den ansonsten schläfrigen juristischen Fakultäten regt sich Skepsis, was da denn noch kommen wird. So schrieb am 24. Juli Strafrechtsprofessor Christoph Degenhart (Leipzig): „Wenn die Hälfte der Bevölkerung der Auffassung ist, man könne seine Meinung nicht mehr frei sagen, so deutet dies auf eine gewisse Verunsicherung hin, die dem Meinungsklima abträglich ist. Befürchtet werden wohl gesellschaftliche Sanktionen, wenn der Korridor des korrekterweise Sagbaren verlassen wird.“ Ähnlich sein Kollege, der Oldenburger Staatsrechtler Volker Bohme-Neßler, der eine ernste Gefahr für „freie geistige Auseinandersetzungen“ sieht und gleichzeitig hofft, das Bundesverfassungsgericht werde es am Ende schon richten: „Das Gericht hat immer wieder festgestellt: Ohne Pressefreiheit gibt es keine Demokratie.“ Bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt. Ist der für jeden spürbare, seit zwei Jahren beschleunigte Abbau demokratischer Rechte nur eine temporäre Eskalation, eine repressive Laune der Ampel-Regierung? Muß man als Linker das von Innenministerin Nancy Faser (SPD) verfügte Verbot der rechten Elsässer-Postille „Compact“ nicht eigentlich gutheißen, selbst wenn die Exe-

kutiv gleichzeitig die Kriminalisierung der Palästina-Solidarität vorantreibt oder die Landespolizeien für Kundgebungen zum Tag der Befreiung am 8. Mai ein Verbot von Fahnen und Symbolen des Landes, das durch den Blutzoll von 9 Millionen gefallenen Soldaten und 18 Millionen Ziviltoten für das Ende der Nazi-Herrschaft gesorgt hat, verhängen? Steckt hinter dem am 17. Mai von der Europäischen Union erlassenen Verbot der Medienplattformen „Voice of Europe“, „RIA Novosti“, „Izvestia“ und „Rossijskaya Gazeta“ und der einen Monat später bekannt gewordenen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin, die linke Tageszeitung „junge Welt“ weiterhin zu einem Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes zu verdammen, etwa ein und derselbe perfide Plan? Das Verbindende ist die Vorbereitung auf den Krieg. Die Rahmehandlung ist bekannt: Beispiellose Aufrüstung durch Milliardengeschenke für die Raketen- und Panzerproduzenten als Nachgeschmack der „Zeitenwende“-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.2.22, die mit Hochdruck gefährdete Militarisation der Gesellschaft nach den Spielregeln des im März in Gang gesetzten

„Operationsplan Deutschland“ (OPLAN DEU) – sein Inhalt geheim, sein Ziel (die stramme Verzahnung von Militär und Sicherheitsinstitutionen) öffentlichkeitswirksam, Bundeswehr in Schulen, Wehrpflichtdebatte, die Entsendung einer Brigade ins Baltikum, das seit Jahrzehnten größte Manöver an der NATO-Ostflanke (Quadriga 2024). Orchestriert wird das Ganze durch das nimmermüde Gerede über das Sehnsuchtsprojekt „Kriegstüchtigkeit“. Selbst das Kalktekieger-Vokabular „Wir müssen so stark sein, daß niemand es wagt, uns anzugreifen“ (Bundeskanzler am 24.2.24 im ZDF), taugt nicht mehr. Endlich heraus mit der Wahrheit: Im Geleitwort zum neuen Bundeswehr-Handbuch „Innere Führung“



5. Februar 2003: Kognitive Kriegführung im UN-Sicherheitsrat. US-Außenminister Colin Powell phantasiert von Massenvernichtungswaffen des Irak

(Motto: „Fit für das 21. Jahrhundert“) spricht sie Generalinspekteur Carsten Breuer mit Pathos aus: „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen – ein Grundsatz des Kalten Krieges – ist in der Zeitenwende nicht mehr ausreichend. Wir müssen gewinnen wollen – weil wir gewinnen müssen.“ Wer gewinnen will, den scheinbar die Opfer wenig, der braucht die Mitläufer ebenso wie die Zujubler. Ohne geschlossene Ausrichtung der Gesellschaft auf das Blutvergießen ist das Gewinnen nicht zu haben. Jeder wird gebraucht, „Passivität oder Beiseitestehen stärkt die Feinde der Demokratie“, sagt das „Handbuch“. In den Planungsabteilungen der NATO zerbrechen sie sich seit Jahren die Köpfe: Wie ist die benötigte Gefolgschaft zu erreichen, wo doch Lüge und Täuschung schon bis dato nicht reichten? „Seit Vietnam sind unsere Kriege trotz militärischer Erfolge verloren gegangen, vor allem wegen der Schwäche unseres Narrativs, nämlich das Erreichen der Herzen und Hirne“, weiß NATO-General Eric Autellet (NATO-Tagung „Cognitive Warfare“, 2021). Mit der neuen Strategie des Kampfes um die Köpfe samt allerlei clever ausgeklügelter Mechanismen des „Brainwashing“

(Gehirnwäsche) will das Pentagon unter Einbindung der NATO-Länderregierungen, den vom Staat alimentierten „Nichtregierungsorganisationen“ und den Atlantikern in den Medienanstalten den neuen Anlauf wagen. Getreu der Devise des US-Neurowissenschaftlers und NATO-Intimus James Giordano („Das Gehirn ist das neue Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts“) gibt es seit der besagten NATO-Tagung in Bordeaux 2021 Krieg nicht nur zu Lande, zu Wasser, in Luft, im Weltraum und in der Cybersphäre (Internetkommunikation). Der neue Kampfplatz ist das Hirn, die Ausschaltung eigenständigen Denkens durch Täuschung und Angst. Bis vor kurzem nannte man die Steuerung der Emotionen, des Denkens und des hier-

aus resultierenden Verhaltens noch „Psychologische Kriegführung“ und meinte damit die Destruktion des Gegners. Für die Apologeten des „Cognitive Warfare“ ist die Hauptzielgruppe die eigene Bevölkerung, weniger der Gegner. Daß das erste Opfer im Krieg stets die Wahrheit ist, hat sich zwar herangesprochen, daß es System hat, erahnen immer noch nur wenige. 1939 der vorgetäuschte polnische Angriff auf den Sender Gleiwitz, 1964 der angebliche Überfall des Viet-Minh auf den US-Zerstörer Maddox im Golf von Tonkin, 1990 der durch die „Brutkasten-Lüge“ mithilfe der Werbeagentur Hill & Knowlton ausgelöste Irak-Krieg, 1999 der Schwindel um die Gräueltaten der Serben im Kosovo, 2002 die Lüge um die Massenvernich-

tungswaffen des Irak, um nur einige zu nennen. In den Geschichtsbüchern nennt man es gern verharmlosend „Kriegslist“, macht sich lustig über die Dummheit der Verlierer. Wie im Fall des persischen Königs und Heerführers Kambyses II, der in der Schlacht von Pelusium 525 v.u.Z. die Verehrung der feindlichen Ägypter für die Katzengöttin Bastet ausnutzte und kurzerhand das Antlitz der Göttin auf die Schilde seiner Soldaten malen ließ. Die Ägypter unterlagen aus Angst, die Speere gegen ihre Gottheit zu richten. 2500 Jahre und hunderte von Kriegen später – sind unsere Sinne für Lug, Trug, Haß und Angst geschärft? Beileibe nicht. Mit dem Aufkommen der wissenschaftlich betriebenen Psychologie vor etwa 150 Jahren und all den neuen Erkenntnissen über die komplexen Zusammenhänge von Denken, Fühlen und Handeln entdeckten auch die Kriegstrategen deren Nutzen.

Aufbereitet wurde die zweckbestimmte Steuerung von Massenverhalten 1895 von Gustave Le Bon („Psychologie der Massen“). Der Einzelne in einer Masse von Menschen verhalte sich stets anders als das individuelle Ich. Die Gemeinschaft von Menschen neige zur kritiklosen

Aufnahme von Informationen, sei empfänglich für kollektive Halluzinationen. Worte erzeugen nach Le Bon Bilder. Bilder, zumal wenn sie in Endlosschleife wiederholt würden, schüren Fehlvorstellungen oder Ängste. Beides eliminiere entgegenstehende individuelle Erfahrungen. Das Jahr 1928 brachte mit den Werken Edward Bernays (1891–1995, Nefee Sigmund Freuds, „Propaganda: Die Kunst der Public Relation“) und Arthur Ponsonby's (1871–1946, „Die Lüge in Kriegszeiten“) den Durchbruch für die systematische Nutzbarmachung massenpsychologischer Phänomene zur Vorbereitung und zur Führung von Kriegen. Bernays führt die Tricks vor, mit denen die Werbewirtschaft sich in die Hirne der Käufer schwindelt. Die Methode, ein Waschmittel an Frau oder Mann zu bringen, unterscheidet sich in bestürzender Weise kaum von Werbemaßnahmen für den Eintritt in die Truppe. Ponsonby entwarf die 10 Gebote der Kriegspropaganda: 1. Wir wollen den Krieg nicht. 2. Der Gegner trägt für alles die Verantwortung.

3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel. 4. Wir kämpfen für eine gute Sache. 5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen. 6. Er begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich. 7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm. 8. Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache. 9. Unsere Mission ist heilig. 10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter. Im Deutschland des Jahres 2024 kommt uns vieles davon bekannt vor. „Die wichtigste Erkenntnis in bezug auf den „Cognitive Warfare“ wird von den Experten der NATO selbst formuliert: „Die Kognitive Kriegsführung ist schon bei uns. Die größte Herausforderung ist, daß sie praktisch unsichtbar ist. Alles, was man bemerkt, ist ihr Einfluß, und dann ... ist es oft schon zu spät.“ (Propagandaforscher Jonas Tögel, Berliner Zeitung vom 22.9.23).

Der Widerstand nimmt dort seinen Anfang, wo wir die Einengung der Gedanken fühlen: im Kopf.
Dr. Ralf Hohmann



„Was wäre zu tun?“

Wer aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernt, ist bekanntlich verdammt, sie zu wiederholen. „Was wäre zu tun?“, fragte die Nürnberger Abendzeitung am 20. Januar 1864 in einem Leitartikel, der heute aktueller denn je ist.

„Es gibt Zeiten, welche dem Volke die Empörung oder die Revolution zur Pflicht machen.“ Bereits der erste Satz ist an Brisanz kaum zu überbieten. Es folgt eine Analyse, unter welchen Bedingungen das Volk die Pflicht zum offenen Widerstand hat. „Die Regierungen haben freilich die Macht in Händen, aber doch nicht länger, als das Volk sie ihnen läßt.“ Wie wahr! Worauf, fragt der Autor, begründet sich denn die Macht einer Regierung? Auf „Soldaten“ und

auf dem „Geld“, das sie benötigt, um das Heer zu ernähren. Das Volk aber liefert sowohl das eine als auch das andere und hat also auch das Recht, „über die Verwendung sowohl des Heeres als des Geldes zu wachen“. Es ist das Recht, ja die Pflicht der Abgeordneten, über das Wohl des Landes zu beraten – notfalls auch gegen den Willen der Regierung. Es ist das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, Widerstand zu leisten: durch „Nachhauserufen der Söhne des Volkes aus dem Heere, Aussprechen der Steuerweigerung und Anordnung allgemeiner Volkbewaffnung.“

Und das in einer Zeitung des 19. Jahrhunderts, die nicht zum äußersten linken Spektrum zählt!

Wer nun meint, das Blatt wäre danach verboten worden, täuscht sich. Natürlich fand sich der zuständige Redakteur zwei Monate später vor dem Mittelfränkischen Schwurgericht wieder und – wurde freigesprochen! Schließlich, so die Begründung, sei der Artikel ja nicht auf das Königreich Bayern gerichtet, sondern ganz allgemein gehalten, „rein hypothetisch“ sozusagen. Selbst die vom Staatsanwalt beantragte Kassierung der noch im Umlauf befindlichen Exemplare lehnte der Gerichtshof ab. Ob heutige Gerichte auch noch so entscheiden würden? Ist es nicht gerade jetzt an der Zeit, sich dieses vor 150 Jahren erschienenen Artikels zu erinnern?

Dr. Dörte Hansen

Alles gegen Rußland

Günter Verheugen und Petra Erler haben ein Buch über den Ukraine-Krieg geschrieben

Auf Seite 38 des Buches „Der lange Weg zum Krieg. Rußland, die Ukraine und der Westen: Eskalation statt Entspannung“ formulieren Günter Verheugen und Petra Erler drastisch: Die im Frühjahr 2022 gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Kiew und Moskau, „dürften ein Schock für Rußland gewesen sein. Der Kreml hatte schlicht unterschätzt, was dem Westen ein Kampf gegen Rußland wert war: alles“. Der frühere EU-Kommissar und die in der DDR ausgebildete Außenpolitikerin machen diesen Willen im Westen, zum Äußersten zu gehen, zu einem Leitfaden ihres Buches. Über die Konsequenzen schreiben sie: „Wenn das Ziel lautet, daß ein militärischer Sieg über Rußland errungen werden soll oder wenigstens eine stete Auszehrung Rußlands, bis es komplett am Boden liegt, dann ist damit der einzige Fall zum Ziel erhoben, bei dem die

russische Nukleardoktrin den Griff zur ultimativen Waffe erlaubt.“ So werde in diesem Krieg eine Art „russisches Roulette“ gespielt, „bei dem womöglich das Schicksal der gesamten Erde auf dem Spiel steht“.

Die Schlußfolgerung der Autoren überzeugt: Ging es Rußland in den Jahren vor dem Eingreifen in den seit 2014 schwelenden Krieg darum, Neutralität der Ukraine durchzusetzen, hat sich das Kriegsziel seit dem Scheitern der Verhandlungen vom Frühjahr 2022 auf Druck der USA und Großbritanniens geändert. Rußland kämpfe nun „gegen die gesamte NATO“. Umgekehrt wolle die NATO mit Hilfe Kiews „die Niederlage Rußlands erzwingen“. In neun Kapiteln beschreiben Verheugen und Erler die Vorgeschichte des Krieges und gehen dabei bis zur Jalta-Konferenz 1945 und zum Beginn des Kalten Krieges zurück. Sie skizzieren die Lage nach dem Untergang der Sowjetunion und nennen den NATO-Krieg von 1999 in Jugoslawien einen „Testfall für die NATO“.

Ein aufschlußreiches Kapitel widmen sie dem Verhältnis EU – Ukraine und gehen schließlich auf die deutsch-russischen Beziehungen ein. Ein Fazit lautet: Die deutsche Politik der „Zeltenwende“ fuße „auf einem politischen Schwindel“: Die deutsche und westliche Politik sei „in elementaren Sicherheitsfragen zu keinem Zeitpunkt freundlich oder gar naiv gegenüber Rußland“ aufgetreten. Sie habe vielmehr den Sieg über die Sowjetunion genossen „und erlag so einem fatalen historischen Irrtum. Sie glaubte, das Fell des Bären verteilen zu können, obwohl der noch nicht erlegt war“. Verheugen und Erler halten fest: „Eine derart abhängige und kurzsichtige Außenpolitik wie aktuell hat es noch nie in Deutschland gegeben.“ Abenteuerlust hat in der deutschen Außenpolitik wieder Oberhand. Die Hoffnung der Autoren ist schwach, daß sich das wieder ändert.

Arnold Schölzel

Wilhelm Heyne Verlag, München 2024, 335 Seiten, 24 Euro

Langzeitstrategie und unipolarer Anspruch der USA

„Zum Teufel mit dem Rest der Welt“

Nach Auffassung ihrer Machteliten sind die Vereinigten Staaten von Amerika „the land of the free and the home of the brave“, wie es auch die Nationalhymne verkündet. Und „God’s Own Country“ ist dazu berufen, die Welt zu beherrschen. Zur Durchsetzung dieses unipolaren Anspruchs haben sie seit dem 19. Jahrhundert eine Langzeitstrategie entwickelt, wozu die Aufrechterhaltung einer übermäßig hochgerüsteten Armee und die Einrichtung von etwa 1 000 Militärstützpunkten in aller Welt gehören. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die US-amerikanische Gesellschaft in weiten Teilen und bis in den Kongreß hinein religiös-fundamentalistisch fanatisiert ist. Bis in die Gegenwart ist hier die Wahlverwandtschaft zwischen Puritanismus und Kapitalismus, eine „ökonomische Prädestinationslehre“ – wen Gott liebt, den läßt er reich werden – tief verwurzelt. Darüber hinaus sind viele der Hardliner offensichtlich der Ansicht, daß alles, was den USA nützt, letztlich der ganzen Welt zugute kommt, woraus sich ihr Anspruch auf globale Vorherrschaft ergibt.

Kontinuität seit mehr als 200 Jahren

Dieser durch nichts gerechtfertigten Hybris folgte auch die Politik des mit einem gewinnenden Lächeln daherkommenden Präsidenten Barack Obama, der sieben Kriege geführt hat und in einer Rede vor der Militärakademie in Westpoint die USA als die „einzige unverzichtbare Nation“ bezeichnete, als Dreh- und Angelpunkt aller Allianzen von Europa bis Asien, „unübertroffen in der Geschichte der Nationen.“ Damit bekundete Obama, was schon lange praktizierte Politik der Vereinigten Staaten war, die seit dem 20. Jahrhundert ihren imperialen Anspruch auch gegenüber Europa, insbesondere Deutschland, durchzusetzen verstanden. Diese Machtpolitik hatte ihren Anfang spätestens 1823, als Präsident James Monroe dem US-Kongreß die Grundzüge einer langfristigen Außenpolitik der Vereinigten Staaten vorstellte: keine Duldung der Einmischung anderer Länder auf dem amerikanischen Doppelkontinent, zugleich Schutz- und Interventionsanspruch der USA in Lateinamerika. Damit legten die USA die Hand auf Mittel- und Südamerika. 1904 ermächtigte dann Theodore Roosevelt (1858–1919, Präsident 1901–1909) die USA pauschal zur Ausübung einer „internationalen Polizeigewalt“ und zur kompromißlosen Durchsetzung wirtschaftlicher und strategischer Interessen. Sein Wahlspruch war: „Sprich sanft und trage einen großen Knüppel, dann wirst du weit kommen.“

Nachdem zuvor sämtliche Verträge mit den indianischen Ureinwohnern gebrochen worden waren und die letzte vernichtende Schlacht 1890 am Wounded Knee geschlagen war, galt das in erster Linie den lateinamerikanischen Ländern im „Hinterhof der USA“, aber auch Marokko und Korea, wenig später

weltweit. Ganz dem entsprach eine Aussage des nachfolgenden Präsidenten Woodrow Wilson: „Da der Handel sich über die nationalen Grenzen hinwegsetzt und der Unternehmer die Welt als seinen Markt beansprucht, muß die Flagge seiner Nation ihm folgen und die verschlossenen Türen der Nationen müssen aufgesprengt werden ... Die von den Finanziers erworbenen Konzessionen müssen von den Staatsministern garantiert werden, selbst wenn die Souveränität widerspenstiger Nationen dabei verletzt würde.“ Barack Obama formulierte das am 11. Februar 2016 in einem Interview gegenüber dem US-Fernsehsender Vox so: „Wir müssen gelegentlich den Arm von Ländern umdrehen, die nicht das tun, was wir von ihnen wollen. Wenn es nicht die verschiedenen wirtschaftlichen oder diplomatischen oder, in einigen Fällen, militärischen Druckmittel gäbe, die wir haben, wenn wir diese Dosis Realismus nicht hätten, würden wir auch nichts erlitten bekommen ... die amerikanische Führung kommt teilweise aus unserer Anpackmentalität. Wir sind das größte, mächtigste Land der Erde ... wir haben niemanden Ebenbürtiges im Sinne von Staaten, die die Vereinigten Staaten angreifen oder provozieren könnten.“

Der Einfluß der Weltmacht Nr. 1

Das Ziel, Weltmacht Nr. 1 zu sein, erreichten die USA endgültig nach dem Zweiten Weltkrieg, als Präsident Harry S. Truman am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses verkündete: „Ich glaube, es muß die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen. Ich glaube, wir müssen allen freien Völkern helfen, damit sie ihre Geschicke auf ihre Weise selbst bestimmen können ... Wenn sie freien und unabhängigen Nationen helfen, ihre Freiheit zu bewahren, verwirklichen die Vereinigten Staaten die Prinzipien der Vereinten Nationen. Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt – und wir schaden mit Sicherheit der Wohlfahrt unserer eigenen Nation.“ Diese „Unterstützung“ freier Völker durch die USA sollte nach Trumans altruistischen Worten zwar „vor allem wirtschaftliche und finanzielle Hilfe“ umfassen, „die die Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse bildet“, doch die Realpolitik ging den üblichen Weg im Sinne und zum Vorteil der USA sowie zumeist zu Lasten und zum Nachteil der „freien Völker“, wie ein Blick in die Geschichte bis zur unmittelbaren Gegenwart beweist.

Der Publizist Werner Rügemer hat die Einflußmöglichkeiten und Einflußnahmen der USA auf die europäische, insbesondere die deutsche Wirtschaft, analysiert und kommt zu bestürzenden Ergebnissen: „Das wichtigste unternehmerische Kapitaleigentum im

westlichen Kapitalismus wird heute von verschiedenen Typen von Finanzakteuren organisiert. Die vom eingesetzten Kapital her größten sind Blackrock & Co. Dann folgen Blackstone & Co, also die Private Equity-Investoren, volkstümlich ‚Heuschrecken‘ genannt. Sie haben seit Ende der 90er Jahre etwa 10 000 mittelständische Unternehmen in Deutschland aufgekauft, verwertet, weiterverkauft oder an die Börse gebracht. Dann kommen die Hedgefonds, die Wagniskapital-Investoren – sie bringen die Start-Ups ins Rennen –, die elitären Investmentbanken wie Macquarie und Rothschild, die Privatbanken wie Metzler, Pictet, die traditionellen Banken wie die Deutsche Bank. Die USA sind der größte Kapital-Standort und der wichtigste militärische, geheimdienstliche und mediale Machtblock zur Sicherung dieses Systems. Auch die wichtigsten globalen Finanzdienstleister sind mit den USA verbunden: die großen drei Ratingagenturen, die Wirtschaftskanzleien wie Freshfields, die Unternehmensberater wie McKinsey, die Wirtschaftsprüfer wie PricewaterhouseCoopers, die PR-Agenturen wie Soros Renaissance – ich nenne sie die zivile Privatarmee des westlichen Kapitalismus.“

Verhinderung einer Kooperation Deutschlands mit Rußland

Im ökonomischen und auch militärstrategischen Konzept der USA hat Rußland keinen Platz. Der ehemalige Direktor des einflußreichen Thinktanks Stratfor, George Friedman, hat zu dieser egozentrischen, friedensgefährdenden Politik in seiner Rede am 4. Februar 2015 am Chicago Council on Global Affairs eine bemerkenswerte Aussage gemacht: „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil sie vereint die einzige Macht sind, die unsere Vormachtstellung bedrohen kann. Unser Hauptziel war sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt.“ Warum diese Politik bis zur Gegenwart fortgesetzt wird, begründet Friedman wie folgt: „Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß ... deutsches Kapital und deutsche Technologie sich mit russischen Rohstoff-Ressourcen und russischer Arbeitskraft zu einer einzigartigen Kombination verbinden, was die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern suchen. Also wie kann man das erreichen, daß diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, mit ihrer Karte diese Kombination zu schlagen: Das ist die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer. ... Der Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die USA einen ‚Cordon Sanitaire‘, einen Sicherheitsgürtel, um Rußland herum aufbauen.“

Daran wurde im Grunde seit dem deutsch-französischen Krieg von 1871 konsequent im Geheimen gearbeitet. Weiter stellt Friedman fest: „Die Vereinigten Staaten kontrollieren aus ihrem fundamentalen Interesse alle

Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grund intervenieren wir weltweit bei den Völkern, aber sie können uns nicht angreifen.“ Viele Völker können sich auch nicht wehren, wie sich gerade in jüngster Zeit gezeigt hat. Wer opponiert, wird ruiniert oder gebombt. Aufsehen erregte Friedmans „Bekennnis“ lediglich in den sogenannten alternativen Medien. Das gleiche gilt für die Ausführungen Zbigniew Brzezinski, der Eurasien als das „Schachbrett der USA“ ansah, auf dem sie ihre Züge im Kampf um die globale Vorherrschaft machten. Brzezinski schrieb in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“, in dem er die geopolitische Strategie der USA nach dem Untergang der Sowjetunion entwickelt hat: „Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann.“

In diesem Kontext ist auch die Äußerung Henry Kissingers vom 2. Februar 2014 zu sehen, wonach der Regime Change in Kiew sozusagen die Generalprobe für das sei, „was wir in Moskau tun möchten“. (...)

In einer Rede an der Harvard Kennedy School in Cambridge/Massachusetts am 2. Oktober 2014 renommierte der Noch-US-Präsident Biden, seinerzeit US-Vizepräsident: „Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine, oder Sie werden sich zunehmenden Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die größten entwickelten Staaten der Welt dazu zu bringen, Rußland echte Kosten aufzuerlegen. Es ist wahr, daß sie [die EU] das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und die Tatsache, daß der Präsident der Vereinigten Staaten darauf bestanden hat, ja, Europa des öfteren in Verlegenheit bringen mußte, um es dazu zu zwingen, sich aufzuraffen und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um Kosten (für Rußland) verursachen zu können. Und die Folgen

waren eine massive Kapitalflucht aus Rußland, ein regelrechtes Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefststand gegenüber dem Dollar und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.“

Daß die Berliner Regierung dieser Politik, die deutschen Interessen diametral entgegensteht, bis zur Gegenwart gefolgt ist, wie aus Stellungnahmen von Olaf Scholz, Robert Habeck oder Annalena Baerbock hervorgeht, ist eine Schande und läßt sich nicht allein durch die mangelnde Souveränität Deutschlands erklären. Aus den über mehr als ein Jahrhundert wiederholten Äußerungen der US-Spitzenpolitiker ergibt sich ein Gesamtbild der monopolaren Imperialpolitik der USA, die der frühere Stabschef des US-Außenministers Colin Powell, Lawrence Wilkerson, mit den Worten charakterisierte: „Zum Teufel mit dem Rest der Welt.“

Wolfgang Bittner

Redaktionell gekürzt

Quelle: NachDenkSeiten, 17.7. 2024



BÜNDNIS DURCHLEUCHTET

Fünfundsechzig Jahre NATO
Und nur Trauriges bis dato:
Rüstung emsig angeleiert,
Deshalb wurde stolz gefeiert.

USA-Atlantikpakt,
Nach wie vor erschreckend nackt,
Zeigt sich, suizidversessen,
Krankhaft Weltkrieg-Drei-Besessen.

Diagnose: Überschätzung.
Fazit: Atomarverletzung.
Hauptgrund dieser Amtsbeschwerde:
Menschheit hat nur diese Erde.

Lutz Jahoda

Discountergespräch

Die Schlange an der Kasse war lang. Vor mir standen eine Frau mittleren Alters und ein ca. fünf Jahre altes Mädchen. Beide sprachen miteinander russisch. Die Kleine turnte an dem Kassengeländer. Ich lobte ihre Beweglichkeit. Daraufhin drehte sich die Mutter überrascht zu mir um und sagte: „Oh, wie schön, mal wieder jemanden russisch sprechen zu hören.“ Ich fragte sie, woher sie kommen. „Wir sind aus Lugansk. Wir haben uns 2022 zur Flucht nach Deutschland entschieden, als der Beschuß immer näherkam und intensiver wurde. Die neuen Herren der Ukraine verkündeten unmißverständlich,

daß wir alle ukrainisch lernen und sprechen müßten und daß die Russen ab jetzt unsere Feinde seien. Nationalistische Banden aus der Westukraine tyrannisierten die ansässigen russischsprachigen Bürger. Aber das wissen Sie ja.“ Ich sagte, daß ich als DDR-Bürger in Minsk studiert und in Kiew einige Lehrgänge besucht hatte und mich deshalb für die Situation vor Ort interessiere. Sie antwortete, daß ihre Eltern und andere Verwandten dort geblieben waren und viel Positives über ihr Leben nach der Eingliederung ihrer Republik in Rußland berichteten. Sie bekämen wieder regelmäßig Renten, die Banken,

das Gesundheitswesen, die Schulen und die meisten Betriebe arbeiteten wieder und die Stadt sei aufgeräumt. Es sei wieder Ordnung eingekehrt. Sie überlegten, ob sie wieder zurückkehren sollten. Unerwartet schaltete sich die Kleine ein. Sie hätte im Kindergarten eine Freundin und möchte gerne hierbleiben. Der Vater näherte sich uns aus dem Hintergrund und legte weitere Waren auf das Kassenband. Die Kassiererin begann ihre Arbeit und wir verabschiedeten uns mit besten Wünschen füreinander.

Felix Bendix
Strausberg

Noch einmal: Es gibt keinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine

Vor Gerichten geht es darum, ein Recht zu begründen oder ein Unrecht zu rechtfertigen oder eine unrechte Tat zu entschuldigen. So muß ein Richter im Strafrecht alle Umstände, die für und gegen einen Angeklagten sprechen, in seine Entscheidung einbeziehen, um den Tathergang und die Verantwortlichkeit dafür wahrheitsnah und so objektiv wie möglich offenzulegen, um dadurch dann zu einer gerechten, angemessenen und auch zielführenden Verurteilung mit einer Strafsanktion oder eben dem Freispruch zu kommen.

Abgesehen von verschiedenen prozessualen Pflichten hinsichtlich der Vorbringung bzw. Erklärung der Umstände sind diese Umstände als Kontext, also als essentieller Anteil bei der Wahrheitsfindung einzubeziehen. Es sollte demnach auch selbstverständlich sein, wenn es in anderen Fragen des Rechts, und ganz besonders des Völkerrechts, so gehandhabt wird. Denn als internationale Regelung über den rechtmäßigen Umgang der Völker, respektive der Staaten, miteinander hat dies Bedeutung für unser aller Leben und unsere Existenz. Es geht an erster Stelle um die Erhaltung einer Friedensordnung auf der ganzen Welt. Doch weit gefehlt! Der die Welt noch immer dominierende Westen wendet Völkerrecht mit unterschiedlichen Standards an, soweit er es überhaupt noch einhält. Und von dessen Medien

wird mit mindestens zweierlei Maß gemessen und geurteilt. „Der barbarische völkerrechtswidrige Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine“, heißt es aus fast allen, auch links meinenten Mündern immer und immer wieder. Die Aussage vom „Angriffskrieg“ entstammt aus dem Text der UN-Charta, die einen Angriffskrieg als völkerrechtswidrig klassifiziert. Die Tatsache, daß russische Streitkräfte gewaltsam auch auf das Territorium der Ukraine vorgedrungen sind, erfüllt allem Anschein nach zweifellos den genannten Tatbestand der UN-Charta. Nur sind nicht der gesamte Sachverhalt und auch nicht das gesamte geregelte Recht in diese gekappte Betrachtungsweise einbezogen worden, sondern nur eine Sequenz eines zwingend in viel weiterem Kontext zu betrachtenden und nach allem bestehendem Recht zu bewertenden Sachverhaltes.

Im Winter 1944/45 drang die Rote Armee der Sowjetunion auf polnisches Gebiet vor. Im Sommer 1945 fiel die Rote Armee in chinesische Gebiete ein. Im Juni 1944 begannen britische, US-amerikanische und kanadische Truppen französische Territorien zu besetzen. Im Dezember 1978 drangen vietnamesische Truppen in Kambodscha ein. ... Die Reihe solcher Aussagen kann in großer Zahl

fortgeführt werden. Alle für sich sind klare Tatbestände für Völkerrechtsbruch nach dem Maßstab der UN-Charta oder dem vorher geltenden Vertragsrecht der Völker (seinerzeit des Rechts des Völkerbundes).

Alle diese Aussagen sind jedoch aus dem Kontext herausgerissen und damit für sich allein falsch. Der historische und diese Ereignisse erklärende und damit rechtfertigende Zusammenhang fehlt. So hatte sich die Sowjetunion im 2. Weltkrieg verpflichtet, die Länder der Alliierten, wozu auch Polen als von Deutschland überfallenes und unterjochtes Land zählte, bei der Befreiung vom deutschen Faschismus und der Beendigung der Besatzung beizustehen. Deshalb hat die



Faschismus ist völkerrechtswidrig: Das „Asow“-Bataillon 2016 in Mariupol

Rote Armee nicht an den sowjetischen Grenzen Halt gemacht. D-Day in der Normandie war eine Befreiungsmision, wenn auch zwei Jahre verspätet und deshalb sehr zu Lasten der Sowjetunion. Und Kambodscha war von dem blutrünstigen, volksvernichtenden Regime der „Roten Khmer“ beherrscht, von dem es durch Vietnam befreit wurde, nachdem bereits über eine Million Menschen umgebracht worden waren und aus eigener Kraft eine Befreiung erkennbar nicht möglich war. Jedes Mal in den vorstehenden Fällen und weiteren Fällen wurde faktisch ein Angriffskrieg durchgeführt.

Es gibt ganz offensichtlich aber auch „zu tolerierende Völkerrechtsbrüche“, wenn sie von im Westen herrschenden Mächten unter Vorhalt selbst erschaffener Gründe begangen werden, welche sich ja in schöner Regelmäßigkeit im Nachhinein als erlogen herausstellen. Solche Verbrechen bleiben stets ungesühnt, die Täter werden nicht verfolgt. Das war seit 1945, als der 2. Weltkrieg endete, in vielen Fällen so. Beispielhaft sei angeführt: Der Überfall der USA auf Vietnam 1965 mit einem verheerenden Krieg unter Einsatz chemischer Waffen bis 1975. Es war der Krieg von Deutschland und anderen NATO-Staaten gegen Jugoslawien 1999, der Überfall der

„Willigen“ auf Afghanistan, den Irak, Libyen, Syrien, Palästina usw. usf. Diese Kriege waren weiß Gott barbarisch und verstießen klar und eindeutig gegen Völkerrecht, unter allen möglichen Kontexten.

Wenn jedoch einmal die Logik des Rechts mißachtet wurde, können alle weiteren auf Mißachtung fußenden, noch so logischen scheinenden Folgerungen nicht korrekt sein bzw. richtig werden: Aktuell sagt beispielsweise Herr Stoltenberg, NATO-Generalsekretär, in sich völlig schlüssig: „Die Ukraine hat das Recht, militärische Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Das ist Teil des Rechts auf Selbstverteidigung und wir haben das Recht, sie bei der Selbstverteidigung zu

unterstützen.“ Anders ausgedrückt: Wer sich verteidigen muß, kann sich gegen alles wenden, was ihn angreift, gleich wo es sich befindet, und sich von jedermann dabei helfen lassen. Dies ist ein natürlicher Grundsatz der Verteidigung.

Doch wird angesichts des historischen Verlaufs zunächst erst festzustellen sein, ob überhaupt eine Verteidigung vorliegt. Kurz gefaßt ist zu sagen, daß die Donbass-Bevölkerung und auch jene auf der Krim das Völkerrecht auf Selbstbestimmung in Anspruch genommen haben. Den Grund für die Abkehr von der Zugehörigkeit zur Ukraine haben der Westen und das von ihm installierte Putschregime in Kiew gegeben. Die kulturelle und ideologische Gewalt,

gefolgt von massiver militärischer Gewalt gegen zivile Bevölkerungen führten zur Erklärung der Unabhängigkeit durch die dort ansässigen Bevölkerungen.

Dagegen ist vom Kiewer Regime Krieg geführt worden, ein Angriffskrieg auf die neu entstandenen Republiken mit Raketen, Artillerie und Flugzeugen, was bis zum bewaffneten Eintritt Rußlands in diesen Konflikt über 14 000 zivile Opfer verursachte. Die glücklichere Situation der Krim 2014 ersparte der Bevölkerung dort bisher vieles. Die ebenfalls nach den völkerrechtlichen Regeln entstandenen Minsker Vereinbarungen 2015 wurden vom Kiewer Regime unterlaufen bzw. ignoriert, obwohl dafür seitens Deutschland und Frankreich Garantieerklärungen vorlagen, welche von diesen ebenso nicht erfüllt wurden. Unumwunden und schamlos haben die ehemaligen Regierungschefs dieser Länder zugegeben, daß die Einhaltung des Völkerrechts nie beabsichtigt war, wozu diese Vereinbarungen gehörten.

Nachdem eine erneute Gewaltwelle vom dafür hochgerüsteten Kiewer Regime im Donbass bevorstand und der Westen die Einbindung der Ukraine in die NATO forcierte, hat Rußland die Initiative ergriffen und ist mit Teilen seiner Armee in den laufenden Krieg

eingetreten. Dieser Krieg ging jedoch vom ukrainischen Territorium aus und wurde gegen die Donbass-Republiken geführt, die sich auf Grund des Putsches vom Kiewer Regime aus bekannten Territorien gebildet hatten.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen und ohne die Frage nach dem Bestehen von Völkerrecht in der Gegenwart überhaupt zu stellen, kann also hier dem NATO-Generalsekretär erwidert werden: Der bewaffnete Eingriff von Rußland in die gegen die Donbass-Republiken gerichteten Kampfhandlungen war völkerrechtlich nicht zu beanstanden.

Es gab mindestens zwei völkerrechtlich legitime Gründe für Rußland, bewaffnet einzugreifen: 1. haben die Republiken den Beistand, der vertraglich zuvor mit Rußland

fixiert worden war, gefordert und 2. gab es den Rechtfertigungsgrund dafür, das entgegenstehende Völkerrecht des Verbots eines Angriffskrieges, der es ja wie dargestellt gar nicht ist, zu übergehen, um das höher stehende Völkerrecht auf Selbstbestimmung und den Schutz der Donbass-Völker zu sichern, ja sogar die Existenz dieser Völker in ihren angestammten Gebieten zu wahren und den absehbar gewesenen Genozid zu verhindern. Dies gilt um so mehr angesichts der offen agierenden faschistischen Kräfte im Kiewer Regime und in dessen militärischen Organisationen und Armee. Denn Faschismus ist zweifellos völkerrechtswidrig und wer ihn unterstützt, handelt völkerrechtswidrig.

An dieser Stelle sei auf die völkerrechtswidrigen Sanktionen, auf die völkerrechtswidrigen

Enteignung Rußlands und auf die ebenso völkerrechtswidrige Politik der Erzeugung von Spannungen mit militärischen und terroristischen Mitteln (Sprengring Nord Stream) verwiesen, allesamt vom Westen zu vertreten.

Der brutalen, durch nichts zu rechtfertigenden, völkerrechtswidrigen Politik des Westens muß entschieden Einhalt geboten und eine friedliche, sich gegenseitig fördernde Weltordnung hergestellt werden, wozu der russische Befreiungskrieg gegen das ukrainische neofaschistische Regime einen historischen Beitrag leistet, der dem Westen und seinen heuchlerischen Banden in den Regierungen, Gremien und Medien seine Grenzen aufzeigt.

Renato Lorenz
Berlin

Was steckt hinter dem blitzartigen Überfall der Ukraine auf Kursk?

Der Ukraine-Konflikt soll aus Sicht der NATO und der Ukraine auf russisches Territorium verlagert werden und damit eine neue Phase des Planes zur Zerstörung Rußlands einleiten.

Der Einmarsch regulärer ukrainischer Truppen in die Region Kursk scheint mehr zu sein als eine weitere Provokation. Es ist der Versuch, eine neue Etappe des Konfliktes einzuleiten, zu der auch die Übergabe von F-16-Flugzeugen und weitreichender Raketen gehört. Für den Westen könnte dieser blitzartige Überfall ein günstiger Moment sein, um die „erfolgreiche“ Ukraine in die NATO einzugliedern. Kiew erfüllt alle ihm zugewiesenen militärischen Aufgaben, wobei niemand dem Land irgendetwas garantieren muß. Es wäre ja auch töricht, Totgeweihten irgendetwas zu garantieren.

Die Absicht, Rußland zu zerstören, könnte vom Westen schon als erfüllt angesehen werden, wenn man an die Stelle Putins irgendeinen lokalen „Selenskyj“ an die Macht bringen könnte. Die ukrainischen Militärs, die an dem Überfall auf das Kursker Gebiet beteiligt sind, begreifen nicht, daß sie gegen die letzte Chance kämpfen, ihr Land in einem wenigstens halbwegs bewohnbaren Zustand zu erhalten, womit nicht der unwahrscheinliche Einsatz von Atomwaffen durch Rußland gemeint ist, sondern das Wirken der Konzerne Monsanto, BlackRock und anderer, die sich bereits große Teile des ukrainischen Territoriums angeeignet haben und nun damit beschäftigt sind, es von „überschüssiger“ Bevölkerung und Industrie zu befreien.

Um es noch einmal deutlich zu sagen:

Der Krieg in der Ukraine spielt sich nicht zwischen dem längst untergegangenen ukrainischen Staat und Rußland ab, sondern zwischen seiner Zukunft als Eigentum globaler Konzerne und der Chance, als souveräner Staat zum menschlichen Leben zurückzukehren. Rußland befindet sich an der vordersten Front des Krieges mit dem mächtigsten und schrecklichsten Feind der Menschheit, und der gesamte, vom kollektiven Westen noch

nicht verschlungene Teil dieser Menschheit sollte sich verpflichtet fühlen, es dabei zu unterstützen. Nicht, weil jeder die russische Regierung mögen muß, sondern einfach, weil er als Nächster auf dem Speiseplan steht. Jede Friedensverhandlung unter diesen Bedingungen wäre eine Kapitulation.

Können der Westen und die Ukraine ihre Ziele, Rußland betreffend, umsetzen oder wird die RF gestärkt aus diesem Blitzkriegsüberfall hervorgehen?

Die von der NATO geplanten und kommunikativ sichergestellten ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) bestanden aus drei voll aufgerüsteten Kampfbrigaden aus der Frontreserve, die um Pioniertruppen und Sicherstellungseinheiten verstärkt wurden. MacGregor teilte am 9.8.24 mit, daß bereits über 1 000 Soldaten der Ukraine und ca. 40 % der Bewaffnung vernichtet seien und daß die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK RF) an den Kampfschwerpunkten der Front weiterhin Geländegewinne machen. Die Ukraine versuchte, sich einzugraben und das Territorium mit kleinen Kampfgruppen (10 bis 20 Soldaten) und mit Diversionsgruppen zu halten. Sie kämpft um die Auffüllung ihrer personellen und materiellen Verluste, was zur weiteren Schwächung der Gruppierungen an der Hauptfront führt. Einige Tage nach dem Einmarsch gab der russische Generalstab bekannt, daß vier Brigaden und fünf Kampfataillone sowie Luftverteidigungsmittel, Flugzeuge, Hubschrauber und Drohnen zur Vernichtung des Gegners eingesetzt werden.

Der russische militärisch-industrielle Komplex stellt sich auf einen groß angelegten Krieg ein. Die Wirtschaft wurde auf „Kriegsbasis“ umgestellt. Die russische Armee verbraucht monatlich mindestens eine Million militärische Erzeugnisse. Deren Sicherstellung konnte durch eine erhöhte Produktion erreicht werden.

Repariert, modernisiert und neu produziert wurden: über 100 Flugzeuge, 51 Hubschrauber, mehrere tausend Drohnen, ungefähr 400 000 Stück Flugzeugbewaffnung,

7700 Raketen für die Marine, 10 Luftverteidigungskomplexe.

Die leicht gepanzerten Fahrzeuge wurden um das Dreifache erhöht, die Munitionsproduktion um das 14-fache, Drohnen: vierfach, Raketen- und Artilleriewaffen: 22-fach, elektronische Kampf- und Aufklärungsausrüstung: 15, Munition: 14, Autos: 7, persönlicher Rüstungsschutz: 6, SPG: 10, gezogene Artillerie: 14, Mörser: 20, MLRS „Tornado-S“ und „Tornado-G“: 2, Panzer: 3,5, Panzergeschütze und Rohrartillerie: zweifach usw.

Westliche Medien stellten fest, daß „Rußland mehr Luftverteidigungssysteme herstellt als alle NATO-Staaten“.

2024 wird die russische Armee eine breite Palette an Waffen und militärischer Ausrüstung erhalten: mehr als 36 000 neue Muster militärischer Ausrüstung und 16,6 Millionen Waffen, einschließlich der geplanten Übergabe von mehr als 40 neuen Schiffen und Wasserfahrzeugen an die russische Marine.

Die Landkomponente der russischen Atomtriade wird auf die Interkontinentalrakete RS-28 Sarmat umgerüstet.

Das Ural-AZ-Werk produziert durchschnittlich 78 Lkw pro Tag. „Missile Weapons“ hat sein Produktionsvolumen um das Achtfache gesteigert.

Aus den neuesten Nachrichten

Rostec präsentierte einen neuen Komplex „SERP-VS6D“ zur Bekämpfung von Drohnenschwärmen und FPV-Drohnen. Ein weiteres neues Produkt ist der modernisierte Titan-Panzerhelm „Bars-M“ mit neuem Visier aus hochfestem Glas, entwickelt vom Kalaschnikow-Konzern. Zuvor hatte Rostec eine Charge T-80BVM-Panzer an die russischen Streitkräfte übergeben. Bei der Herstellung wurden auch die Drohnenschutzfunktion und der Schutz der Führungsräder berücksichtigt.

Oleg Jassinski

Der ukrainische Journalist Oleg Jassinski lebt in Lateinamerika und schreibt für RT.

Quelle: RT, 11.8.24

Vielfältige Friedensvorstellungen und NATO-Eskalation des Ukraine-Konflikts

Der bekannte norwegische Friedenskämpfer Glenn Diesen fand eine überzeugende und kurze Beantwortung der Frage, warum und durch wen es zu dem fürchterlichen Menschen und Lebensgrundlagen vernichtenden Ukraine-Konflikt kam. Sinngemäß formulierte er, daß der Konflikt seine Ursachen im Zusammenbrechen der existierenden Weltordnung, vertreten durch den Hauptpotentaten USA, und im Entstehen einer neuen, vertreten durch China, hat. Dabei verteidigen die USA ihre Vormachtstellung, die sie bisher in der Welt hatten, mit allen Mitteln (auch mit militärischen). Beim Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine, handelt es sich um ein blutiges Vorspiel, welches sich zu einem großen europäischen oder Weltkrieg entwickeln kann. Nur die Vereinigung aller fortschrittlichen Kräfte der Welt kann den zu allem bereiten Hegemon aufhalten.

Geheimdienstprovokationen von USA, GB, Ukraine

Vor dem jüngsten NATO-Gipfel lancierten US-Geheimdienste eine „brisante Mitteilung“ an ihre NATO-Partner, die beabsichtigter Weise auch Rußland erreichen sollte. Darin werden die US-amerikanischen, britischen und kanadischen Truppen in den NATO-Stützpunkten in Polen, Lettland und Litauen aufgefordert, sich auf einen Einsatz in der Ukraine – im Frühjahr und Sommer 2025 ist eine neue NATO/Ukraine-Großoffensive gegen die Russische Föderation (RF) geplant – vorzubereiten. Die Meldung enthielt auch die Warnung an ihre Truppen, daß diese mit schwerer russischer Artillerie, gelenkten Gleitbomben, Hyperschall-Raketen, Kampfdrohnenangriffen rechnen müssen. Diese „provokative Information“ wurde von der RF als Teil des NATO-Planes interpretiert, Angriffe im Schwarzen Meer und tief in das russische Hoheitsgebiet hinein fortzusetzen. Die RF soll dazu „ermutigt“ werden, Gegenangriffe auf Ziele in NATO-Staaten durchzuführen und damit entsprechend Artikel V der NATO ein kollektives Eingreifen des transatlantischen Militärbündnisses auszulösen, welches daraufhin erfolgen würde.

Ganz in diesem Sinne startete die Ukraine mit NATO- und US-Unterstützung am 6.8.24 eine geheimdienstgesteuerte Operation (beginnend mit 1 000, später 12 000 Mann, darunter versöldnete NATO-Soldaten aus GB, Frankreich, Polen, den USA u.a.) in Blitzkriegsmanner. Deren Ziele waren: die Eroberung von Territorium und des AKW als Faustpfände, der Rückzug russischer Truppen aus umkämpften Frontabschnitten, den Erhalt weiterer Westhilfen und das Eingreifen der NATO, der eigenen Bevölkerung Mut zu machen und die der RF zu verunsichern sowie Rußland zu schwächen. Die ukrainische Operation war für die RF so bedrohlich, daß selbst Putin wegen der vor Ort aufgetretenen Nachlässigkeiten (unzulängliche Arbeit der Aufklärung), Korruption (unvollendete Grenzanlagen) und Unzufriedenheit

der Bevölkerung (kaum Schutz, Vorwarnung und Evakuierung) einschreiten mußte. Betroffene Gebiete der RF riefen den Notstand aus und führten Evakuierungen durch, wodurch die RF bei der Rückeroberung freie Hand erhielt. Die herangeführten kampferfahrenen Reserven haben die Angreifer in Kämpfe verwickelt und ihnen große personelle Verluste zugefügt (MacGregor 19.8.24: bereits über 3800 Mann), wobei es auch auf russischer Seite zu Verlusten kam. Die russische Gruppierung ist dabei, die Angreifer zu dezimieren und ihnen die weitere Angriffsfähigkeit zu nehmen, was wegen der Kleingruppigkeit der Angreifer eine andauernde Operation ist. Die russischen Truppen setzen ihre Angriffe an den Frontschwerpunkten unvermindert und mit weiteren Landgewinnen (5 bis 10 km täglich – S. Ritter) fort.

Die NATO und speziell Selenskyj haben nur einen Anfangsvorteil erreicht und schon die 2. Offensive in den Sand gesetzt. Daran konnte auch Selenskyjs unerfüllter Ruf nach einem direkten Eingreifen der NATO nichts ändern. Rußland sieht jetzt die Ukraine nicht mehr als Staat, sondern als terroristisches Gebiet an und wird seine Politik und die Kampfhandlungen danach ausrichten. Übrigens melden sich immer mehr patriotisch gesinnte Freiwillige bei der Armee der RF.

Zu den Resultaten des jüngsten NATO-Gipfels

Die USA verkündeten auf dem Gipfel, daß sie ab 2026 in Deutschland Langstreckenwaffen (Tomahawk-Raketen und noch in Entwicklung befindliche Hyperschallwaffen) stationieren wollen. Da diese Waffen Rußland erreichen können, werden deren deutsche Basierungsorte Hauptziel der in der Ukraine bereits erfolgreich erprobten Raketen- und Hyperschallwaffen Rußlands.

Zusätzlich wollen die NATO-Länder Frankreich, Deutschland, Italien und Polen Marschflugkörper großer Reichweite (bis 2500 km) entwickeln, produzieren und später auch einsetzen.

Der scheidende NATO-Generalsekretär Stoltenberg schaukelte sich auf dem Gipfel an „militärtechnischen Erfolgen“ hoch. So sei die betriebsbereite Raketenabwehr- und -startbasis (Aegis Ashore) in Redzikowo (Polen) in die Strukturen des Blocks überführt worden. Ein weiteres modernisiertes und einsatzbereites europäisches Raketenabwehrsystem der USA sei in Deveselu, Rumänien, stationiert.

General a. D. Harald Kujat resümiert zum NATO-Gipfel:

1. Der Gipfel setzt eine Ukraine-Politik fort, die sich nicht mit der Friedenssuche, sondern mit dem Einfordern weiterer finanzieller und militärischer Unterstützung für einen militärischen Sieg der Ukraine sowie mit deren NATO-Beitritt befaßte. Letzteres wird allerdings nicht von allen NATO-Staaten unterstützt.

2. In Wiesbaden soll eine NATO-Dienststelle für die Koordinierung der Unterstützung und Ausbildung ukrainischer Soldaten noch 2024 in Dienst gestellt werden und für 2025 wurde ein Finanzpaket von 40 Milliarden Euro beschlossen.

3. Angekündigt und z. T. schon realisiert wurde die Lieferung weiterer Luftverteidigungssysteme und von Kampfflugzeugen F-16.

Zur gegenwärtigen Lage auf dem Gefechtsfeld

Die RF verstärkte ihre Angriffe auf die Anlieferung der NATO-Waffen, auf die für die Stationierung der F-16 vorgesehenen Flugplätze, auf NATO-Führungsstäbe und Truppenansammlungen. Rußland hat Ende Juli im Donezker Gebiet eine Offensive gestartet, konnte alle Gegenangriffe der Ukraine an der Front abwehren, den ukrainischen Streitkräften (ukr.-SK) große, nicht voll ersetzbare personelle und materielle Verluste zufügen sowie die Ukraine zur Aufgabe von über 1500 Quadratkilometern (MacGregor) ihres Territoriums zwingen.

Für die ukrainischen Truppen, urteilt Gustav Gressel, Militärexperte des European Council on Foreign Relations (ECFR), kommen jetzt viele Probleme zusammen: abgekämpfte Einheiten, hohe Verluste von qualifiziertem Personal, Mangel an Munition und Material, keine Abwehrmöglichkeiten gegenüber russischen Gleitbomben.

Während die Ukraine kaum ausgebildete Rekruten in den Kampf schickt, versucht die RF, ihr Personal zu schonen und läßt die Truppen erst nach gründlicher Vorbereitung langsam und umsichtig vorrücken.

Der US-Militärexperte Scott Ritter stellte fest, daß die Ukraine im Juni und Juli täglich bis zu 2000 Soldaten verliert und auch Rußland, da angreifend, hohe Verluste erleidet, die bei 300 bis 400 Soldaten täglich liegen. Dennoch ist die Mehrheit der regierenden Politiker des Westens und der Ukraine nicht bereit, die militärischen Realitäten auf dem Gefechtsfeld anzuerkennen und in Verhandlungen einzutreten. Die Ukraine hat (lt. ARD vom 9.8.24) 25 % ihres Territoriums an die RF verloren.

Der Oberkommandierende der ukr.-SK Sirskyj stellte im *Guardian* fest, daß die RF derzeit über 520 000 Mann verfügt, Ende des Jahres sollen es fast 700 000 sein. Die Personallücke der ukr.-SK wird immer größer. Keiner weiß, wie und mit welchen Mitteln die geforderten fast 500 000 Mann mobilisiert, ausgerüstet und ausgebildet werden sollen. Die RF hingegen hat zweimal mehr Panzer, ein Mehrfaches an leicht gepanzerten Fahrzeugen sowie dreimal mehr Artilleriesysteme. Sie verfügt über einen effektiven MİK sowie über potente Waffenlieferpartner (DVRK, Iran) und über mehr Ressourcen als die Ukraine.

Die Ukraine wird dagegen mit verschiedensten Waffen unregelmäßig beliefert und hat einen großen Mangel an Waffen aller Art.

Ukrainische und westliche Provokationen und russische Antworten

Bis vor kurzem reagierte Rußland auf westlich unterstützte ukrainische Provokationen mit „weichen“ Maßnahmen, z. B. mit dem Abdrängen und der Zerstörung der Funktionstüchtigkeit von „Global Hawk“-Drohnen der USA, die die Storm Shadow- und ATACAMS-Raketen der Ukraine u.a. auch auf zivile Ziele der Krim lenkten (z.B. auf den Strand von Sewastopol mit vielen zivilen Opfern).

Nach diesem von USA und Ukraine durchgeführten Terroranschlag und den ersten „Abstürzen“ von F-16 (bei Odessa), kam es nach Monaten des Schweigens wieder zur Kommunikation zwischen dem Verteidigungsminister der USA, L. Austin, und dem neuen Verteidigungsminister der RF, A. Belosow. Die Proteste und Drohungen Austins verfangen dieses Mal nicht, denn Belosow nahm gegen die vom Westen unterstützten terroristischen Provokationen der Ukraine härtere Positionen ein, die im Wiederholungsfall auch zu Abschüssen von US-Aufklärungs- und Feuerleitdrohnen, von F-16 Kampfflugzeugen und Satelliten führen können.

Mit Belosow scheint Putin eine erfahrene, verantwortungsbewußte Persönlichkeit gefunden zu haben, um die Glaubwürdigkeit der in Korruptionsaffären verwickelten Militärführung wiederherzustellen.

Am 28.7.24 gab Putin auf der Marineparade Rußlands, an welcher Vertreter aus 31 befreundeten Ländern teilnahmen, erste Antworten auf die für 2026 vorgesehene Stationierung von US-Langstreckenraketen in Deutschland. Er stellte fest, daß Staats- und Militäreinrichtungen, Städte, Industrieanlagen sowie wichtige Infrastrukturobjekte bedroht würden und in 10 Minuten erreichbar wären. Unter diesen Bedingungen fühlt sich Rußland nicht mehr an sein Moratorium für die Stationierung von Angriffswaffen kurzer und mittlerer Reichweite gebunden. Im Rahmen der Gegenmaßnahmen, so Putin weiter, könnten die Küstenschutztruppen aufgestockt und die Marine mit hochtechnologischen Waffen ausgerüstet werden. In Kaliningrad könnten zusätzlich neue Mittelstreckenraketen mit großer Reichweite, ähnlich denen in Deutschland, stationiert werden (z.B. Iskander 1000 km).

Putin teilte dort mit, daß er Provokationsfällen des Westens unbedingt ausweichen will, um es nicht in Europa zu einem NATO-Rußland-Krieg kommen zu lassen.

Am 27.7.24 antwortete Belosow auf die westlichen Genehmigungen für die Ukraine zum Beschuß der RF. Die RF könnte, wie es die USA schon lange tun, weltweit weitreichende Waffen in befreundeten und willigen Staaten stationieren, um damit das militärstrategische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und so das Risiko eines dritten Weltkrieges bedeutend zu verringern.

Möglichkeiten dafür sieht Belosow in Vietnam, Syrien, Jemen, Indonesien, Algerien

sowie in den Staaten der sich neu bildenden RF-Lateinamerika-Allianz.

Die RF und China werden Manöver und Übungen gemeinsam und weltweit durchführen.

Aus diesen Geheimdienstmitteilungen folgte die RF, daß die Neocons der USA sowie die Kriegersfraktionen in NATO, EU und Ukraine derzeit eine Niederlage der Ukraine nicht zulassen wollen. Das bedeutet, daß die Hauptziele der russischen Spezialoperation (SO) – Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine – nicht sofort erreicht werden können.

Die EU stehe nun vor der Entscheidung, ob sie für die USA die Risiken eines europäischen Krieges auf sich nehmen will.

Bringen die Friedensvorschläge Xi Jinpings, Putins, Orbáns, Kujats und Selenskyjs Bewegung in das Ende des Ukraine-Krieges?

Chinas Friedensvorschläge sind seit Monaten bekannt.

Putin teilte Biden noch vor dem NATO-Gipfel seine von großen Kompromissen getragenen Friedensvorschläge mit.

- Keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine
- Übergabe des AKW Saporoschje an die Ukraine
- Entmilitarisierung und Aufteilung der Krim zwischen Ukraine und Rußland
- Abzug der ukrainischen Truppen aus den Territorien der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie Anerkennung deren Eingliederung in die RF
- Verhandlungen über den Status der Gebiete Cherson und Saporoschje nach dem Beispiel der Minsker Abkommen (mit Realisierungsgarantien des Westens)
- Begrenzung der ukr.-SK auf 150 000 Mann
- keine Einwände gegen eine EU-Mitgliedschaft
- Aufhebung aller westlichen und ukrainischen Sanktionen gegen die RF

Ergänzend erklärte er:

Sollte sich die Ukraine, bei entsprechenden Garantien des Westens, von der NATO-Mitgliedschaft lossagen, könnte es sofort zu einem Waffenstillstand mit unmittelbarem Beginn von Friedensverhandlungen kommen. Rußland tritt für die vollständige Beendigung des Krieges sowie die Gewährleistung gleicher Sicherheit für alle Beteiligten ein. Einen alleinigen Waffenstillstand lehnt die RF ab, da diesen die Ukraine zur Nachrüstung nutzen könnte.

Die BRICS- und SOZ-Staaten sowie eine zunehmende Mehrheit der Staaten des globalen Südens vertreten ähnliche Positionen.

Diese Verhandlungsvorschläge Putins sind nach dem Angriff auf Kurs hinfällig. Der „Machtdarsteller“ Selenskyj hat Ende Juli in französischen Medien erklärt, daß er nicht mehr darauf besteht, die territoriale Integrität der Ukraine nur „mit Waffen“ erkämpfen zu wollen; denkbar seien auch diplomatische Schritte. Selenskyj ist nach „Kurs“ für Rußland u. a. kein Partner für Friedensverhandlungen mehr.

Als erster aus dem Westen hat sich Finnlands Präsident A. Stubb für Verhandlungen

ausgesprochen. Inzwischen sind, wenn auch indirekt, weitere europäische Politiker, so Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, aber auch der slowakische Ministerpräsident Fico dazugekommen. Über Bemühungen deutscher Regierungspolitiker, Wege hin zu einem Frieden zu finden, ist nichts bekannt.

Der Militärexperte H. Kujat hebt folgendes hervor:

Rußland hat die Vereinbarungen von Minsk und Istanbul als Grundlage für Verhandlungen anerkannt. Dennoch wurde Putins Vorschlag von den westlichen Unterstützern der Ukraine brüsk abgelehnt und die RF überfallen.

Daß Orbán sowohl mit Selenskyj, mit Putin, Xi Jinping und Trump Möglichkeiten erörterte, den Krieg mit einem Waffenstillstand und einem Verhandlungsfrieden zu beenden, zeigt, daß er einen Weg aus der Sackgasse sucht, in die sich die Europäer durch ihr unrealistisches und strategieloses Agieren manövriert haben.

Resümee

Es ist offensichtlich, daß der Westen und die Ukraine den Krieg gegen Rußland weiter eskalieren. Damit ist klar, daß Rußland auf die aggressiven Provokationen und Handlungen der NATO reagieren muß.

Es scheint logisch, daß der RF die Koordinaten der US- und NATO-Basen in Polen und Rumänien sowie in Deutschland bekannt sind. Umgekehrt dürfte im Westen bekannt sein, daß Rußland jetzt schon über konventionelle und atomare Mittel mit großer Reichweite und Zerstörungskraft verfügt.

Über dieses Risiko wird die Bevölkerung der NATO-Staaten völlig unzureichend und nur verzerrt informiert.

An dieser Stelle ein Wort des 2024 verstorbenen Friedenskämpfers Wolfgang Jung: „Wenn die Bewohner Deutschlands, besonders die, die in dieser Region leben, sich nicht endlich selbst DAGEGEN aufzulehnen beginnen, werden sie und ihre Kinder mit den Kriegstreibern und denen, die unser Land wieder ‚kriegstüchtig‘ machen wollen, untergehen.“

Deshalb:

- „Keine neuen Mittelstreckenraketen“ in Deutschland!
- „Keine deutschen Waffen, die auf Russen gerichtet werden können“!
- „Frieden und Zusammenarbeit mit Rußland!“

Was wir verstehen sollten:

Die RF betrachtet den Aufbau eines eurostrategischen Angriffspotentials der USA in Deutschland nicht als Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der NATO, sondern als eine nationale Maßnahme der USA zur Erreichung von geostrategischen Vorteilen, um das russisch-amerikanische interkontinental-strategische Gleichgewicht zum Nachteil Rußlands zu verändern. Die gefährliche Eskalationsspirale muß wieder unter Kontrolle gebracht werden. (H. Kujat)

Die Posaunen der Halleluja-Karawane und das Schweigen im Blätterwald

Die Posaunen ertönen, wenn sich die Halleluja-Karawane des Westens in anhaltenden Krisenzeiten trifft. Die Botschaften des G7-Gipfels, der im Juni im italienischen Luxushotel „Borgo Egnazia“ in Fasano stattfand, rissen die Länder der Mehrheitswelt jedoch nicht von den Sitzen. Im Fokus stand die Unterstützung der Ukraine. Die Staaten einigten sich darauf, ihr weitere 50 Milliarden US-Dollar zu überweisen. Die G7-Staaten planen „nachhaltige, inklusive und qualita-



tiv hochwertige Infrastrukturprojekte“ in Afrika und im Indopazifik. Bis 2027 sollen dafür 600 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden. (China investiert allein in Lateinamerika 500 Milliarden US-Dollar in Infrastrukturprojekte.) Der Klimawandel war ein marginales Thema. Der G7-Gipfel drohte Rußland mit weiteren Sanktionen. Sanktioniert werden sollen auch diejenigen, die sich weigern, diese Sanktionen anzuwenden. Das sind praktisch drei Viertel der Länder der Erde. Die 50 Milliarden US-Dollar Unterstützung für die Ukraine stammen aus den geklauten Gewinnen aus russischen Wirtschafts- und Bankvermögen, die der Westen beschlagnahmte. Rechtlich-operative Skrupel plagten ihn deswegen nicht, obwohl er mit seinem eigenen Eigentums- und Vermögenskodex in Konflikt gerät. Für Europa handelt es sich um eingefrorene 200 Milliarden Euro, für die USA um etwa 70 Milliarden. Die Unannehmlichkeiten, strafrechtlichen Vorwürfe wegen Unterschlagung sowie Verstößen gegen den Verhaltenskodex der Banken, treffen hauptsächlich Europa und nicht die USA. Die Verwendung der Gewinne aus russischem Kapital deutet an, daß der Westen für die Ukraine kein eigenes Geld mehr ausgeben will. Mit ihren Positionen zum Ukrainekrieg zogen die G7-Staaten zum „Friedensgipfel“ bei Luzern. Dessen Bedeutung und Ergebnisse gab Arnold Schölzel im Leitartikel des Juli-August-„RotFuchs“ treffend wieder.

Die G7 begrüßten die von Washington inspirierte Entscheidung Brüssels, die Zölle auf chinesische Importe von Elektroautos bis zu 38 Prozent anzuheben. Das widerspricht

eigentlich der Befürwortung der grünen Wirtschaft, dem fortschreitenden Verzicht auf fossile Brennstoffe und dem forcierten Ausbau der Elektrizität. Nach dem Narrativ vom ökologischen Umbau der Produktionsstrukturen und des Massenkonsumgütermarktes müßte dieser gefördert werden, da er zu einem geringeren Einsatz fossiler Brennstoffe und einer stärkeren Verbreitung von Elektroautos beiträgt. Laut einer Studie des Europäischen Hauses Ambrosetti, einer privaten Denkfabrik, importiert die EU 56 Prozent der 34 „kritischen“ Rohstoffe aus China. „Wenn China die Lieferung seltener Erden nach Europa unterbrechen würde“, so die Studie, „wären 241 GW Windenergie (47 Prozent der Gesamtmenge) und 33,8 Millionen Elektrofahrzeuge (66 Prozent der Gesamtmenge) in Gefahr. Diese Ziele wollte die EU bis 2030 erreichen. Darüber hinaus stammen 45 Prozent der Rohstoffe für die Produktion von Photovoltaikmodulen in der EU aus China. Das Gleiche gilt für die Produktion von Windenergie. Selbst bei Batterien ist die EU auf Peking angewiesen. Von dort kommen 37 Prozent der für die Produktion verwendeten Rohstoffe.“ Die Strafzölle gegen China erklären das westliche Globalisierungsmodell: Liberalismus bei den Exporten und Protektionismus bei den Importen. Das „Regelsystem“, das den politisch-rechtlichen Rahmen der expansiven Phase des angelsächsischen Kapitalismus bildete, taugt nicht mehr. Es waren „gute“ Regeln, als sie den USA und dem globalen Westen erlaubten, zu profitieren und zu dominieren. Jetzt, in der Niedergangphase der Hegemonie des imperialen Systems, müssen andere Regeln her. Das wollte Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck auf seiner Asienreise den führenden Politikern Chinas beibringen. Die winkten jedoch ab, sie hatten keinen Bedarf an deutscher Aufklärung. Der chinesische Ministerpräsident Li Qiang empfing den deutschen Grünen-Minister gar nicht erst.

Die NATO-Gipfel machten deutlich, daß der kriselnde Westen die sich verändernde Welt als Bedrohung betrachtet, was China und Rußland angelastet wird. Er rüstet auf und bringt sein Nuklearpotential in Stellung. Moskau wird vorgeworfen, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen verlassen zu haben. Daß ihn Washington gar nicht erst ratifizierte, wird selbstverständlich ausgeblendet. Sie gestehen, daß sich vom weltweiten Gesamtbestand der geschätzten 12 121 Sprengköpfe im Januar 2024 etwa 9585 in militärischen Lagerbeständen für den potentiellen Einsatz befanden. Neun Länder verfügen über Atomwaffen. Spitzenreiter sind die USA und Rußland. In ihren Beständen befinden sich etwa 90 Prozent aller nuklearen Sprengköpfe. Großbritannien rangiert auf dem dritten Platz, gefolgt von Frankreich, China, Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel.

Die USA investierten im Vorjahr 51,9 Milliarden US-Dollar in Atomwaffen. Das ist mehr, als alle anderen Atomkräfte zusammen investierten.

Auf dem NATO-Gipfel in Washington vereinbarten die Teilnehmer den Plan „NATO Industrial Capacity Expansion Pledge“. Die Rüstungsproduktion soll weiter ausgedehnt werden. Neue Waffenfabriken müssen her, die Munitionsbestände sind aufzufrischen. Im angedachten Krieg gegen Rußland wird der Bundesrepublik die Aufgabe einer Drehscheibe zugedacht. Sie erhält Waffen mit mehr als 2000 Kilometern Reichweite. Sie sollen Angriffe auf Rußland ermöglichen. Die Entwicklung solcher Waffen in Europa erfordert Zeit. Deshalb stationieren die USA vorläufig „Tomahawk“-Marschflugkörper und Hyperschallraketen in Deutschland. „Zur Abschreckung“, behauptete Bundeskanzler Scholz im Sommer-Interview. Rußland reagierte und kündigte adäquate Gegenmaßnahmen an. Der Westen schimpft ob der „neuen Bedrohung“. Das ist der feine Unterschied, den die Halleluja-Karawane macht: Sie schreckt nur ab, während Putin droht.

Die Vorbereitung des Ost-Feldzugs ist mit Sozial- und Demokratieabbau verbunden. „Wir müssen alle bereit sein, Opfer zu bringen“, sagen die deutschen „Demokraten“ und erhöhen sich die Bezüge. Die Worte „Frieden“ und „Völkerverständigung“ haben sie aus ihrem Vokabular gestrichen. Das Publikum wird irreführend, manipuliert und mit banalen Erfolgsmeldungen beruhigt. Das Sommermärchen der Fußball-EM in Deutschland und die Olympischen Sommerspiele in Paris sollten Opium für die Massen sein. Die Medien des Westens blieben sich treu. Im Eröffnungsprogramm in Paris ertönten John Lenbons „Imagine Lyrics“. („Keine Religion, kein Besitz, nichts, wofür man töten oder sterben könnte, schließt euch uns an! Keine Länder, eine Welt!“) Das sei „schierer Kommunismus“ gewesen, so ein Kommentar. Weniger aufregend war für sie dagegen die Schaustellung des „Abendmahls“ von Leonardo da Vinci in Kostümen wie beim Christopher Street Day. Der Vatikan reagierte mit Kritik, was wiederum ein Thema für die Halleluja-Medien war. Im westlichen Blätterwald herrscht Schweigen, wenn sich Dinge von Bedeutung für unseren Planeten ereignen. Saudi-Arabien und die OPEC-Länder trafen die historische und weitreichende Entscheidung, das in den 70er Jahren mit den USA unterzeichnete Wirtschaftsabkommen, das den Kauf von Öllieferungen in US-Dollar vorsah, aufzugeben. Die Rohöl produzierenden Länder verkaufen zukünftig ihr „schwarzes Gold“ in jeder Währung, was sich auf den US-Dollar auswirken wird. Zum XXVII. St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum, das vom 5. bis zum 8. Juni stattfand, kamen 18 600 Teilnehmer aus 136 Ländern. Das Hauptthema lautete „Die Grundlage der Multipolarität:

Bildung neuer Wachstumszentren“. Dazu fanden über 150 thematische Sitzungen mit mehr als tausend Referenten statt. Das Treffen der BRICS-Plus-Außenminister am 11. Juni 2024 in Nishni Nowgorod traf strategische Entscheidungen. Der Handel innerhalb des Bündnisses soll gesteigert, die BRICS-Investitionsbank gestärkt und regionale Kooperationsverbände unterstützt werden. Im Beisein der neuen Länder Ägypten, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Iran und Äthiopien wurde beschlossen, auf die Sanktionen des Westens zu reagieren. Ungeachtet westlicher Drohungen kündigte Neu-Delhi eine Vereinbarung mit Moskau über den Transport russischer Kohle über den Iran nach Indien an. Die wichtigste Botschaft aber war, daß zumindest für den neu entstehenden Wirtschaftsraum die Hegemonie des US-Dollars, der von den USA aggressiv zur Regulierung der internationalen Beziehungen eingesetzt wird, zu Ende geht. Im Juli fand in Moskau das VI. Rußland-China-Energiewirtschaftsforum statt. Dort wies der Vorstandsvorsitzende des russischen Ölkonzerns Rosneft, Igor Setschin, nach, daß die westlichen Mächte den Druck, den sie auf das starke Wirtschaftspotenzial Rußlands und Chinas ausüben wollten, überschätzt haben. Er hat einen gegenteiligen Effekt ausgelöst: In den Volkswirtschaften und im Handel zwischen beiden Ländern ist ein deutliches Wachstum zu verzeichnen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) habe im vergangenen Jahr seine BIP-Wachstumsprognose für beide Länder um ein Vielfaches angehoben. Die BIP-Wachstumsraten Chinas (5,2 % im Jahr 2023) und Rußlands (3,6 % im Jahr 2023) liegen deutlich über denen westlicher Länder und dem Weltdurchschnitt. Der IWF prognostizierte, daß Chinas Beitrag zum

globalen Wirtschaftswachstum in den nächsten fünf Jahren 21 Prozent betragen wird, was über dem Gesamtbeitrag aller G7-Länder (20 Prozent) liegt. In diesem Zusammenhang betonte der Chef von Rosneft, daß die russische Wirtschaft von der Stabilität der Kohlenwasserstoffexporte und der Umstrukturierung der Routen zu den Märkten im asiatisch-pazifischen Raum profitiert habe. Die russische Wirtschaft habe die externen Herausforderungen erfolgreich gemeistert und angesichts der westlichen Sanktionen ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit bewiesen. Das BIP-Wachstum betrug im ersten Quartal 2024 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, die Industrieproduktion stieg um 5,6 Prozent. Die Neuausrichtung der Logistikrouten zu den Märkten im asiatisch-pazifischen Raum und die Stabilität der Ölexporte spielten eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Nachhaltigkeit der russischen Wirtschaft. Setschins Meinung nach verfolge der Westen aufmerksam die Erfolge Rußlands und Chinas und versuche, die Entwicklung beider Länder zu bremsen. Als Beispiel nannte er die von den USA und der Europäischen Union verhängten Beschränkungen für Waren, Geräte und Komponenten im Bereich sauberer Energien aus China. Chinas Wachstum geht mit dem steigenden Bedarf an einer zuverlässigen und sicheren Energieversorgung einher, die Rußland bereitstellen kann. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt ein, daß der chinesische Verbrauch flüssiger Kohlenwasserstoffe bis 2030 um neun Prozent steigen wird. Die Zusammenarbeit zwischen Rußland und China im Energiesektor werde durch die geografische Lage beider Länder und ihren Platz auf der Weltenergiekarte bestimmt. Rußland produziert 11 Prozent der weltweiten flüssigen

Kohlenwasserstoffe, während auf China 16 Prozent des weltweiten Verbrauchs entfallen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres beliefen sich die russischen Energieexporte nach China auf rund 46 Milliarden US-Dollar. Das ist ein Anstieg von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rußland trug wertmäßig 20 Prozent zu Chinas Energieimporten bei. Im Jahr 2021 betrug dieser Wert nur 13 Prozent.

Der Vorstandsvorsitzende von Rosneft wies auf den Rückgang der Rolle des US-Dollars im Welthandel hin. Im September letzten Jahres übertraf der Yuan erstmals den Euro bei der Handelsabwicklung über SWIFT. Der Yuan übertraf auch zum ersten Mal den US-Dollar im internationalen Zahlungsverkehr Chinas. Sein Anteil erreichte 53 Prozent. Rußland und China gingen dazu über, ihren Zahlungsverkehr in Landeswährungen abzuwickeln. Ihr Anteil überstieg Ende 2023 bereits 90 Prozent.

Die aufstrebenden Staaten des Südens und des Ostens verstehen inzwischen, daß das BRICS-Modell, das von China und Rußland vorangetrieben wird, eine starke Alternative zum Kreuzzug der Halleluja-Karawane ist. Ihre Fortschrittskräfte wollen, daß ihre Völker in Frieden und Souveränität leben, die Armut und das Elend vertreiben, den hungernden, kranken und unterernährten Kindern Arznei, Nahrung und Bildung bringen. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland Kräfte finden und sammeln, die diese Alternative anerkennen und die mitwirken wollen, die tödliche Gefahr, die der Menschheit durch die Pläne der westlichen Abenteurer droht, abzuwenden.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Irland – Geschichte im Spiegel der Literatur

Irland, den Meisten fallen dabei grüne Wiesen, Schafe, sanfte Hügel und vielleicht noch malziges Bier und weicher Whiskey ein. Ich kann aus eigener Anschauung bestätigen, daß die Postkartenidyllen bei richtigem Wetter absolut stimmen. Über die Geschichte des Landes wissen wir oft wenig, ein bißchen Freiheitskampf gegen die Briten, Bürgerkrieg, IRA. Noch spärlicher sind unsere Kenntnisse über irische Literatur, eventuell fallen einem „Warten auf Godot“ von Samuel Beckett oder der Jahrhundertroman „Ulysses“ von James Joyce ein. Letzterer steht natürlich in jedem intellektuellen Bücherregal. Dieser Roman mit fast 1000 Seiten, dessen Handlung 24 Stunden beschreibt, für dessen Lesen man aber wenigstens drei Wochen braucht. Da erlahmt schon mal das Interesse am zu Ende Lesen. So ist es auch oft mit der Geschichte der Länder, die wir gern heimsuchen. Doch kein Problem, auf Seite 73 finden wir eine Inhaltsangabe des Jahrhundertromans. Überhaupt sind in diesem Buch mehr als 30 Essays zur irischen Literatur über

mehr als 25 Autoren enthalten. Liest man sie, erhält man nicht nur einen Einblick in die Vielfalt irischer Literatur, die weit über Joyce und Beckett hinausgeht, man erhält auch einen tiefen, wenn auch subjektiven, Einblick in die irische Geschichte. Denn Literatur ist doch auch Widerspiegelung der Wirklichkeit, des Denkens und Handelns der Menschen in ihren Zeiten, verpackt in Geschichten. Etliche davon waren für mich überraschend und einige überaus faszinierend. Der Bogen spannt sich von frühen Texten zu Gründungsmythen über die bereits erwähnten weltbekannten Autoren bis hin zu Rebellen, Arbeiterautoren bis in die Gegenwart, z. B. zu Anna Burns, die 2018 den renommiertesten britischen Literaturpreis, den Mann Booker Prize, erhielt. Und noch einen Vorzug haben die Essays. Farrell, die deutsch-schottische Wurzeln hat, ist DDR-sozialisiert. Sie absolvierte Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre ihr Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin und wurde im Anschluß daran auch dort promoviert. Dann arbeitete

sie seit Mitte der 80er mehr als 30 Jahre als Hochschullehrerin in Irland. Erhalten geblieben ist ihre materialistisch-historische und dialektische Analyse der Texte. So lesen sie sich nicht nur gut, sondern sind analytisch und ohne modernistisches Geschwurbel, das wirkt in der Jetztzeit erfreulicherweise äußerst erfrischend. Ich würde meinen, eine klare Leseempfehlung. Wenn man mich nach meinem Lieblingsessay fragte, würde ich auf den Beitrag über Jonathan Swift verweisen. Der den meisten als beschaulicher Kinderbuchautor bekannte Autor, der im wirklichen Leben Kleriker war, hat vor über 300 Jahren ein so bitterböses Traktat veröffentlicht, daß einem die Luft wegbleibt – und welches auch heute noch aktuell wäre!

Uli Jeschke

Jenny Farrell: Widerstand und Befreiung. Essays über irische Literatur, Neue Impulse Verlag, 2024, 236 Seiten, 24,80 Euro, ISBN/EAN: 9783961700769,

Lawrow unterbreitet der Welt einen Vorschlag für eine gerechtere Weltordnung

Rußland hat derzeit den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat inne, was der russische Außenminister Lawrow am 16.7.24 für eine Grundsatzrede im Rat genutzt hat, die weltweit – außer in westlichen Medien – sehr viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Darin hat er konkret aufgezeigt, wie eine neue, gerechte und multilaterale Weltordnung aussehen könnte, die nicht mehr vom Westen dominiert wird.

Lawrow erklärte u.a.:

„Heute stehen die Grundlagen der internationalen Rechtsordnung – die strategische Stabilität und das UN-zentrische System der Weltpolitik – auf dem Prüfstand. Es wird unmöglich sein, die sich häufenden Konflikte zu lösen, wenn wir nicht ihre Ursachen verstehen und das Vertrauen in unsere Fähigkeit wiederherstellen, unsere Kräfte für das Gemeinwohl und die Gerechtigkeit für alle zu bündeln.

Sagen wir es offen: Nicht alle in diesem Saal vertretenen Staaten erkennen den wichtigsten Grundsatz der UN-Charta an: die souveräne Gleichheit aller Staaten. Die USA haben durch ihre Präsidenten lange Zeit ihren eigenen Exzeptionalismus verkündet. Das gilt auch für die Haltung Washingtons gegenüber seinen Verbündeten, von denen es bedingungslosen Gehorsam verlangt, selbst wenn dies auf Kosten ihrer nationalen Interessen geht.

Herrsche, Amerika! Das ist die Essenz der berüchtigten „regelbasierten Ordnung“, einer direkten Bedrohung für den Multilateralismus und den internationalen Frieden.

Die wichtigsten Bestandteile des Völkerrechts – die UN-Charta und die Beschlüsse unseres Rates – werden vom „kollektiven Westen“ auf perverse und selektive Weise interpretiert, je nachdem, welche Anweisungen aus dem Weißen Haus kommen. Und viele Resolutionen des Sicherheitsrates werden ganz und gar ignoriert.

Dazu gehören die Resolution 2202, mit der das Minsker Abkommen über die Ukraine gebilligt wurde, und die Resolution 1031, mit der das Dayton-Abkommen über den Frieden in Bosnien und Herzegowina auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung der drei konstituierenden Völker und zweier Entitäten gebilligt wurde.

Wir können endlos über die Sabotage der Resolutionen zum Nahen Osten reden – es genügt schon die Aussage von Anthony Blinken in einem Interview mit CNN im Februar 2021 auf die Frage, was er von der Entscheidung der vorherigen US-Regierung halte, die syrischen Golanhöhen als zu Israel gehörig anzuerkennen. Falls sich jemand nicht mehr daran erinnert, frische ich die Erinnerung auf. Als Antwort auf diese Frage sagte der US-Außenminister: „Abgesehen von der Frage der

Rechtmäßigkeit ist der Golan aus praktischer Sicht sehr wichtig für die Sicherheit Israels.“ Und das, obwohl die Resolution 497 des UN-Sicherheitsrates von 1981, die Sie und ich sehr gut kennen und die niemand aufgehoben hat, eine Annexion der Golanhöhen durch Israel als illegal qualifiziert. Aber nach eben diesen „Regeln“ sollen wir, um Anthony Blinken zu zitieren, „die Frage der Rechtmäßigkeit“ beiseite lassen.

Und natürlich erinnert sich jeder an die Erklärung des Ständigen Vertreters der USA bei der UNO, daß die am 25. März dieses Jahres angenommene Resolution 2728, in der ein

von den Untergebenen in Kiew, „den Anstand zu wahren“ und nicht gegen internationale Übereinkommen über die Rechte nationaler Minderheiten oder sogar die Verfassung der Ukraine selbst zu verstoßen, die die Achtung dieser Rechte vorschreibt. Die Militäroperation wurde eingeleitet, um genau diese Bedrohungen für die Sicherheit Rußlands zu beseitigen und Menschen zu schützen, die sich als Teil der russischen Kultur fühlen und in Gebieten leben, die ihre Vorfahren seit Jahrhunderten besiedelt haben, um sie vor der juristischen und sogar physischen Ausrottung zu bewahren.

Es ist bezeichnend, daß selbst jetzt, wo zahlreiche Initiativen für eine Lösung in der Ukraine vorgeschlagen werden, nur wenige Leute an die Verletzung der Menschenrechte und der Rechte der nationalen Minderheiten durch Kiew denken. Erst vor kurzem wurde in den EU-Dokumenten zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine eine entsprechende Forderung formuliert, was vor allem auf die prinzipienfeste und beharrliche Haltung Ungarns zurückzuführen ist. Die tatsächlichen Möglichkeiten und der Wille Brüssels, auf das Kiewer Regime einzuwirken, sind jedoch fraglich.

Ich appelliere an die Beherrscher des ukrainischen Regimes: Halten Sie sich an Artikel 1.3 der UN-Charta, der die Grundrechte und -freiheiten aller Menschen „ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“ garantiert.

Der NATO reicht der Krieg nicht mehr, den sie durch die illegitime Regierung in Kiew gegen Rußland entfesselt hat, und auch der gesamte Raum der OSZE reicht ihr nicht mehr. Nachdem die USA die grundlegenden Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle fast bis auf das Fundament zerstört haben, verschärfen sie die Konfrontation weiter. Kürzlich haben die Staats- und Regierungschefs der Bündnisländer auf dem Gipfel in Washington ihren Anspruch auf eine führende Rolle nicht nur im transatlantischen, sondern auch im asiatisch-pazifischen Raum bekräftigt. Es wird erklärt, daß sich die NATO nach wie vor von der Aufgabe leiten läßt, das Territorium ihrer Mitglieder zu verteidigen, daß aber zu diesem Zweck die Vorherrschaft des Bündnisses auf den gesamten eurasischen Kontinent und die angrenzenden Seegebiete ausgedehnt werden müsse. Die militärische Infrastruktur der NATO verlagert sich mit dem offensichtlichen Ziel in den pazifischen Raum, die ASEAN-zentrierte Architektur zu untergraben, die jahrzehntelang auf den Grundsätzen der Gleichheit, der gegenseitigen Interessen und des Konsenses aufgebaut war. Um diese inklusiven Mechanismen zu ersetzen, die um die ASEAN herum geschaffen wurden, schmieden die USA und



Sergej Lawrow am 16. Juli im UN-Sicherheitsrat

sofortiger Waffenstillstand im Gazastreifen gefordert wird, „rechtlich nicht bindend ist“. Das heißt, die amerikanischen „Regeln“ sind wichtiger als Artikel 25 der UN-Charta. (...) Washingtons Hegemonialpolitik hat sich seit Jahrzehnten nicht geändert. Ausnahmslos alle transatlantischen Sicherheitskonzepte basierten auf der Sicherung der US-Dominanz, einschließlich der Unterwerfung Europas und der „Eindämmung“ Rußlands. Die wichtigste Rolle wurde der NATO zugewiesen, die am Ende die EU, die für die Europäer geschaffen worden zu sein schien, „unterwarf“. Die Strukturen der OSZE wurden unter eklatantem Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki schamlos privatisiert.

Die rücksichtslose Ausweitung der NATO entgegen den wiederholten Warnungen Moskaus hat über viele Jahre hinweg auch die Ukraine-Krise provoziert, beginnend mit dem von Washington organisierten Staatsstreik im Februar 2014, um die vollständige Kontrolle über die Ukraine zu erlangen und mit Hilfe des an die Macht gebrachten Neonazi-Regimes einen Angriff gegen Rußland vorzubereiten. Als Poroschenko und dann Selenskyj im Donbass Krieg gegen ihre eigenen Bürger führten, das russische Bildungswesen, die russische Kultur, die russischen Medien und die russische Sprache insgesamt per Gesetz zerstörten und die ukrainisch-orthodoxe Kirche verboten, bemerkte das im Westen niemand und niemand verlangte

ihre Verbündeten geschlossene konfrontative Blöcke wie AUKUS und andere verschiedene Arten von „Vierern“ und „Dreiern“, die ihnen untergeordnet sind. Neulich sagte der stellvertretende Pentagon-Chef Hicks, daß sich die USA und ihre Verbündeten „auf langwierige Kriege vorbereiten sollten, und zwar nicht nur in Europa“.

Um Rußland, China und andere Länder „einzudämmen“, deren unabhängige Politik sie als Herausforderung für die Hegemonie empfinden, zerbricht der Westen durch sein aggressives Vorgehen das System der Globalisierung, das ursprünglich nach seinen eigenen Vorstellungen gestaltet wurde. Washington hat alles getan, um die Grundlagen der für beide Seiten vorteilhaften Energiezusammenarbeit zwischen Rußland und Deutschland und Europa insgesamt zu zerstören – auch buchstäblich durch die Organisation von Terroranschlägen auf die Nord-Stream-Gaspipelines.

Berlin hat damals geschwiegen. Heute erleben wir eine weitere Demütigung Deutschlands, dessen Regierung der Entscheidung der USA, bodengestützte Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium zu stationieren, bedingungslos gehorcht hat. Der deutsche Bundeskanzler Scholz sagte einfach: „Die USA haben entschieden, Präzisionsangriffswaffen in Deutschland zu stationieren, und das ist eine gute Entscheidung.“ Die USA haben entschieden.

Und bei all dem erklärt John Kirby, der Medien-Koordinator in Washington, im Namen des US-Präsidenten: „Wir streben keinen dritten Weltkrieg an. Er hätte schreckliche Folgen für den europäischen Kontinent.“

Wie man so schön sagt, ein Freudscher Versprecher: Washington ist überzeugt, daß nicht die USA unter einem neuen globalen Krieg leiden werden, sondern ihre europäischen Verbündeten. Wenn die Strategie der Biden-Administration auf dieser Analyse beruht, dann ist das eine äußerst gefährliche Fehleinschätzung. Und natürlich müssen die Europäer erkennen, welche selbstmörderische Rolle ihnen zugedacht ist.

Die Amerikaner, die dem gesamten kollektiven Westen „die Waffe an den Kopf halten“, weiten den Handels- und Wirtschaftskrieg mit den Unerwünschten aus, indem sie eine beispiellose Kampagne einseitiger Zwangsmaßnahmen entfesseln, die in erster Linie auf Europa zurückschlagen und zu einer weiteren Fragmentierung der Weltwirtschaft führen. Die Länder des globalen Südens in Asien, Afrika und Lateinamerika leiden unter den neokolonialen Praktiken der westlichen Länder. Die illegalen Sanktionen, die zahlreichen protektionistischen Maßnahmen und Beschränkungen des Zugangs zu Technologien stehen in direktem Widerspruch zu echtem Multilateralismus und behindern die Erreichung der Ziele der UN-Entwicklungsagenda erheblich. (...)

Das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten behindert die internationale Zusammenarbeit und den Aufbau einer gerechteren Welt, hält ganze Länder und Regionen in Geiselschaft, hindert die Völker an der Ausübung der in der UN-Charta verankerten Souveränitätsrechte und lenkt von der dringend notwendigen gemeinsamen Arbeit zur Lösung der Konflikte im Nahen Osten, in Afrika und anderen

Regionen, zur Verringerung der weltweiten Ungleichheit, zur Beseitigung der Bedrohungen durch Terrorismus und Drogenkriminalität, Hunger und Krankheit ab.

Ich bin überzeugt, daß diese Situation behoben werden kann – natürlich, wenn der gute Wille vorhanden ist. Um die Entwicklung des Negativszenarios zu stoppen, möchten wir eine Reihe von Schritten zur Diskussion stellen, die darauf abzielen, das Vertrauen wiederherzustellen und die internationale Situation zu stabilisieren.

Erstens: Man muß die Ursachen der Krise in Europa ein für alle Mal beseitigen. Die Bedingungen für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Ukraine wurden vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, dargelegt; ich werde sie nicht wiederholen.

Eine politische und diplomatische Lösung muß mit konkreten Schritten einhergehen, um die Bedrohung der Russischen Föderation aus dem westlichen, dem transatlantischen Raum zu beseitigen. Bei der Vereinbarung gegenseitiger Garantien und Abkommen müssen wir die neuen geostrategischen Realitäten auf dem eurasischen Kontinent berücksichtigen, wo eine kontinentweite Architektur wirklich gleicher und unteilbarer Sicherheit Gestalt annimmt. Europa riskiert, hinter diesen objektiven historischen Prozeß zurückzufallen. Wir sind zur Suche nach einem Interessenausgleich bereit.

Zweitens: Die Wiederherstellung des regionalen und globalen Kräftegleichgewichts muß mit aktiven Bemühungen zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft einhergehen. In einer multipolaren Welt kann es per Definition keine Monopolisten in den Bereichen Währungs- und Finanzregulierung, Handel oder Technologie geben. Diese Ansicht wird von der großen Mehrheit der Weltgemeinschaft geteilt. Von besonderer Bedeutung ist die baldige Reform der Bretton-Woods-Institutionen und der WTO, deren Aktivitäten das tatsächliche Gewicht der nicht-westlichen Wachstums- und Entwicklungszentren widerspiegeln müssen.

Drittens: Ernsthaftige, qualitative Veränderungen müssen auch in anderen Institutionen der Weltordnung stattfinden, wenn sie zum Wohle aller arbeiten sollen. Dies gilt vor allem für unsere Organisation, die UNO, die trotz allem immer noch die Verkörperung des Multilateralismus ist, mit ihrer einzigartigen, universellen Legitimität und der allgemein anerkannten Breite ihrer Kompetenzen.

Ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der Wirksamkeit der UNO wäre, wenn alle ihre Mitglieder ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der UN-Charta bekräftigen würden, und zwar nicht punktuell, sondern in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenwirken. Wir können gemeinsam darüber nachdenken, wie so eine Bekräftigung aussehen könnte. Die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der UN-Charta, die auf Initiative Venezuelas gegründet wurde, arbeitet hart daran. Wir laden alle Länder, die noch an die Herrschaft des Völkerrechts glauben, ein, sich ihrer Arbeit anzuschließen.

Ein Schlüsselement der Reform der UNO muß eine Änderung der Zusammensetzung

des Sicherheitsrates sein, auch wenn das allein nicht zielführend sein wird, solange keine grundsätzliche Einigung über den Modus Operandi der ständigen Mitglieder besteht. Diese Überlegung ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, die geografischen und geopolitischen Verzerrungen im Sicherheitsrat zu beseitigen, in dem der kollektive Westen heute eindeutig überrepräsentiert ist. Eine möglichst breite Einigung über die spezifischen Parameter der Reform zur Stärkung der Vertretung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist ein längst überfälliger Schritt.

Auch eine Änderung der Personalpolitik des Sekretariats ist erforderlich, um die Überrepräsentation westlicher Staatsangehöriger und Subjekte in den Verwaltungsstrukturen der UNO zu beseitigen. Der Generalsekretär und sein Personal sind ausnahmslos den Grundsätzen der Unparteilichkeit und Neutralität verpflichtet, wie sie in Artikel 100 der UN-Charta festgelegt sind, woran wir nicht müde werden zu erinnern.

Viertens: Neben der UNO müssen auch andere multilaterale Organisationen zur Stärkung der Multipolarität im internationalen Leben beitragen. Dazu gehören die G20, in der sowohl die Länder der Weltmehrheit als auch die westlichen Staaten vertreten sind. Das Mandat der G20 ist strikt auf wirtschaftliche und entwicklungspolitische Fragen beschränkt, daher ist es wichtig, daß der inhaltliche Dialog auf dieser Plattform frei von opportunistischen Versuchen ist, geopolitische Themen einzubringen. Andernfalls werden wir diese nützliche Plattform zerstören.

Die BRICS und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit spielen eine immer wichtigere Rolle beim Aufbau einer gerechten multilateralen Ordnung auf der Grundlage der Prinzipien der UN-Charta. Sie vereinen Länder, die verschiedene Regionen und Zivilisationen repräsentieren und auf der Grundlage von Gleichheit, gegenseitigem Respekt, Konsens und für beide Seiten akzeptablen Kompromissen zusammenarbeiten, das ist der „Goldstandard“ der multilateralen Zusammenarbeit unter Beteiligung von Großmächten.

Regionale Zusammenschlüsse wie die GUS, die OVKS, die Eurasische Wirtschaftsunion, die ASEAN, der Golf-Kooperationsrat, die Liga Arabischer Staaten, die Afrikanische Union und die CELAC sind von praktischer Bedeutung für den Aufbau der Multipolarität. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, vielfältige Verbindungen zwischen ihnen herzustellen, auch unter Einbeziehung des Potenzials der UNO. Die russische Präsidentschaft im Sicherheitsrat wird eine ihrer nächsten Sitzungen der Zusammenarbeit der UNO mit den eurasischen Regionalorganisationen widmen. Das „Ende der Geschichte“ ist nicht eingetreten. Lassen Sie uns gemeinsam auf den Beginn der Geschichte des echten Multilateralismus hinarbeiten, die den Reichtum der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt der Völker der Welt widerspiegelt. Wir laden Sie zu dieser Diskussion ein, die natürlich ausschließlich ehrlich sein muß.“

Der Kollaps des Zionismus

Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 kann mit einem Erdbeben verglichen werden, das ein altes Gebäude erschüttert.

Historisch gesehen gibt es eine Fülle von Faktoren, die einen Staat zum Kentern bringen können. Er kann durch ständige Angriffe der Nachbarländer oder durch chronische Bürgerkriege verursacht werden. Er kann die Folge des Zusammenbruchs der öffentlichen Institutionen sein, die nicht mehr in der Lage sind, den Bürgern Dienstleistungen zu erbringen. Oft beginnt er als langsamer Zerfallsprozeß, der sich beschleunigt und in kurzer Zeit Strukturen zum Einsturz bringt, die einst solide und standhaft erschienen.

1.

Ein erster Indikator ist die *Zersplitterung der jüdischen Gesellschaft Israels*. Gegenwärtig besteht sie aus zwei rivalisierenden Lagern, die nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Basis zu finden. Die Kluft rührt von den Anomalien der Definition des Judentums als Nationalismus her. Während die jüdische Identität in Israel bisweilen kaum mehr als ein Gegenstand theoretischer Debatten zwischen religiösen und säkularen Gruppierungen zu sein schien, ist sie nun zu einem Kampf um den Charakter des öffentlichen Raums und des Staates selbst geworden. Dieser Kampf wird nicht nur in den Medien, sondern auch auf der Straße ausgetragen.

Das eine Lager kann man als den „Staat Israel“ bezeichnen. Es besteht aus eher säkularen, liberalen und meist, aber nicht ausschließlich, europäischen Juden der Mittelschicht und ihren Nachkommen, die 1948 maßgeblich an der Gründung des Staates beteiligt waren und bis zum Ende des letzten Jahrhunderts eine hegemoniale Stellung in diesem Staat innehaben. Ihr Eintreten für „liberale demokratische Werte“ ändert nichts an ihrem Engagement für das Apartheidsystem, das allen Palästinensern, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben, auf verschiedene Weise aufgezwungen wird. Ihr grundlegender Wunsch ist es, daß die jüdischen Bürger in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft leben, von der die Araber ausgeschlossen sind.

Das andere Lager ist der „Staat Judäa“, der sich unter den Siedlern im besetzten Westjordanland entwickelt hat. Es erfreut sich zunehmender Unterstützung innerhalb des Landes und bildet die Wählerbasis, die Netanyahu den Sieg bei den Wahlen im November 2022 gesichert hat. Ihr Einfluß in den oberen Rängen der israelischen Armee und der Sicherheitsdienste wächst exponentiell. Der Staat Judäa will Israel zu einer Theokratie machen, die sich über das gesamte historische Palästina erstreckt. Um dies zu erreichen, ist er entschlossen, die Zahl der Palästinenser auf ein Minimum zu reduzieren, und er erwägt den Bau eines Dritten Tempels anstelle

der al-Aqsa. Ihre Mitglieder glauben, daß sie damit das goldene Zeitalter der biblischen Königreiche wieder aufleben lassen können. Für sie sind säkulare Juden ebenso ketzerisch wie die Palästinenser, wenn sie sich weigern, sich diesem Bestreben anzuschließen.

Schon vor dem 7. Oktober kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern. In den ersten Wochen nach dem Angriff schienen sie ihre Differenzen angesichts des gemeinsamen Feindes zu überwinden. Doch das war eine Illusion. Die Straßenkämpfe sind wieder aufgeflammt, und es ist schwer vorstellbar, wie es zu einer Versöhnung kommen könnte. Das wahrscheinlichere Ergebnis zeichnet sich bereits vor unseren Augen ab. Mehr als eine halbe Million Israelis, die den Staat Israel repräsentieren, haben das Land



Illegale israelische Siedlung im Westjordanland

seit Oktober verlassen, was darauf hindeutet, daß das Land vom Staat Judäa vereinnahmt wird. Dies ist ein politisches Projekt, das die arabische Welt, vielleicht sogar die Welt insgesamt, auf Dauer nicht tolerieren wird.

2.

Der zweite Indikator ist die *wirtschaftliche Krise Israels*. Die politische Klasse scheint keinen Plan zu haben, um die öffentlichen Finanzen inmitten ständiger bewaffneter Konflikte auszugleichen, abgesehen davon, daß sie immer mehr auf amerikanische Finanzhilfe angewiesen ist. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres brach die Wirtschaft um fast 20 % ein; seither ist die Erholung nur noch schwach. Washingtons Zusage von 14 Milliarden Dollar wird daran wohl kaum etwas ändern. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Belastung wird sich nur noch verschlimmern, wenn Israel seine Absicht, einen Krieg gegen die Hisbollah zu führen, in die Tat umsetzt und gleichzeitig seine militärischen Aktivitäten im Westjordanland ausweitet, während einige Länder – darunter die Türkei und Kolumbien – bereits Wirtschaftssanktionen verhängt haben.

Die Krise wird durch die Inkompetenz des Finanzministers Bezalel Smotrich noch verschärft, der ständig Gelder an jüdische Siedlungen im Westjordanland weiterleitet, aber ansonsten unfähig zu sein scheint, sein Ressort zu führen. Der Konflikt zwischen dem Staat Israel und dem Staat Judäa sowie die Ereignisse vom 7. Oktober veranlassen

inzwischen einen Teil der Wirtschafts- und Finanzelite, ihr Kapital außerhalb des Staates zu verlagern. Diejenigen, die eine Verlagerung ihrer Investitionen in Erwägung ziehen, machen einen erheblichen Teil der 20 % der Israelis aus, die 80 % der Steuern zahlen.

3.

Der dritte Indikator ist die *zunehmende internationale Isolierung Israels*, das allmählich zu einem Pariastaat wird. Dieser Prozeß begann bereits vor dem 7. Oktober, hat sich aber seit dem Beginn des Völkermordes noch verstärkt. Er spiegelt sich in den beispiellosen Stellungnahmen des Internationalen Gerichtshofs und des Internationalen Strafgerichtshofs wider. Zuvor war die weltweite Palästina-Solidaritätsbewegung in der Lage, die Menschen zur Teilnahme an Boykottinitiativen zu bewegen, doch gelang es ihr nicht, die Aussicht auf internationale Sanktionen voranzutreiben. In den meisten Ländern blieb die Unterstützung für Israel durch das politische und wirtschaftliche Establishment unerschütterlich.

Vor diesem Hintergrund müssen die jüngsten Entscheidungen des IGH und des IStGH – daß Israel möglicherweise Völkermord begeht, daß es seine Offensive in Rafah einstellen muß und daß seine Führer wegen Kriegsverbrechen verhaftet werden sollten – als Versuch gesehen werden, die Ansichten der weltweiten Zivilgesellschaft zu

berücksichtigen, und nicht als bloße Widerspiegelung der Meinung der Elite. Die Tribunale haben die brutalen Angriffe auf die Menschen in Gaza und im Westjordanland nicht gemildert. Aber sie haben dazu beigetragen, daß die Kritik am israelischen Staat immer lauter wird, und zwar von unten und auch von oben.

4.

Der vierte, damit zusammenhängende Indikator ist der *Wandel unter jungen Juden in aller Welt*. Nach den Ereignissen der letzten neun Monate scheinen viele nun bereit zu sein, ihre Verbindung zu Israel und dem Zionismus aufzugeben und sich aktiv an der palästinensischen Solidaritätsbewegung zu beteiligen. Jüdische Gemeinden, insbesondere in den USA, haben Israel einst eine wirksame Immunität gegen Kritik verschafft. Der Verlust oder zumindest der teilweise Verlust dieser Unterstützung hat erhebliche Auswirkungen auf das Ansehen des Landes in der Welt. Die AIPAC kann sich zwar immer noch auf christliche Zionisten verlassen, die sie unterstützen und ihre Mitgliederzahl erhöhen, aber ohne eine bedeutende jüdische Wählerschaft wird sie nicht mehr die gleiche beeindruckende Organisation sein. Die Macht der Lobby ist im Schwinden begriffen.

5.

Der fünfte Indikator ist die *Schwäche der israelischen Armee*. Es besteht kein Zweifel daran, daß die IDF eine schlagkräftige Truppe ist, die über modernste Waffen verfügt. Doch ihre

Begrenzungen wurden am 7. Oktober deutlich. Viele Israelis sind der Meinung, daß das Militär großes Glück hatte, denn die Situation hätte weitaus schlimmer sein können, wenn sich die Hisbollah an einem koordinierten Angriff beteiligt hätte. Seitdem hat Israel gezeigt, daß es bei der Verteidigung gegen den Iran dringend auf eine regionale Koalition unter Führung der USA angewiesen ist. Bei dem [iranischen] Warnangriff im April wurden rund 170 Drohnen sowie ballistische und Lenkraketen eingesetzt. Das zionistische Projekt ist mehr denn je auf die rasche Lieferung riesiger Mengen an Nachschub durch die Amerikaner angewiesen, ohne die es nicht einmal eine kleine Guerillaarmee im Süden bekämpfen könnte.

Die jüdische Bevölkerung Israels ist inzwischen weithin der Ansicht, daß das Land nicht vorbereitet und nicht in der Lage ist, sich zu verteidigen. Dies hat dazu geführt, daß großer Druck ausgeübt wird, die seit 1948 geltende Befreiung von der Wehrpflicht für ultraorthodoxe Juden aufzuheben und sie zu Tausenden einzuberufen. Dies wird auf dem Schlachtfeld kaum einen Unterschied machen, aber es spiegelt das Ausmaß des Pessimismus gegenüber der Armee wider – was wiederum die politischen Spaltungen innerhalb Israels vertieft hat.

6.

Der letzte Indikator ist die *Erneuerung der Energie unter der jüngeren Generation der Palästinenser*. Sie ist weitaus geeinter, organisch verbunden und sich über ihre Perspektiven im Klaren als die palästinensische politische Elite. Da die Bevölkerung des Gazastreifens und des Westjordanlandes zu den jüngsten der Welt gehört, wird diese neue Generation einen immensen Einfluß auf den Verlauf des Befreiungskampfes haben. Die Diskussionen unter den jungen palästinensischen Gruppen zeigen, daß sie sich mit der Gründung einer

wirklich demokratischen Organisation befassen – entweder einer erneuerten PLO oder einer ganz neuen Organisation –, die eine Vision der Emanzipation verfolgt, die im Gegensatz zur Kampagne der Palästinensischen Autonomiebehörde für die Anerkennung als Staat steht. Sie scheinen eine Ein-Staaten-Lösung dem diskreditierten Zwei-Staaten-Modell vorzuziehen. Werden sie in der Lage sein, eine wirksame Antwort auf den Niedergang des Zionismus zu geben? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Auf den Zusammenbruch eines Staatsprojekts folgt nicht immer eine glänzende Alternative. Anderswo im Nahen Osten – in Syrien, Jemen und Libyen – haben wir gesehen, wie blutig und langwierig die Ergebnisse sein können. In diesem Fall ginge es um die Entkolonialisierung, und das vergangene Jahrhundert hat gezeigt, daß postkoloniale Realitäten nicht immer zu einer Verbesserung der kolonialen Bedingungen führen. Nur das Handeln der Palästinenser kann uns in die richtige Richtung bringen. Ich glaube, daß eine explosive Verschmelzung dieser Indikatoren früher oder später zur Zerstörung des zionistischen Projekts in Palästina führen wird. Wenn es soweit ist, müssen wir hoffen, daß eine starke Befreiungsbewegung da ist, um die Lücke zu füllen.

Mehr als 56 Jahre lang war das, was als „Friedensprozeß“ bezeichnet wurde – ein Prozeß, der zu nichts führte – in Wirklichkeit eine Reihe von amerikanisch-israelischen Initiativen, auf die die Palästinenser reagieren sollten. Heute muß „Frieden“ durch Entkolonialisierung ersetzt werden, und die Palästinenser müssen in der Lage sein, ihre Vision für die Region zu formulieren, während die Israelis aufgefordert werden, darauf zu reagieren. Dies wäre das erste Mal seit vielen Jahrzehnten, daß die palästinensische Bewegung die Führung bei der Darlegung ihrer Vorschläge für ein postkoloniales und

nicht-zionistisches Palästina (oder wie auch immer das neue Gebilde heißen wird) übernimmt. Dabei wird sie sich wahrscheinlich an Europa orientieren (vielleicht an den Schweizer Kantonen und dem belgischen Modell) oder, was noch passender wäre, an den alten Strukturen des östlichen Mittelmeerraums, wo säkularisierte religiöse Gruppen allmählich in ethnokulturelle Gruppen übergangen, die Seite an Seite in demselben Gebiet lebten. Ob die Menschen den Gedanken nun begrüßen oder fürchten, der Zusammenbruch Israels ist vorhersehbar geworden. Diese Möglichkeit sollte die langfristigen Gespräche über die Zukunft der Region beeinflussen. Sie wird auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die Menschen erkennen, daß der jahrhundertelange Versuch, unter der Führung Großbritanniens und dann der USA, einem arabischen Land einen jüdischen Staat aufzuzwingen, langsam zu Ende geht. Er war erfolgreich genug, um eine Gesellschaft mit Millionen von Siedlern zu schaffen, von denen viele bereits in der zweiten und dritten Generation leben. Aber ihre Anwesenheit hängt noch immer, wie schon bei ihrer Ankunft, von ihrer Fähigkeit ab, Millionen von Einheimischen, die ihren Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit in ihrer Heimat nie aufgegeben haben, gewaltsam ihren Willen aufzudrängen. In den kommenden Jahrzehnten werden sich die Siedler von diesem Ansatz verabschieden und ihre Bereitschaft zeigen müssen, als gleichberechtigte Bürger in einem befreiten und entkolonialisierten Palästina zu leben.

Ilan Pappe

Redaktionell gekürzt

Ilan Pappe ist Direktor des Europäischen Zentrums für Palästinastudien an der Universität von Exeter.

Quelle: newleftreview.org, 10.7.24

BUCHTIPP

► Ist Israel ein Apartheid-Staat?

Der Völkerrechtler Kai Ambos hat im Westend Verlag ein aktuelles Buch zum laufenden Gaza-Krieg veröffentlicht. Anliegen des Autors ist es, die Vorgehensweise Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten „einer unvoreingenommenen und gründlichen rechtlichen Prüfung zu unterziehen“.

Ambos behandelt das Thema unter drei Gesichtspunkten. Erstens: Apartheid als Rechtsbegriff. Zweitens kontextualisiert er den Rechtsbegriff der Apartheid. Hier bezieht er sich auf die Geschichte des Apartheid-Regimes Südafrikas. An dessen Beispiel thematisiert der Autor im dritten Teil Apartheid als völkerrechtliches Verbrechen, was einschließt, daß es außer Südafrika auch andere Apartheid-Regime geben könne. Aktuell sieht er Israel mit dessen „Politik und Praxis in den besetzten Gebieten, insbesondere im Westjordanland“, als „Hauptkandidaten“ eines solchen Regimes an.

Er kommt zu dem Schluß, „daß in den besetzten Gebieten ein institutionalisiertes (Apartheid-)Regime existiert, dessen Haupttriebfeder das seit 1967 laufende israelische Be- und Ansiedlungsprojekt ist, einschließlich all seiner Nebenwirkungen“. Darüber hinaus weist der Autor auf die „rassische“ Beherrschung der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel annektierten und besetzten Gebieten, besonders im Westjordanland, hin.

Das Buch ist streng wissenschaftlich und faktenbasiert geschrieben. Es ist ein völkerrechtliches Gutachten (42 Seiten Quellenangaben und 91 Seiten Anmerkungen) mit einem ausgesprochen anspruchsvollen Inhalt. Für alle, die sich für das Thema Apartheid in der Geschichte und in der Gegenwart interessieren, ist es eine Fundgrube.

Dr. Matin Baraki

Kai Ambos: Apartheid in Palästina?, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, 255 S. 25 €.



Farbrevolution in Bangladesch

Am 5. August mußte Bangladeschs „eiserne Lady“ nach Studentenprotesten fluchtartig das Land verlassen. Zehntausende waren aufgebrochen zu ihrem Regierungssitz, um sie aus dem Amt zu jagen. Hasina war da schon unterwegs nach Indien. Wahrscheinlich wird sie in England oder den USA Asyl beantragen.

Die Protestbewegung

Von den 170 Mio. Einwohnern sind rund 18 Mio. junge Bangladescher arbeitslos, 400 000 neue Hochschulabsolventen konkurrieren um 3000 Stellen im öffentlichen Dienst. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 41 %.

Die Unruhen begannen, als die Regierung eine alte Quotenregelung für die Besetzung der Stellen im Staatsdienst wieder einführte. Davon hätten vor allem regierungstreue Anhänger von Sheik Hasinas Awami-League (AL) profitiert. Bei täglichen Demonstrationen der Generation Z im Juli wurde die Abschaffung des Quotensystems gefordert. Die Studenten verschärften ihren Protest, als Hasina sich weigerte, ihre Forderungen zu erfüllen, die Proteste wurden gewalttätig, nachdem es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und dem studentischen Flügel der AL gekommen war. Jetzt ging die Polizei mit verschärfter Gewalt gegen die Demonstranten vor. Was als Studentenproteste begann, hat sich schnell zu einem landesweiten Aufstand ausgeweitet, der die Legitimität der Regierung in Frage stellte. Nun wurde der Rücktritt von Premierministerin Hasina gefordert. Selbst nachdem der Oberste Gerichtshof das Quoten-Gesetz aufgehoben hatte, gingen die Demonstrationen weiter und wurden zunehmend gewalttätiger. Am Sonntag, dem 4. August, wurden bei landesweiten Zusammenstößen mindestens 91 Menschen getötet und hunderte verletzt. Insgesamt kam es bei den Unruhen zu mehr als 400 Toten und zu tausenden Verletzten und Verhaftungen.

Hasina ist nicht zurückgetreten, sie wurde abgesetzt. Nachdem sich die Soldaten weigerten, die Ausgangssperre mit Gewalt durchzusetzen, war klar: Hasina hatte die Unterstützung der Armee verloren. Nach eigenen Angaben von Hasina aus ihrem Exil ist sie zurückgetreten, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, was durchaus nach allem, was wir heute wissen, auch so gewesen sein kann. Am selben Tag noch war sie außer Landes. General Zaman hatte derweil das Parlament aufgelöst, die Kontrolle über das Land übernommen und die Einsetzung einer Übergangsregierung versprochen.

Durch die Unruhen war das kapitalistische System im Land destabilisiert worden. Es war zu befürchten, daß die Arbeiterklasse sich weiter mit den Studenten solidarisieren, radikalisieren, eine unabhängige revolutionäre Kraft bilden und das System stürzen könnte. Das Militär und die herrschende Klasse befürchteten größere Arbeiterunruhen und damit Verluste für ihre Betriebe. Hasina mußte weg, um das System zu retten.

Nach Hasina

Nachdem Hasina das Land verlassen hatte, ging alles rasend schnell. Die wichtigste Aufgabe der neuen Machthaber war es jetzt, die Unruhen schnell und möglichst friedlich zu beenden und den kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb aufrecht zu erhalten. Zaman forderte die Demonstranten auf, nach Hause zu gehen und versprach Gerechtigkeit für das Blutvergießen. Und Präsident Shahabuddin versprach, daß sobald wie möglich Neuwahlen abgehalten würden. Er ordnete die Freilassung der inhaftierten Demonstranten, einschließlich BNP-Chefin Khaleda Zia, an. Bereits tags darauf fanden Gespräche zwischen Shahabuddin, der Armee und Studentenvertretern statt. Dabei forderte der Anführer der Studentenbewegung, Nahid Islam, daß Nobelpreisträger Muhammad Yunus bis zu den angekündigten Neuwahlen „Chefberater“ einer Interimsregierung werden solle. Und schon am Mittwochmorgen (7. August) erklärte sich Yunus, der sich gerade in Paris aufhielt, bereit, den Posten zu übernehmen. Am Donnerstag, 8. August, drei Tage nach Hasinas Absetzung, wurde Yunus, der sofort nach Bangladesch zurückgekehrt war, zusammen mit seinem neuen Kabinett im Amt vereidigt. Im Kabinett sind auch zwei Vertreter der Studenten.

Hätten die Demonstranten das Land wirklich verändern wollen, so hätten sie den Sturz von Hasina als ersten Erfolg verbuchen, zu weiteren Aktionen zum Sturz des Regimes aufrufen und die Macht selber übernehmen müssen. Die nächste Regierung wird so auf jeden Fall wieder eine rechte, dem Kapital verpflichtete Regierung sein, die die vom IWF geforderten Spar- und Privatisierungsmaßnahmen umsetzen wird. Die Arbeiter werden dabei auf der Strecke bleiben. Die eigentliche Macht wird weiterhin beim Militär als Bollwerk des Kapitals verbleiben. Die Studenten haben das Eingreifen der Armee begrüßt und beteiligen sich an der Übergangsregierung. Die neu zu wählende Regierung wird wahrscheinlich wieder die BNP bilden, die AL hat da eher schlechte Karten, sie steht politisch vor dem Aus. Die Ära von Sheikh Hasina und der AL dürfte unwiederbringlich zu Ende sein.

Stecken die USA dahinter?

Der ganze Vorgang riecht nach einem vorher abgemachten Drehbuch. Staatsstriche werden nicht innerhalb von Tagen geplant und ausgeführt. Bereits vor den Wahlen im Januar (wir berichteten darüber in unserer Februar-Ausgabe) hatte Rußland Bangladesch gewarnt, daß die USA die Wahlen nutzen und versuchen würden, Unruhen zu schüren, um eine farbige Revolution anzuzetteln. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, enthüllte im November 2023, daß der amerikanische Botschafter der Opposition Unterstützung versprochen hatte, falls es bei Protestedemos gegen Hasina zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommen

sollte. Es gab demnach schon seit geraumer Zeit Pläne und Absprachen zwischen den USA und verschiedenen Akteuren im Land, die AL-Regierung zu stürzen. Trotzdem verliefen die Januarwahlen für die AL relativ reibungslos und Hasina wurde zum vierten Mal hintereinander Premierministerin. Die Repressionskräfte hatten die Kontrolle behalten.

Die Unruhen im Juli waren anfangs noch hausgemacht. Die Stimmung im Land war nach der Wahlfarce, der anhaltenden Wirtschaftskrise und der Repression gegen jede Opposition auf dem Siedepunkt. Obwohl beim Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Land ein paar tausend Stellen im öffentlichen Dienst keinen großen Unterschied ausmachen, war das Thema doch emotional sehr besetzt und ein weiteres Beispiel für die Klientelpolitik und die Korruption in der AL-Regierung. Nicht nur die Studenten waren erzürnt. Die AL-Regierung war durch ihre sturen Repressionsmaßnahmen so ungeschickt, die Stimmung weiter anzuheizen, statt auf die Demonstranten zuzugehen.

Es ist nicht glaubwürdig, daß eine Gruppe von Studenten eine Regierung so schnell stürzen konnte und das auch noch über ein zweitrangiges Thema wie eine Neuauflage des Gesetzes über die Quotenregelung. Es waren nicht die Arbeiter, die gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die galoppierende Inflation auf die Straße gingen und streikten. Charakteristisch bei Farbrevolutionen ist stets, daß plötzliche Unruhen nicht von der Arbeiterklasse ausgehen, von außen angeheizt werden und sich auf Randthemen konzentrieren. Die Unruhen in Bangladesch tragen eindeutig die Handschrift der USA, der NED und RAND Corporation.

Außer der Opposition, insbesondere der BNP, waren auch die USA daran interessiert, die AL von der Macht zu entfernen und es waren auch, meist in Form von NGOs, genügend Kräfte im Land, die von den USA finanziell und propagandistisch unterstützt werden und nur darauf warteten, zum Einsatz zu kommen. Die Bewegung, zunächst von Studenten angetrieben, wurde schnell von Mitgliedern der BNP, der verbotenen Jamaat-e-Islami, die der BNP nahesteht und auch in Indien und Pakistan Anhänger hat, prowestlichen Elementen der Zivilgesellschaft und religiösen Radikalen vereinnahmt. Jetzt wurde in aller Eile eine Farbrevolution inszeniert.

Das National Endowment for Democracy (NED), eine US-amerikanische Organisation, die dafür bekannt ist, durch finanzielle und propagandistische Hilfe von Oppositionsgruppen die Staatsmacht anderer Länder zu untergraben, um dort proamerikanische Kräfte zu unterstützen und Farbrevolutionen anzuzetteln, alles unter dem Vorwand, die Demokratie zu fördern, hat auch NGOs in Bangladesch mit Millionenbeträgen unterstützt. Die Gelder flossen oft über Konten von Jamaat-Anhängern in Indien. Anfang Januar dieses Jahres erklärten die USA, die Wahlen seien „nicht frei und fair“ gewesen, ein Hinweis darauf, daß sie Bangladesch ins Visier genommen haben.

Hasina hatte sich in den letzten Jahren mehr von China ab- und Indien zugewandt. Sie wurde de facto eine Verbündete Indiens. Aber Indien, schon Mitglied der antichinesischen QUAD, ist in den Augen der USA ein unzuverlässiger Partner. Die USA sind verärgert darüber, daß Indien sich weigert, Washingtons antichinesischer Stellvertreter in der Region zu werden und, unter Umgehung der Sanktionen gegen Moskau, russisches Öl auf dem Weltmarkt, verkauft. Auch Hasina ließ sich nicht beirren, betrieb eine Gratwanderung zwischen Indien, China und den USA und widersetzte sich, wie Imran Khan in Pakistan, den antirussischen und antichinesischen Sanktionen des Westens. Die AL hat die Beziehungen zu Indien oder Rußland nie vernachlässigt.

In den vergangenen vierzehn Monaten verschlechterten sich die Beziehungen Bangladeschs zu den USA, nachdem Hasina diese beschuldigt hatte, einen Regimewechsel gegen sie anzuzetteln. Die USA unterstützen die BNP, die in der Vergangenheit, als sie noch die Regierung bildete, eher an der Seite der USA stand. Und die BNP will unbedingt wieder zurück an die Macht kommen. Als Gegenleistung für die Unterstützung des Westens dabei würde die BNP die Beziehungen zu Indien, China und Rußland einschränken und sich im neuen Kalten Krieg mit dem Westen verbünden. Sehr zum Gefallen der USA lamentiert die BNP, Bangladesch befinde sich unter dreifacher chinesisch-indisch-russischer Kontrolle. Eine erneute BNP-Regierung würde sich wahrscheinlich wieder von Indien und China abwenden und den USA ermöglichen, Militärstützpunkte im Land zu betreiben.

Für Washington steht Geopolitik über regionaler Sicherheit und Stabilität. Der Golf von Bengalen ist zu einem wichtigen Schlachtfeld

geworden. Insbesondere scheinen die USA es auf die nur 8 km² kleine St. Martin-Insel (auch als Coconut-Insel bekannt) im Golf von Bengalen, 8 km von der Küste von Myanmar, abgesehen zu haben, um dort einen Militärstützpunkt zu errichten. Die USA streben schon seit langem die Einrichtung von Stützpunkten im Golf von Bengalen an. Von St. Martin aus könnten sie die Schifffahrt im Golf kontrollieren und ihre eigenen Kriegsschiffe warten und stationieren. Chittagong ist ein wichtiger Hafen für den Handel mit China. Bedeutender aber wäre die Kontrolle über den Zugang zum Hafen Kyaukpyu in Myanmar, wo wichtige Gas- und Ölpipelines nach China enden und wo China gerade dabei ist, eine Sonderwirtschaftszone zu errichten. Auch die Straße von Malakka könnte von der St.-Martin-Insel leicht überwacht und evtl. gesperrt werden, eine der größten Sorgen für die Marine Pekings. Bereits im November, zur Zeit von Rußlands Warnungen, sagte Hasina der Presse, ein „weißer Mann“ habe ihr versprochen, sie könne weiterhin an der Macht bleiben, wenn sie die St.-Martin-Insel an die USA verpachten würde, was sie aber abgelehnt habe.

Ausblick

Interimspremierminister Yunus, 84, hat keine Erfahrung als politischer Führer. Er ist ein Banker und ein Wirtschaftswissenschaftler. Es ist fragwürdig, ihn an die Spitze der Übergangsregierung zu setzen. Aber Yunus hat einen unschätzbaren Vorteil: Er ist Bangladescher, ein Zögling der USA und leitet eine NGO, die von US-Geldern unterstützt wird. Yunus hat über ein Stipendium in den USA studiert und ist der Erfinder der Mikrokredite. Er wurde in den USA ausgebildet, bekleidete Posten an amerikanischen Universitäten

und hat gute Verbindungen in die USA. Er unterstützte in den vergangenen Jahren auch Projekte der NED. Wie bei Farbrevolutionen üblich, stammte der Vorschlag, Yunus zum Chef der Übergangsregierung zu ernennen, von einem obskuren, selbst ernannten Studentenführer. Die beiden Studentenführer, die jetzt in der Übergangsregierung sind, waren bisher unbekannt und niemand weiß etwas Genaueres über sie, außer daß sie (auf wessen Anweisungen?) die Studentenproteste koordiniert haben. Die Übergangsregierung wurde von Washington sofort begrüßt. In ihrer Zusammensetzung ist zweifellos der amerikanische Fingerabdruck zu erkennen. Die Wahlen in Indien endeten Ende Mai mit dem Scheitern der regierenden BJP, die keine einfache Mehrheit erringen konnte. Da die BJP auf dem Rückzug ist, meinen auch indische Beobachter, daß die US-Regierung grünes Licht für den Sturz von Hasina gegeben hat. Der Umsturz in Bangladesch dient auch dazu, Indien für seine Widerspenstigkeit zu bestrafen und eventuell zur Ordnung zu rufen.

Erst vorletztes Jahr hatten die USA in Pakistan den Sturz der Regierung von Imran Khan angezettelt, indem sie das Land und das Militär erpreßten, dies zu tun. Es sieht so aus, daß sich das Muster in Bangladesch wiederholt. Die Bildung einer Militärregierung scheint in Bangladesch zur Zeit nicht durchsetzbar. Statt einer Militärregierung unterstützten die USA jetzt eine ihr hörige Kompradorenbourgeoisie, die durch Neuwahlen an die Macht gebracht werden soll, während das Militär hinter den Kulissen mit Unterstützung des US-amerikanisch-britisch-pakistanischen Geheimdienstes die Fäden zieht und Bangladesch zu einem Vassal der USA zu machen sucht.

KLJ, 12.8.2024

Israel: Absoluter Wille zum Krieg

Der Tod von zwölf Kindern und Jugendlichen bei der Explosion einer Rakete in dem drusischen Dorf Majdal Shams auf dem besetzten Golan ist nur vordergründig der Ausgangspunkt der aktuellen Krise. Die israelische Regierung wies die Verantwortung dafür umgehend der Hisbollah zu. Ein scheinheiliger Vorwurf, wenn man bedenkt, daß das israelische Militär in den letzten Monaten Abertausende palästinensische Kinder und Jugendliche getötet hat. Und ein unangemessener Vorwurf zudem: Die Hisbollah richtet ihre Angriffe im Norden Israels auf militärische Ziele. Ein Angriff auf ein drusisches Dorf in Syrien – denn das ist das besetzte und annektierte Majdal Shams eigentlich – wäre völlig sinnlos gewesen.

Für Benjamin Netanjahu und seine Regierung war der Tod dieser Kinder und Jugendlichen ein willkommenes Anlaß, den Krieg auszuweiten und einen Geiselaustausch nahezu auszuschließen. Das Plazet der USA nahm Netanjahu mit den Beifallsstürmen im US-Kongreß, dem Treffen mit Vizepräsidentin Kamala Harris und den Erklärungen des Kriegsministers Lloyd Austin, die USA

würden „Israel verteidigen“, als gegeben hin.

Tatsächlich geht der Wille zum Krieg weit über Netanjahu und seine Regierung hinaus. Teile der Opposition werfen Netanjahu gerade seine Zurückhaltung vor, den Krieg im Norden auszuweiten – auch wenn er dabei nur dem Druck der USA nachgab. Benjamin Gantz, Hoffnungsträger der USA und ehemals Mitglied des israelischen Kriegskabinetts, versprach breite Unterstützung von außerhalb der Regierung für jede „entschlossene und wirksame Antwort“ im Norden, die die Sicherheit der Bürger wieder herstelle. Ähnlich äußerte sich Oppositionsführer Yair Lapid. Der Vorsitzende der nationalistischen Partei Jisra'el Beitenu, Avigdor Lieberman, verlangte, der Generalsekretär der Hamas, Hassan Nasrallah, müsse „den Preis zahlen“, und der Knesset-Abgeordnete Michel Buskila von der nationalliberalen Partei „Neue Hoffnung“ wollte gar Beirut in Stücke schlagen. Jede gewünschte Unterstützung erhält Israel von den USA. Sie verlegen weitere Schiffe und Flugzeuge in die Region, zum Schutz der eigenen Truppen und Israels gegen einen

„iranischen Angriff“. Die neue britische Regierung ist ein wenig aus dem Gleichschritt gefallen: Verträge über neue Waffenlieferungen wurden zunächst einmal gestoppt. Doch der britische Verteidigungsminister John Healey diskutiert gerade mit seinem israelischen Kollegen Joav Galant die aktuelle Situation und die weitere britische Unterstützung für Israel – daran wird es am Ende nicht mangeln.

Und die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock ruft – wie immer erst nach der israelischen Aggression – zur Mäßigung auf. Die Vereinbarungen von Peking zwischen Hamas, Fatah und anderen palästinensischen Gruppen setzen Israel unter Druck. In Tunis und Amman demonstrierten Tausende gegen die Ermordung von Fouad Shukur und Ismael Hanija. Und auch in Tel Aviv gab es erneut einen Massenprotest und die Forderung nach einem Waffenstillstand in Gaza. Doch stattdessen droht eine massive Ausweitung des Krieges.

Manfred Ziegler
Redaktionell gekürzt
Quelle: UZ, 9.8.24

USA: Friedensnobelpreisträger ist „Terrorist“

Wie willkürlich sind die USA-Terrorismustlisten?

Gerhard Mertschenk, Berlin

Rede auf der Solidaritäts-Kundgebung vor der Kubanischen Botschaft in Berlin am 11. Juli 2024 gegen angekündigte Aktivitäten der Contras

Bekanntlich hat Donald Trump neun Tage vor Ablauf seiner Präsidentschaft Kuba wieder auf die Liste angeblich Terror fördernder Staaten gesetzt. Sein Nachfolger Joe Biden hat Kuba in dieser Liste belassen und nicht wie Barack Obama, dessen Vizepräsident er war, Kuba von dieser Liste gestrichen, auf die es 1982 von Ronald Reagan gesetzt worden war.

Wie man zu der „Ehre“ kommt, auf diese Liste gesetzt und eventuell wieder gestrichen zu werden, sei am Beispiel Nelson Mandelas erläutert.

Der am 18. Juli 1918 geborene Nelson Mandela engagierte sich ab 1944 im African National Congress (ANC) und mußte aufgrund seiner Aktivitäten gegen die Apartheidpolitik in seiner Heimat von 1963 bis 1990 insgesamt 27 Jahre als politischer Gefangener in Haft verbringen. 1980 wurde der ANC wegen seiner Aktivitäten gegen das Apartheidregime von den USA unter Präsident Jimmy Carter auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt. Auch in den übrigen westlichen Ländern wurde Mandela als Terrorist verleumdet, nicht als Kämpfer gegen das menschenverachtende Apartheidregime anerkannt und geachtet. Mit der Regierung des Apartheidregimes dagegen wurde unter Mißachtung der von der UNO verhängten Sanktionen reger Handel getrieben. 1988 wurde Nelson Mandela für seinen Kampf gegen die Apartheid als Einzelperson von Ronald Reagan mit der Aufnahme in die Terrorismustliste „belohnt“. Mit dem Sieg der angolanischen, von Kuba unterstützten Streitkräfte in der Schlacht von Cuito Cuanavale zu Beginn des Jahres 1988 war das strategische Ziel erreicht, Südafrika zu Friedensverhandlungen zu zwingen, die letztendlich zur Abschaffung des Apartheidregimes führten, woran Kuba also seinen Anteil hatte. Nach dem Fall des Apartheidregimes 1993 lud Mandela mit seiner Politik der Versöhnung „alle Menschen, die die Apartheid aufgegeben haben“, zur Mitarbeit an einem „nicht-rassistischen, geeinten und demokratischen Südafrika mit allgemeinen, freien Wahlen und Stimmrecht für alle“ ein. Für die USA blieb er trotzdem weiterhin ein Terrorist und wurde nicht von der Liste gestrichen.

Für die Überwindung des Apartheidsystems und die Erarbeitung einer neuen, vorläufigen Verfassung wurde ihm gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten Südafrikas, de Klerk,

der Friedensnobelpreis verliehen. Dessen ungeachtet verblieb Nelson Mandela auf der Terrorismustliste der USA, von denen er entsprechend behandelt wurde. Was sicherte die USA-Regierungen schon ein Friedensnobelpreis für jemanden, der ihnen nicht genehm war.

1994 wird Nelson Mandela zum Präsidenten der vom Apartheidregime befreiten Republik Südafrika gewählt, natürlich dazu beglückwünscht auch von der USA-Regierung, für die diese demokratische Wahl in das Präsidentenamt aber durchaus kein Grund war, ihn von



Laut USA ein „Terrorist“: Nelson Mandela 1990 vor den Vereinten Nationen

der Terrorismustliste zu streichen, sondern ihn nichtsdestotrotz in dieser Liste beließ.

Im Oktober 1994 weilt Nelson Mandela zum Staatsbesuch in den USA und wird von Bill Clinton empfangen. Der USA-Präsident empfängt einen Terroristen! Für diesen Besuch und nachfolgende wurde stets eine Sondergenehmigung erteilt, damit der „Terrorist“ einreisen durfte. Welch Heuchelei! Welch Willkür!

1996 schuf er in Südafrika eine Wahrheits- und Versöhnungskommission unter Leitung von Erzbischof Desmond Tutu zur Aufarbeitung der Apartheidverbrechen. Auch das ist kein Anlaß für die USA, ihn von der Terrorismustliste zu streichen.

1998 beging Nelson seinen 80. Geburtstag mit hochrangigen Gästen aus aller Welt, auch aus den USA. Aber für die USA wiederum keine Veranlassung, ihn als Geburtstagsgeschenk von der Liste zu streichen.

1998 bis 1999 wurde Mandela der Vorsitz der Bewegung der blockfreien Staaten übertragen. Gemäß den USA-Kriterien wurden die blockfreien Staaten also von einem Terroristen angeführt.

Die Präsidentschaft der Republik Südafrika übte Mandela bis 1999 aus. Aus Altersgründen

trat er nicht für eine Wiederwahl an und zog sich aus der Politik zurück. Gleichwohl blieb er auf der Terrorismustliste der USA.

Erst zu seinem 90. Geburtstag 2008 sah man in den USA die Zeit für gekommen, ihn von der Liste zu streichen. US-Außenministerin Condoleezza Rice war es peinlich, daß sie Mandela immer noch eine Sondergenehmigung für die Einreise ausstellen müsse. Eine wahre Heldentat der ach so demokratischen, auf Menschenwürde bedachten USA. Fünf Jahre später verstarb er – nicht mehr mit dem Makel behaftet, von den USA als Terrorist bezeichnet zu sein.

Bei den Friedensverhandlungen zwischen verschiedenen kolumbianischen Regierungen und mehreren kolumbianischen Guerillagruppen hat Kuba jeweils (zusammen mit Norwegen) die Rolle als Garantmacht übernommen und ist Gastgeber für die Verhandlungen gewesen bzw. ist es auch gegenwärtig bei den laufenden Gesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN (Nationale Befreiungsarmee). Kuba steht trotzdem auf dieser berüchtigten Terrorliste mit dem Argument, daß es Terroristen Unterschlupf gewähre. Mit den „Terroristen“ sind die Abgesandten der ELN gemeint, die von Kolumbien als politische Gesprächspartner anerkannt sind und nicht als Terroristen betrachtet werden.

Warum wird dann aber Mexiko nicht auf die Terrorliste gesetzt, wo zeitweise auch verhandelt, also „Terroristen“ Unterschlupf gewährt wurde? Wo bleibt da eine logische Erklärung? Die einzige Erklärung dafür ist die arrogante Anmaßung der USA, willkürlich festlegen zu dürfen, wer Terrorist ist und wer nicht. Wertegeleiteter Westen? Völkerrecht und UNO-Charta? Fehlangezeige. Die Schlußfolgerung kann nur sein, Kuba sofort von der Terrorismustliste zu streichen, damit es wieder am normalen internationalen Finanzgeschehen teilhaben kann.

Am 15. Juni 2024 gaben die Bewegung der Blockfreien Staaten sowie die Gruppe der 77+China eine Erklärung ab, in der sie die sofortige Streichung Kubas von der Terrorismustliste fordern und außerdem einen Stopp der gegen die kubanische Bevölkerung gerichteten einseitigen Zwangsmaßnahmen verlangen. Die Erklärung prangert an, daß die Aufnahme Kubas in die Terrorismustliste jeglicher sachlichen, rechtlichen oder moralischen Grundlage entbehre. Unterstützen wir diese Forderung und sorgen wir dafür, daß Kuba schnellstmöglich von der Terrorismustliste gestrichen wird.

Quelle: Mitteilungen der KPF der Partei Die Linke, Heft 8/2024

Demokratische Regime versus Autoritäre Regime?

Im Mai 2021 veröffentlichten die „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ einen Artikel von **Prof. Dr. Hermann Klenner**, Berlin, unter dem Titel „Demokratische Regime versus Autoritäre Regime?“.

RF dokumentiert diesen Beitrag in Auszügen aufgrund seiner gewachsenen Aktualität.

Um nun das Grundsätzlichste vorzubringen: Der landläufigen Entgegensetzung von demokratischen Regimes versus autoritäre Regimes liegt eine Demokratiekonzeption zugrunde, bei der eine formale Betrachtungsweise die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft ausklammert. Für Sozialisten wie für Kommunisten gehört es aber seit Jahrhunderten zum Fundament ihrer durch Erfahrungen bestätigten und von Karl Marx später zur Theorie erhobenen Überzeugung, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Herrschaft wie Knechtschaft in drei unterschiedlichen Formen existieren, nämlich in a) politischen, b) geistigen und c) ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, wobei der politischen Unterdrückung ebenso wie der geistigen Verkümmern die ökonomische Unterwerfung zugrunde liegt. [8] Daher überschreitet eine sich auf die politischen Freiheits- und Gleichheitsrechte beschränkende Demokratiekonzeption (so wichtig wenigstens diese ist!) den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht; sie führt im Wesentlichen nur zu einer Partizipation an den Ausbeutungs- und Verdummungsprozessen. So Rosa Luxemburg in ihrem berühmten (unvollendeten) Manuskript zur russischen Revolution: „Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit.“ [9] Diesen Gedankengang zu Ende gedacht: Nicht in den Wahlen der Bürger oder der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative liegt das Fundament der kapitalistischen Demokratie, sondern in der sich

aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln ergebenden Macht/Ohnmacht-Struktur der Gesellschaft. Zugespißt formuliert: Das demokratische Regime des Kapitalismus basiert auf einem autokratischen Regime von Kapitalisten! Unter den Bedingungen der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften führt der offiziell vertretene Absolutheitsanspruch einer Entgegensetzung von demokratischen und autoritären Regimes in die Irre. Mit ihr werden nämlich die tatsächlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft verschleiert. In genau diesem Zusammenhang sprach Friedrich Dürrenmatt von den Ideologen und ihren „Kosmetika der Macht“ [10], und rhetorisch fragte er, wozu eigentlich die Macht sich zu schminken brauche? Die Nutznießer dieser Verschleierung wissen darauf die Antwort, denn ihnen sind die ihnen Profit bringenden Kausalverhältnisse in der Gesellschaft natürlich nicht unbekannt. Für sie handelt es sich um eine bewußte Verschleierung, also nicht um Ideologie, worunter Marx wie Engels ein bloß falsches Bewußtsein von Unwissenden verstanden. [11]

Die im Voranstehenden erörterte Vielseitigkeit des Gegensatzverhältnisses von Demokratie und Autokratie, von demokratisch und autoritär ermöglicht auch einige kritische Bemerkungen zum Entwurf des Wahlprogramms der Partei Die Linke vom Februar 2021 zur Bundestagswahl dieses Jahres. Die Zahl derer, die dieses Wahlprogramm Seite für Seite lesen, dürfte sich in Grenzen halten. In seiner Gänze und der Fülle seiner Gesichtspunkte macht es zuweilen den Eindruck, das Programm einer statt sich auf Machtwechsel konzentrierenden sich mit Regierungswechsel begnügenden Partei zu sein. Wenn in einem eigenen Abschnitt gefordert wird, „die Demokratie zu stärken“ (statt sie erst wirklich herzustellen), wird ein offensichtlich bürgerlicher Demokratiebegriff unterstellt, dem Genüge getan ist, wenn Lobbyismus nicht uferlos betrieben werden darf. Eine „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ zu

fordern, ohne die Privateigentumsfrage an den Produktionsmitteln wenigstens aufzuwerfen, begnügt sich mit (durchaus sinnvollen) Verbesserungen innerhalb des Realkapitalismus. Verzichtet wurde von vornherein, die nationalen Gegensätze innerhalb der gegenwärtigen Weltwirtschaft aufzudecken, sie zu bewerten und den Führungsanspruch der einen Weltmacht (America first!) samt Vasallenbereitschaft z.B. Deutschlands zu be- und zu verurteilen. Wenn europäische Rüstungskonzerne gezwungen werden sollen, ihre Exporte in „autoritäre Staaten einzustellen“, oder wenn Deutschland sich nicht an „internationalen Polizei- und Geheimdienstansätzen beteiligen darf, die der Unterstützung autoritärer Regimes wie Saudi-Arabien, Marokko, Türkei, Sudan und Ägypten dienen“ (was sicher zu begrüßen ist), dann wird ein Autokratiebegriff verwendet, der einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise nicht standhält. Die Gefahr eines Weltkrieges geht gewiß nicht von den genannten Ländern, sondern von derjenigen Weltmacht aus, die Atombomben besitzt, stolz ihr riesiges, auf noch weitere Vergrößerung bestimmtes, Waffenarsenal präsentiert, in Afghanistan und in mehrere afrikanische Länder eingefallen ist, in Guantanamo und anderswo foltert und völkerrechtswidrig allen anderen Staaten ökonomisch, politisch und militärisch ihren Dominanzanspruch aufzuzwingen versucht. Da Deutschland in dieses Weltsystem eingebunden ist, wäre es für eine deutsche Partei von Linken lebenswichtig, sich anlässlich von Wahlen programmatisch realitätsgemäß zu äußern.

[8] So: Marx, in: MEGA, Bd. I/22, S. 365 (deutsch in: MEW 17/440).

[9] Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 363.

[10] Friedrich Dürrenmatt, Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht, Zürich 1969, S. 50.

[11] MEW 9/494; 39/97.

Friedenspfahl der Gemeinde Lewitzrand



Die Idee des Friedenspfahls wurde von dem japanischen Philosophen und Friedenskämpfer Masahisa Goi geboren. Als Dichter war er davon überzeugt, daß Worte Kraft besitzen und der Ausspruch „Möge Frieden auf Erden sein“ den größ-

auf der ganzen Welt aufgestellt. Mittlerweile gibt es mehr als 250 000 dieser Pfähle in allen Ländern unserer Erde. Darunter an Orten wie den Pyramiden von Gizeh, dem Magnetischen Nordpol, in Hiroshima, vor der UNO in New York und an der Allenby-Brücke zwischen Israel und Jordanien.

Kretz auch in der Gemeinde Lewitzrand, Landkreis Ludwigslust-Parchim. Sie dienen als stumme Erinnerung und mahnen uns, stets für den Frieden einzutreten. Unser Friedenspfahl trägt die Aufschrift in fünf Sprachen: Deutsch, Englisch, Russisch, Arabisch und Japanisch. Im Rahmen eines Schulprojektes zur Olympiade in Paris wurde nun der Pfahl am 9. Juli 2024 eingeweiht, denn nur im Frieden sind

sportliche Wettkämpfe, sind Verständigung und gemeinsames Handeln möglich.

Unser Bürgermeister, der gleichzeitig Schuldirektor ist, eröffnete das Anliegen des Zusammentreffens, indem er die Schüler auf die Bedeutung von friedlichem Miteinander in der Familie, in der Nachbarschaft, aber auch in der Schule hinwies.

Als Höhepunkt wurden unter dem Jubel der Kinder Friedenstauben in den Garwitzer Himmel geschickt.

Eine gelungene Veranstaltung, die uns nochmal deutlich gemacht hat, wie schön und erhaltenswert aber auch wie zerbrechlich unsere Welt ist. Mögen unsere Kinder in Frieden und Glück aufwachsen.

Manfred Büge, Lewitzrand

ten Wunsch der Menschheit ausdrückt. Seit Mitte der 70er Jahre werden Friedenspfähle

Es darf alles nur böse gewesen sein

Auszüge aus einem Artikel von Dieter Frielinghaus aus dem Jahr 1990 (Erster Teil)

Vorwort

Am 16. Mai verstarb der promovierte Theologe und evangelisch-reformierte Pastor Dieter Frielinghaus im Alter von 95 Jahren im brandenburgischen Brüssow. Er hatte sich während seines Studiums in Göttingen in den 50er Jahren gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands engagiert und war 1957 nach Dresden gegangen. Von 1975 bis zu seiner Pensionierung 1993 war er Pfarrer an der Kirche von Bergholz in Mecklenburg-Vorpommern, nahe der Grenze zu Polen. Von 1984 bis 1990 vertrat er evangelisch-reformierte Gemeinden (die sich von Calvin, nicht von Luther herleiten) in der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung. Nach 1990 wurde er Mitglied der DKP.

In der DDR wirkte Dieter Frielinghaus im „Weißenseer Arbeitskreis“, einer kirchlichen Bruderschaft in Berlin-Brandenburg. Die Vereinigung gab von 1982 bis 2006 die „Weißenseer Blätter“ heraus, in denen er oft publizierte. Wir dokumentieren in Auszügen einen Artikel von Dieter Frielinghaus, der unter dem Titel „Wir haben uns nicht geirrt in unserem Einsatz für den Sozialismus“ in Heft 4/1990 der „Weißenseer Blätter“ erschien.

Der Autor reagierte mit seinem Text auf das „Gubener Wort linker Christen“, dessen Entwurf Pfarrer Michael Domke im Heft 3/1990 der „Weißenseer Blätter“ veröffentlicht hatte, sowie auf einen Brief Domkes. Im „Gubener Wort“ hieß es u. a. „1a) Wir haben nicht geirrt, als wir im Kommunismus eine weltliche Entsprechung zum Reich Gottes gesehen haben. b) Wir sind in die Irre gegangen, als wir nach der Befreiung vom Faschismus mit Gewalt die kommunistische Gesellschaft aufbauen wollten (...) 2a) Wir haben nicht geirrt, als wir in der Befreiung der Menschen der Zwei-Drittel-Welt von ökonomischer Ausplünderung, politischer und kultureller Bevormundung eine Entsprechung zum Befreiungshandeln Gottes, wie es uns in der Bibel bezeugt wird, gesehen haben. b) Wir sind in die Irre gegangen, als wir unsere Kritik am Bestehenden für einen demokratischen Sozialismus zurückgehalten haben, um die erste bewußte und umfassende Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft nicht zu gefährden. (...) 3a) Wir haben nicht geirrt, als wir die Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln unterstützt haben. b) Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, die menschlichere Gesellschaft müsse gegen ihre Feinde auch mit un menschlichen Mitteln erkämpft und verteidigt werden. (...)“

Zu dem Entwurf Domkes hatte der Theologe Hanfried Müller, der Herausgeber der „Weißenseer Blätter“, bereits im Heft 3/1990 einen Diskussionsbeitrag veröffentlicht, in dem er theologische und politische Einwände erhob. Domke antwortete mit einem Brief, der im Heft 4/1990 zusammen mit dem Text von Dieter Frielinghaus erschien. In seinem Brief hielt Domke

gegen Kritik Müllers u. a. daran fest, man könne „Menschen für das Recht der Schwachen“ nur ohne Druck gewinnen und „über demokratische Mitbestimmungsformen gesellschaftliches Eigentum sichern“. Die gerechtere Gesellschaft sei „ohne Krieg (und der bedeutete Untergang) nicht gegen, sondern mit allen Menschen, auch den Menschen, die vom Kapital profitieren, zu entwickeln“. Dabei komme es „auf solche Beteiligungsstrukturen an, die es ermöglichen, daß alle Menschen vom Reichtum und den geschaffenen Werten profitieren und daß dabei die Natur erhalten wird“.

Arnold Schölzel

Wir haben uns nicht geirrt in unserem Einsatz für den Sozialismus

Von Dieter Frielinghaus

In Ihrem Brief suchen Sie unseren Weg in die Zukunft: Es ist nicht der Weg des Kapitalismus; es ist der Weg der „Gerechtigkeit für die Schwachen“ und der „Bewahrung der Natur“; die Aufgabe verlangt, daß wir viele, eigentlich alle für diesen Weg gewinnen. (...) Ich lese Ihren Brief in Verbundenheit, weil er von Ihnen kommt. Plötzlich merke ich, daß einige Wendungen genauso von anderen gebraucht werden könnten, mit denen Sie und ich leider nicht einig gehen können.

„Beteiligungsstrukturen“ oder Gesellschaftsordnung?

„Beteiligungsstrukturen“, die „alle Menschen“ einbeziehen. Nun höre und lese ich täglich, daß wir solche Strukturen endlich hätten beziehungsweise noch viel besser bekämen. Dabei habe ich mich noch nie derart von jeglicher Beteiligung ausgeschlossen gefühlt und teile dies Gefühl mit den Menschen, unter denen ich lebe.

Die „Strukturen“ werden doch von denen bestimmt, die die Macht haben. Die Verfechter der jetzt eingeführten Strukturen versichern sich und uns unermüdlich, die Gerechtigkeit sei in Gang gekommen, die Zerstörung der Natur gestoppt. Mit Ihnen muß ich nicht darüber rechten, daß das nicht wahr ist. Bei Rückgang ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit für wahrscheinlich mehr Menschen bei uns als das in Westdeutschland durchschnittliche Drittel der Bevölkerung werden wir die wenigen mächtigen Länder noch verstärken, die der Mehrheit aller Völker das Leben zur Qual machen. Schon tragen wir dazu bei, die Zahl der davon betroffenen Länder zu vermehren. Ich nenne nur Nicaragua und Kuba. Dafür haben wir die spätbürgerliche parlamentarische Demokratie bekommen. Ihren Nutzen enthalten die ökonomisch und politisch Mächtigen

dieser Strukturen der Mehrheit der Völker mit Gewalt vor, gegebenenfalls und ohne zu zögern durch terroristische Diktatur. Versuche mit anderen Strukturen dulden sie keineswegs. So soll ihnen und allen anderen ihre Demokratie die einzig wahre bleiben. Auch bei der Täuschung und Frechheit, die sie uns mit ihr alsbald haben erleben lassen, erröten sie keinen Augenblick. Und eben an dieser Stelle haben sie uns erwischt. In der gegenwärtigen Verwirrung rufen fast alle sozialistischen Demokraten oder die es sein sollten, allein die Demokratie ihrer Feinde verdiene den Namen. Sie rufen es bald noch inniger als diese.

An dieser Stelle würde ich mit Ihnen, lieber Bruder Domke, gerne noch etwas einiger werden. Vermutlich billigen Sie der „Beteiligungsstruktur“ das Kapitalismus gar nicht zu, daß sie eine sei. Aber Sie erwähnen es nicht, obwohl gerade sie uns nun beherrscht. Sie sprechen nur davon, daß unser Sozialismus eine solche Struktur nicht oder zu wenig hatte. Gewiß hatte er sie zu wenig. Aber bei allen Leiden und aller leider nicht geäußerten oder unterdrückten Kritik, dies war noch immer ein relativ geringer Mangel gegenüber jenem zum Himmel schreienden Skandal. Zwar skandalisiere ich mich mit dieser Äußerung unter obwaltenden Umständen selber. Tatsache ist dennoch, daß die „freie Welt“ und nun wir in ihrem Chorus die Leiden und die Machtverhältnisse im Sozialismus beklagen und anklagen, als ob mit ihrer Beseitigung die Welt fast in Ordnung käme, in selbstgefälligen amerikanischen Augen sogar ganz. Dabei ist sie nur noch mehr aus den Fugen durch unvergleichlich Schlimmeres: Abrichten von Menschen zum Foltern; horrender Reichtum auf Kosten von Müttern, die ihren Kindern nichts zu essen geben können, obwohl sie sich krank- und totschnuffeln, auf Kosten von Arbeitern, Bauern und Priestern, ja bürgerlichen Politikern, Juristen und Journalisten, die jeden Augenblick auf ihre Ermordung durch staatlich kontrollierte Kommandos gefaßt sein müssen; Ingangsetzung, Unterhaltung und militärische Absicherung dieses ganzen Unwesens durch die reichen Länder, die sich der individuellen Menschenrechte rühmen. Überdies ist dieser weltweite Skandal die letzte Ursache der Mangelhaftigkeit und des Unrechtes, die dem Sozialismus anhafteten. Das ist es, was ich kaum fasse: Nahezu jede, auch Ihre Kritik und Selbstkritik der vorerst hinter uns liegenden Entwicklung blendet den entscheidenden Umstand aus, unter dem jeder bisherige Sozialismus real existieren mußte, den Antikommunismus des ökonomisch, politisch, militärisch und propagandistisch-psychologisch Stärkeren. Als ob zum Beispiel 1952, 1953, 1961 rücksichtslos Regierende jeweils nach Laune Dummes oder Böses über uns beschlossen hätten. Als ob wir uns nicht hätten mühsam aufrichten müssen,

nicht allein aus den Folgen des Zweiten Weltkrieges, sondern auch gegen den sozialen Anschlag auf die Völker Osteuropas unter der Drohung des dritten Weltkrieges.

Da komme ich mit den Varianten des Begriffes „Strukturen“ nicht weiter. Der Begriff ist, glaube ich, irgendwo unter uns linken oder halblinken Christen erfunden worden, vor dreißig oder mehr Jahren, um in einer bürgerlich verhafteten Kirche, ohne sie gleich zu schrecken, von Gesellschaftsordnung reden zu können. Mit seiner Unschärfe hat man aber sich selbst die Lizenz erteilt, den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht mehr namhaft zu machen. Das nützte und nützt dem Kapitalismus und Imperialismus, die übrigens ehemals keine Hemmung konnten, sich selber so zu nennen: es handelt sich um eine Feststellung. Für den Sozialismus beklage und bekenne ich, daß er nicht gut genug war. Aber deswegen vergesse ich niemals, daß der mächtige antikommunistische Imperialismus einen schlechten Kommunismus braucht, will und mindest mitverursacht. Die Verbrechen im Sozialismus kommen aus dem grauenvollen Mißtrauen, das dann auch weit hergeholt wurde. Aber erdichtet war es nun wirklich nicht, es hatte grauenvolle, zahlreiche und bei weitem nicht nur in ideologischer Verhetzung bestehende, von dem Imperialismus fort und fort seit 1917 gelegte Ursachen.

„Wir rüsten sie tot“, hatte noch Reagan gesagt. Dies scheint nun gelungen. Doch Furcht und Haß des Kapitalismus sind geblieben. Darum muß man aus Verbrechen des Sozialismus den verbrecherischen Sozialismus machen. Auch mit dem Christentum ließe sich dergleichen anstellen, sogar mit größerem Scheinrecht. Wäre es nicht so domestiziert, ginge man auch ihm jetzt an den Kragen. Denn eine so große Offensive des Kapitals wie die gegenwärtige bedarf auch besonders großer Absicherung, Tarnung und Ablenkung.

Warum die Offensive gegen den totgerüsteten Sozialismus jetzt?

Warum diese Offensive jetzt? Die Abrüstungspolitik der sozialistischen Länder und die Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern sind vor nun bald drei Jahren zum ersten Mal an den Rand eines nachhaltigen Erfolges getreten. Der INF-Vertrag und zumal die sowjetischen Schritte dahin haben in Abermillionen bisher resignierter oder gleichgültiger Menschen die Hoffnung auf Frieden und friedliche Koexistenz geschürt und die Wirkung der Lüge von der Bedrohung aus dem Osten geschwächt. Eine sich schon abzeichnende substantielle Abrüstung würde dem Sozialismus einen nie gekannten Spielraum zu eigener Entfaltung gegeben haben. Seine Ökonomie würde sich haben freimachen können, er würde sich selber demokratisiert und verschönert haben (nicht geschönt). Er wußte und wollte es. Die ersehnte Möglichkeit zu ergreifen ist eine Absicht, die sich bis in die Reden von Politikern verfolgen läßt, die heute so verfehmt sind, daß sie positiv zu erwähnen hieße, sich selber noch unmöglicher zu machen. Mit der Abrüstung tauchte für den Kapitalismus die Gefahr eines Sozialismus ohne oder mit viel weniger Kannten auf. Gefahr? Dem chilenischen Sozialismus

eignete die bisher engste Verbindung mit den Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Da haben sie ihn keine drei Jahre sein Leben fristen lassen.

War die Abrüstung nicht mehr ganz zu verhindern, mußte die friedliche Koexistenz aufgehoben werden durch Ausschaltung der Charakteristika des Koexistenzpartners. Auch darf die Abrüstung selber ja nicht zu weit gehen. Während kein westlicher Militär-experte mehr Anzeichen einer sowjetischen Gefahr ausmacht, wollen nicht einmal die eifrigsten Abrüstungspolitiker in der NATO auf die atomare Abschreckung verzichten. Dies ist nicht meine Einschätzung, sondern ihre wiederholte Beteuerung. Ich meine, der Erfolg des Kapitals über Osteuropa macht nur klarer, daß seine Massenvernichtungsmittel sich nicht gegen einen verhaßten Staat richten, sondern gegen die Völker.

Warum nur geben heute nicht einmal Sozialisten zu, daß all die Jahrzehnte die Abrüstungspolitik der sozialistischen Staaten aufrichtig, wegweisend und nützlich für alle war? Und nicht nur das, sie stand ihnen stets an erster Stelle. Nicht zuletzt die Politik der DDR hat sich hier bis zum Oktober vorigen Jahres unermüdlich eingesetzt. Sie wurde endlich anerkannt, auch von bürgerlichen Politikern, die das heute vergessen machen müssen, indem sie hasserfüllt einschlagen sowohl auf geschlagene Politiker, deren Partnerschaft sie einmal gesucht haben, als auch auf Sozialisten, die ihnen näherstehen als jene Partner, bevor sie geschlagen waren. Gewiß wollen alle Linken ihre Sache friedlich und für den Frieden im umfassenden Sinne so gestalten und durchsetzen, daß alle Menschen einbezogen sind. Sie müssen es, und das besser als bisher. Aber dazu müssen sie nicht nur ihre Fehler, sondern auch ihren Feind

genauer erkennen. Dieser hat einen großen Sieg errungen. Ihre Aufgabe sieht, wieder einmal, schier unlösbar aus. Trotzdem wollen und sollen sie bedenken, daß kein Mensch ihr Feind ist, sondern der Kapitalismus. Aber der hat die Macht und gibt nicht nach wegen wachsender Überzeugung oder auch einmal einer eindrücklichen Wahlbekundung der Schwachen. Die brauchen schon politische Macht. Die Linken werden alles tun, um auf dem Weg dahin und einmal bei ihrer Ausübung menschlich zu sein und immer menschlicher zu werden. Auch um dieser Menschlichkeit willen ist es also notwendig, immer mehr Menschen für den linken Weg zu gewinnen. Auch „Menschen, die vom Kapital profitieren“, schreiben Sie, denn die gerechtere Gesellschaft hat sich nicht gegen Menschen, sondern „mit allen Menschen“ zu entwickeln.

Ja, nur leider nicht ohne weiteres. Zu der Einigkeit, die ich mir in diesem Betracht mit Ihnen wünsche und wahrscheinlich habe, gehören so viele Erwägungen über Menschen, die keineswegs von jenem Profit lassen wollen und denen wir keineswegs zum Willen reden oder tun dürfen, daß es über den Rahmen dieser Zeilen hinausginge, ihrer bleiben noch zu viele, wenn ich nur eingrenze auf „uns Christen“. So geziemt es sich ja auch für mich und Sie und unsere Freunde. (...) Zu reden ist von einer kirchlichen Besserwisseri, hinter der mit Selbstverständlichkeit die kaum je von Zweifel gestreifte Überzeugung steht, die bürgerliche Ordnung sei richtig und jedenfalls normal, die sozialistische falsch und vor allem abnorm und die Kirche stehe schon immer auf der richtigen Seite. Man müßte diese Selbstverständlichkeit unverschämt nennen, wenn sie nicht bei den meisten ihrer Nutzer so völlig unreflektiert bliebe. Sie ist aber unverschämt in ihrer Betätigung.

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

Zum 98. Geburtstag

Prof. Dr. Erich Kundel (Eggersdorf) am 23. September

Zum 96. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 94. Geburtstag

Werner Renkwitz (Berlin) am 22. September

Zum 93. Geburtstag

Dr. Horst Kirchner (Halle) am 7. September
Dr. Klaus Freygang (Dierhagen) am 29. September

Zum 92. Geburtstag

Gisbert Graff (Berlin) am 5. September
Elfriede Jentzsch (Bad Schmiedeberg) am 23. September
Günter Freyer (Berlin) am 30. September

Zum 91. Geburtstag

Eva Ruppert (Bad Homburg) am 19. September

Zum 90. Geburtstag

Herbert Stobbe (Lauta) am 23. September
Karl Schönley (Leipzig) am 28. September

Zum 85. Geburtstag

Roland Fleischer (Chemnitz) am 22. September

Zum 80. Geburtstag

Heidemarie Lenk (Gera) am 8. September
Ulrich Boje (Berlin) am 20. September
Ingrid Jahn (Berlin) am 25. September

Zum 75. Geburtstag

Niki Müller (Friedrichstadt) am 12. September
Rolf Bullerjahn (Berlin) am 15. September
Herbert Heßmann (Saßnitz) am 17. September

Zum 70. Geburtstag

Michael Bialek (Berlin) am 1. September

Zum 65. Geburtstag

Peer Globisch (Berlin) am 7. September
Peter Dornbruch (Thailand) am 15. September
Peter Düskow (Kloster Lehnin) am 29. September

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Was hinter der bundesdeutschen „Demokratie“ wirklich steckt

Kaum ein anderer gesellschaftlicher Begriff wird in der heutigen Zeit einer so vielseitigen Deutung und zweckdienlichen Auslegung unterzogen wie der der Demokratie. Die Prägung des Begriffs *demokratia* (Staatsvolk) und *kratesis* (Herrschaft) = Volksherrschaft erfolgte aus der ursprünglichen „Abstimmungspraxis“ in den griechischen „Stadtstaaten“. Spätere Gesellschaften waren zunächst gekennzeichnet durch die Herrschaft des Feudaladels einerseits und die wachsenden Unruhen der Volksmassen mit ihren Forderungen nach Demokratie und Gerechtigkeit andererseits. Da sich die Herrschenden dieses Unmuts der Bevölkerung nicht mehr anders erwehren konnten, machten sie ihr Zugeständnisse, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Sie hatten erkannt, daß der Begriff „Demokratie“ geeignet war, durch gewisse Modifizierungen die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat zu verschleiern und zugleich in der Mehrheit der Bürger befriedigende Illusionen zu wecken und ihr weiszumachen, daß sie durch periodisch stattfindende Wahlen von Vertretern verschiedener Parteien die Möglichkeit hätten, über berufene Volksvertreter in allen Sphären des Staates „mitzuentcheiden“. Die Wirklichkeit sah dann allerdings anders aus. Unbestritten ist, daß die eigentlichen Machtverhältnisse im Staat auch nach der Entscheidung über die Zulassung von Wahlen prinzipiell unverändert bleiben, bezüglich der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben aber geteilt sein können. Diese Manipulation wurde allerdings in ihrer Widersprüchlichkeit von der Mehrheit der Menschen nicht gleich erkannt. Der frühere BRD-Bundesminister Wolfgang Seehofer charakterisierte auf der Weltwirtschaftskonferenz 2010 die Demokratie im bürgerlichen Staat so: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden.“ Die wirklichen Machthaber, welche die Verfügungsgewalt über das Staatsvermögen haben, sind und bleiben also die Bosse, Großaktionäre und Teilhaber der Banken, Versicherungen und Konzerne mit ihren internationalen Verflechtungen. Sie befinden sich nahezu vollständig in privaten Händen. Dieser Bereich mit seinen Institutionen ist von keiner Wahl betroffen und unterliegt weder einer wirklichen gesellschaftlichen Kontrolle noch einer verbindlichen Einflußnahme durch andere Bereiche der Gesellschaft. Er ist, abgesehen von periodisch stattfindenden Wahlen, in seinen Entscheidungen und Handlungsweisen weithin autark. Insofern verkörpert er die Staatsform des „Kapitalismus“. Im offiziellen Sprachgebrauch nennt man ein solches Gesellschaftssystem aber dennoch „Demokratie“. Wenn der entscheidende charakteristische Bereich der Gesellschaft mit der Verfügungsgewalt über die Werte und das Vermögen eines Staates

nicht zur Wahl steht, sondern nur jener, der für eine Wahlperiode die Geschicke und Belange im Staat zu gestalten und zu regeln hat, so stellt seine Benennung als „Demokratie“ zumindest eine unpräzise und unvollkommene Bezeichnung der Machtverhältnisse dar. Die in Wahlen gewählten Personen aus verschiedenen Parteien sind daher, gesellschaftlich betrachtet, bestenfalls die zeitweilig eingesetzten Vertreter der eigentlichen Machthaber. Insofern liegt eine gewisse „Machtteilung“ im Staate vor, eine Teilung der Kompetenzen nach „Macht- und Staatsapparat“. Zum „Machtapparat“ gehören die Bosse und Teilhaber der Konzerne, mit ihren Einrichtungen wie Börsen, Banken und Versicherungen, die nicht zur Wahl stehen. Zum „Staatsapparat“ zählen jene



Horst Seehofer weiß, wer in der „Demokratie“ bestimmt – und sagt es

Personen und Einrichtungen, denen mit der Wahl zeitweilig „Machtkompetenzen“ übertragen werden, die zur Gestaltung und Regelung der Belange des Staates in der jeweiligen Wahlperiode erforderlich sind. Das umfaßt solche Bereiche des Staates wie Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Bildung, Armee, Steuern, Finanzen, Kultur, Innern- und Außenpolitik. Wenn also der eigentliche Bereich der Macht, das Kapital, mit seinen Einrichtungen nicht gewählt wird, stellt nur der gewählte Staatsapparat jenen Teilbereich dar, auf den die Bezeichnung „Demokratie“ zutreffen würde. Zwischen beiden Machtbereichen besteht eine weitgehende abgestimmte Kommunikation, bei der die Prioritäten und Kompetenzen der Seiten in dem genannten Sinne unstrittig sind. Die Herausbildung dieser Art „Zweckteilung der Macht“ kam den Initiatoren dieses Systems etwa zu der Zeit in den Sinn, als die Forderungen früher Demokraten und breiter Schichten der Bevölkerung nach „freien Wahlen“, etwa im 18./19. Jahrhundert, immer massiver wurden. Daher bot man der Bevölkerung an, in periodischen Abständen Vertreter des Staatsapparates wählen zu können. Da dem Staatsapparat in den genannten Gesellschaftszweigen die erforderlichen Kompetenzen übertragen wurden, suggerierte man der Bevölkerung, daß damit auch den von

ihnen gewählten Vertretern die eigentliche Macht im Land obliegen würde. Die bürgerlichen Interpreten und Medien sahen darin aber nie ein „Thema“, das öffentlich näher erörtert werden müßte. Statt dessen wurde und wird lauthals und übereinstimmend immer wieder verkündet, daß die in ihren Staaten praktizierte „begrenzte“, auf privatkapitalistischer Basis gestützte Demokratie die einzig richtige sei. Mehr noch. Sie ist für sie der einzig gültige Wertmaßstab, das Paradigma, an dem Wert und Unwert aller anderen Systeme gemessen und beurteilt werden. Mit gleicher Intensität werden jene Demokratien, wie etwa die der früheren DDR oder anderer Staaten mit einer sozialistischen Orientierung, beurteilt und als „Parteidiktatur“ verketzert.

Allein in der Existenz solcher Demokratien sah man eine Bedrohung für das Fortbestehen der „kapitalistischen Demokratien“ weltweit, die auf keinen Fall als Alternative erscheinen durften. Das geschieht heute mit großem Argwohn gegenüber allen anderen Systemen, in denen sich auch nur die Tendenz der Entwicklung zu einer auf gesellschaftlichem Eigentum basierenden Gesellschaftsform abzeichnet. Mit welcher Intensität man bereit war und ist, mittels militärischer Gewalt gesellschaftliche Probleme lösen zu wollen, haben die letzten Jahrzehnte auf allen Kontinenten der Erde gezeigt.

Wer davor die Augen verschließt und die Realität, wie sie ist, nicht sehen will, wird immer zum willfährigen Opfer fremder Interessen. Dieser Umstand erfordert daher in gesellschaftspolitischer Hinsicht unbedingt eine nähere Klärung: Die Wahrheit ist, daß eine auf Monopol-, Finanzkapital und Privateigentum an Produktionsmitteln gestützte Macht logischerweise nicht, wie in offiziellen Darstellungen immer wieder vorgetäuscht wird, auf die Befriedigung der Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung gerichtet ist. Sie ist logischerweise vorrangig auf ihre eigenen privatpersönlichen Interessen und Bestrebungen wie Gewinn und Übervorteilung ausgerichtet. Wie wäre denn sonst die sich in kapitalistischen Staaten immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich zu erklären, die überall unermeßliche Ausmaße aufweist? Hätten statt privatkapitalistischer Gewinninteressen wirklich demokratische, gesellschaftsdienliche Einflüsse im Vordergrund gestanden, wären solche desaströsen Vermögensverteilungen, wie sie in den gegenwärtigen kapitalistischen Staaten bestehen, nie entstanden. Eine Gegenüberstellung der Vermögensverteilung in der BRD vermittelt dafür ein typisches Bild „kapitalistischer Demokratien“: Allein in Deutschland gibt es 126 Milliarden. Das sind Bürger, die über eine kaum vorstellbare Summe von „tausend Millionen“ Euro verfügen und darüber hinaus etwa 1,6 Millionen Bürger, einschließlich

vieler Spitzenpolitiker bürgerlicher Parteien, von denen jeder mehr als eine Million Euro ihr Eigen nennen. Die Wohlhabenden, etwa 10 % der Bevölkerung, verfügen über 90 % des Gesamtvermögens des Staates. Und umgekehrt teilt sich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung von 90 % die verbleibenden 10 % des Gesamtvermögens.

Zur Bilanz der „Demokratie“ in Deutschland gehört auch die Tatsache, daß jeder sechste Bürger in Armut lebt. Seit Bestehen dieses Systems gibt es Jahr für Jahr mehrere Millionen Bürger als Arbeitslose oder gar als abgeschriebene Empfänger von Bürgergeld, abseits jeder Aufstiegschance. Wieviel Millionen Bürger als „wohnungslos ausgemustert“ sind, auf der Straße und in verlassenem Winkeln kampieren, weiß niemand. Sie fristen ihr Dasein durch eine Versorgung aus der „Tafel“ oder einfach durch Betteln um Almosen. Diese Kategorie Menschen hat niemand gezählt. Sie erscheint in keiner offiziellen sozialen Analyse, als würde sie nicht existieren. Sie sind abgeschrieben. Abgeschrieben, weil sie das schöne Bild der Demokratie verunzieren und die sozialpolitische Schiefelage in Deutschland offiziell sichtbar machen würden. Das ist die negative soziale Seite des gegenwärtigen Deutschland.

Diese Situation ist besonders für die frühere DDR charakteristisch.

In der Erwartung eines versprochenen und erträumten „Wohlstandslandes“ und der „blühenden Landschaften“, wie ein Herr Kohl sie versprochen hatte, haben sich die Bürger den Abbau des DDR-Systems, jahrzehntelange Geringschätzung und Erniedrigungen bieten lassen. Da das DDR-System auf gar keinen Fall – und sei es nur in einzelnen Sphären – als mögliche Alternative für das überholte kapitalistische System erscheinen durfte, geschah das, was westliche Politiker vorgegeben hatten. Die DDR mußte in der Öffentlichkeit als verarmtes Land und ihr System als rechtswidrig erscheinen. Die alte BRD nahm sich das Recht heraus, grundlegende Umstrukturierungen in allen Bereichen des staatlichen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens der DDR vorzunehmen. Ihre „Gesandten“ kamen mit der Vorstellung, daß sie es mit einem zurückgebliebenen, und nun endlich besiegt mittelalterlichen „Stamm“ zu tun haben, dem man erst den aufrechten Gang beibringen müsse. Unsere Art Demokratie und unser Denken waren für sie nicht nur falsch, sondern für ihr eigenes System vor allem gefährlich, was es ein für allemal auszumerzen galt. Daher wurden bei uns alle Positionen mit Leuten besetzt, die „westdeutsch“ denken konnten und die weder Widerspruch noch Verweigerung duldeten. Das Ganze wurde begleitet von einer völlig gleichgeschalteten Propaganda aller bürgerlichen Medien, denen keine Meldung und Behauptung falsch genug war, um sie als wahr zu verkaufen. Hauptsache war, daß sie geeignet waren, das gesellschaftliche System der DDR und ihre Vertreter zu verteufeln. Bürger in verantwortlichen Positionen wurden verdächtigt und Angehörige der Sicherheitsorgane, besonders des

MfS, den schmutzigsten und widerlichsten Verdächtigungen ausgesetzt. Die DDR war für sie eben ein Staat, der ausgemerzt werden mußte. Vor diesem Hintergrund geschahen Dinge, die man einfach nicht für möglich hielt. Betriebe wurden geschleift oder umgerüstet. Andere wurden geschlossen und stillgelegt, „weil sich kein Käufer“ fand. Mit solchen und ähnlichen Methoden hat man gezielt die wirtschaftliche Leistungskraft im Osten des Landes immer weiter gegen „Null“ gefahren. Der Bevölkerung



Ausplünderung: Die BRD übernahm von der DDR 615 Polikliniken

wurde eingeredet, daß radikale wirtschaftliche Umstrukturierungen notwendig seien, um den „Leistungsanschluß“ an die BRD herzustellen. Daher mußten einstweilen „Ungleichheiten“ zwischen Ost und West hingenommen werden, die inzwischen allerdings bereits mehr als 30 Jahre bestehen. An ihrer „Erwartung“, daß die „Ossis“ doch ewig dankbar dafür sein müßten, den „Anschluß“ an die BRD erhalten zu haben, hat sich bis heute nichts geändert. Auch nicht an der Tatsache, daß die DDR-Bürger seit dieser Zeit im gleichen Staat, in gleichen Betrieben und Einrichtungen über 20 % geringere Löhne und Gehälter erhalten und folglich auch die entsprechenden Folgen bezüglich der Renten hinzunehmen haben. Geändert hat sich auch nichts an der Tatsache, daß man in den Medien nach den auffallend unterschiedlichen Wahlergebnissen – wie jetzt nach der Europawahl 2024 – immer wieder darüber „rätselt“, woran es wohl liegen könne, daß die Ostdeutschen mit den bestehenden Verhältnissen immer noch unzufrieden sind. Die Bevölkerung hier ließ das alles über sich ergehen, weil sie darauf vertraute, „blühende Landschaften“ zu erleben. Die dafür aufgegebenen Verhältnisse in der DDR, die selbst geschaffenen Werte schienen bei vielen Bürgern plötzlich nichts mehr wert zu sein. Das Volkseigentum, das die eigentliche Grundlage für ihre Existenzsicherheit bildete, das beispielgebende Bildungssystem, das gesicherte Gesundheits- und Sozialwesen, die Kollektivität und der verbreitete Gemeinschaftssinn wußte man plötzlich nicht mehr zu schätzen. Andererseits muß aber auch eingeräumt werden, daß während der DDR-Zeit viel zu wenig getan wurde, den Bürger spürbar miterleben zu lassen, sich als Miteigentümer an den Werten des Staates zu fühlen. Man war vielmehr gern bereit, für die in Aussicht gestellte Zukunft einen horrenden, unvorstellbaren

Preis zu zahlen. Der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, hat in seiner Rede in Bochum zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR daran erinnert, welche unvorstellbaren Werte an Volkseigentum der DDR in private Hände der BRD gelegt wurden:

„Die Bundesrepublik übernahm von der DDR etwa 8000 Betriebe, 20 Milliarden Quadratmeter Agrarfläche, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, Forsten, Seen, 40 000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, 5 500 Gemeindefachstellen, 5 500 Gemeindefachstellen, Hotels, Ferienheime, das beträchtliche Auslandsvermögen der DDR, Patente, Kulturgüter, geistiges Eigentum und manches mehr. Die DDR hinterließ der Bundesrepublik keine Erblast in Höhe von 400 Milliarden DM, wie behauptet wird, sondern ein Volksvermögen von 1,74 Billionen D-Mark (Das sind 1740 Milliarden D-Mark) an Grundmitteln und 1,25 Billionen Mark (1250 Milliarden D-Mark) im produktiven Bereich, ohne den Wert des Bodens und den Besitz von Immobilien im Ausland gerechnet.“

Das war der Preis, den die Bürger der DDR zu zahlen hatten.

Eine Lösung der skizzierten Probleme ist aber erst dann zu erwarten,

wenn sich am kapitalistischen System der BRD etwas ändert. So müßte der „Staatsapparat“ vor allem als der Sachwalter und Interessenvertreter der Mehrheit der Bevölkerung fungieren. Als solcher müßte er befugt sein, wirksame Kontrollen und einen entscheidenden Einfluß auf die Sphäre des eigentlichen „Machthaber des Staates“ auszuüben, die nicht wie bisher an den Werktoeren der Konzerne, Banken und Profiteure endet.

Dr. sc. jur. Heinz Günther
Berlin



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Europa bedeutet Demokratie für alle?

Der erste Teil des Superwahljahres ist gelaufen mit wenig ermutigenden Ergebnissen. In der Bundesrepublik Deutschland haben die blaubraunen Prototaschisten einen bedeutenden Sieg eingefahren, kommunal wie bei der EU-Wahl. Und dabei haben doch die Slogans fast aller Parteien verkündet, dass EU-Europa unter anderem Demokratie bedeutet.

Sehen wir uns doch einmal diesen Demokratiebegriff näher an:

Das aus dem altgriechischen herkommende Wort bedeutet Volksherrschaft. Ist das so? Eine Übersetzung aus einer anderen Sprache führt nicht immer zu einem adäquaten Ergebnis. Hier ein paar Beispiele: Aus dem Deutschen wanderte das Wort „arbeiten“ ins Japanische. In Katakana (geschrieben アルバイト, gesprochen arabeito) bedeutet es allerdings Teilzeitarbeit, was einen viel kleineren Bedeutungsumfang meint. Oder nehmen wir das Wort „Butterbrot“, welches auch im Russischen verwendet wird, hier aber in der Regel ein belegtes Brot ohne Butter meint. So eine Bedeutungsverschiebung gibt es mit dem altgriechischen *dēmokratía* allerdings nicht. Hier liegt das Problem woanders. Manche Begriffe vollziehen also mit der gesellschaftlichen Entwicklung einen inhaltlichen Wandel.

In der Antike waren mit dem Volk in der Poleis nur sogenannte Vollbürger gemeint. Sklaven, niedere Bedienstete, Freigelassene oder auch Fremde, Barbaren gar, gehörten nicht zum Volk und hatten keine Stimme. Wenn also das Volk in antiken Städten auf einen zentralen Platz gerufen wurde, um vermittels weißer oder schwarzer Kugeln, die in ein bereitgestelltes Behältnis zu werfen waren, damit Zustimmung oder Ablehnung zu einer Frage zu bekunden, waren nur jene stimmberechtigt, die „dazugehörten“. Abgesehen davon wurden jedoch die wirklich wichtigen Fragen eher von einem sich aus sich selbst reproduzierenden Klüngel von reichen und mächtigen Bürgern im Geheimen entschieden. Im antiken Rom zum Beispiel waren das die Mitglieder des Senats. Dieser unterlag vielen Regeln für sein Handeln, die wichtigste jedoch war strikte Geheimhaltung aller Diskussionen, die zur Entscheidung führten. Das hieß eben damals auch Demokratie. Im finsternen Mittelalter machte man sich gleich gar nicht die Mühe so zu tun, als ob man den Plebs an der Meinungsbildung beteiligen wolle. Hier hatten nur der gottgewollte Regent bzw. seine Lehensherren etwas zu sagen. Auf dem Lande hatte die meisten Menschen nicht einmal die Freiheit, ihren Ort zu verlassen. Sie gehörten mit Haut und Haaren den Grundherren und mußten, wenn sie ins Nachbardorf wollten, jenen um Erlaubnis fragen. Übrigens liegt in den Worten „es ist erlaubt – althochdeutsch orloubt – der Ursprung des heutigen Wortes „Urlaub“. Wir sehen: Wer das Land, also das wichtigste

Produktionsmittel, besaß, der hatte die Macht und damit das Sagen. Das blieb so, nur die Hauptproduktionsmittel änderten sich. Insofern ist die bürgerliche Demokratie ein großer Fortschritt gegenüber den feudalen Verhältnissen. Die kapitalistische Produktionsweise verlangte den freien, ja doppelt freien Lohnarbeiter, der in den Fabriken seine Arbeitskraft verkaufte. Das hinderte die Mächtigen nicht daran, auch hier Unterschiede nach Geschlecht, Hautfarbe (Rassebegriff), Religion u. ä. Merkmalen zu propagieren, um durch Spaltung die Kraft der Werktätigen zu schwächen.



Die EU-Kommission beschäftigt in Brüssel 32 000 Beamte, die meisten arbeiten in diesem Gebäude

Als im 19. Jahrhundert, u.a. in den USA, die Rufe nach Gleichberechtigung der Frauen immer lauter wurden und sich Organisationen dafür gründeten, gab es auch Bestrebungen, diese mit dem Kampf der Farbigen nach Gleichberechtigung zu verbinden. Sofort wurden Leute beauftragt, diese Tendenz zu unterbinden, was auch erreicht wurde. Farbige wollten nichts mit den Frauenrechtlern zu tun haben und jene nichts mit den Farbigen. Und beide zusammen nichts mit den Ureinwohnern, den Indigenen. Das alte Prinzip *divide et impera*, teile und herrsche, funktionierte aufs treffliche, bis in die Gegenwart. Heute sind es Flüchtlinge, Muslime, Juden, in manchen Gegenden auch Protestanten vs. Katholiken oder Ukrainer gegen Russen, Polen gegen Russen, Israelis gegen Araber oder Huthis gegen Tutsis und so weiter. Wer mehr darüber lesen will, wie das ist mit der Demokratie und den jeweiligen Vorstellungen davon, wer zum Volk gehört, empfehle ich die Lektüre des Buches von Luciano Canfora „Eine kurze Geschichte der Demokratie“, das bei Papyrossa erschienen ist. Demokratie an sich bedeutet also mitnichten Mitregieren aller. Natürlich ist die bürgerliche Demokratie ein Fortschritt gegenüber mittelalterlichen, feudalen oder auch diktatorischen Herrschaftsformen, die gegen jene auch zu verteidigen ist. Deren höchste Form ist sie allerdings nicht. Die sozialistische Demokratie bietet sehr viel mehr Möglichkeiten für alle

beim Mitregieren, die weit über das Stimmzettelwerfen alle paar Jahre hinausgehen. Was hat das aber alles mit der Verheißung von Demokratie in der EU zu tun? In allen EU-Staaten herrschen verschiedene Ausprägungen bürgerlicher Demokratie. Da gibt es präsidentiale, parlamentarische und in mehr als einem Dutzend Ländern sogar noch Reste feudaler Machtformen. Allen gleich ist ein Parlament, in dem sich diverse Parteien unterschiedlicher Couleur verbale Schlagabtausche liefern. Unterschiedlich und meist abhängig von der wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Landes wird auch Sozialpolitik betrieben, die dann als Wahrnehmung der Interessen der Produzierenden „verkauft“ wird. Allen gleich ist aber, daß die Politik der Herrschenden mehr oder weniger restriktiv, auf die Bewahrung der bestehenden Verhältnisse ausgerichtet ist und jede Form des Kampfes gegen jene Verhältnisse mit allem Mitteln bekämpft – angeblich, weil bürgerliche Demokratie die höchste und beste Form der Demokratie darstellen, was zu bezweifeln ist. Betrachten wir darüber hinaus die Machtzentrale der EU selbst, ergibt sich noch ein anderes Bild. Der EU-Machtapparat ähnelt in seiner Struktur eher dem antiken römischen Staatsgebilde. Das von uns allen gewählte EU-Parlament hat nämlich eigentlich nur eine beratende und abnickende Funktion. EU-Verordnungen und gesetzesähnliche Beschlüsse werden ausschließlich vom Europäischen

Rat bzw. deren Ministerriege dem Rat der Europäischen Union, in den jedes Land seinen Vertreter nach eigenem Gusto entsendet, exekutiert. Das EU-Parlament kann nur zustimmen oder ablehnen. Im letzteren Fall kann der Europäische Rat das Parlament überstimmen. So war es auch schon im römischen Senat vor mehr als 2000 Jahren. Gestützt wird sich dabei auf ein Heer von 55 000 loyalen und gut bezahlten Mitarbeitern in den diversen EU-Institutionen. Überhaupt ist das Aufblähen des Apparates ein Merkmal bürgerlicher Demokratien. Zum Vergleich, der Deutsche Bundestag hat rund 18 000 Mitarbeitende, aber die Stadt Köln z. B. auch schon 17 000. Wir können das im eigenen Land beobachten. Wer zu DDR-Zeiten dachte, wir hätten viel Bürokratie, der konnte noch nicht die Verhältnisse in der Bundesrepublik. Damit schafft sich der Staat nicht nur notwendige, sondern vor allem loyale Bürger, die ihm verpflichtet sind, denn das ist eine geforderte Einstellungsvoraussetzung. Um so etwas durchzusetzen, werden noch heute „Stasi“-Überprüfungen praktiziert, und es gab auch schon mal Berufsverbote für Lehrer, Postboten oder Lokführer. Fazit: Eine wirklich friedliche und auf des Volkes Willen beruhende Welt erfordert den Kampf um sozialistische Demokratie.

Bemerkungen zu einem historischen Vergleich zwischen K. Adenauer und W. Pieck

Welcher Teufel mag K. Krampitz geritten haben, als er Adenauer mit Wilhelm Pieck in einer Weise verglich, in der an sich nur das zufällige Zusammenfallen der Geburtstermine für ein gewisses Aha-Erlebnis sorgt?

Welcher Teufel mag das and, welches von sich noch behauptet, eine „sozialistische Tageszeitung“ zu sein, geritten haben, dessen Beitrag in der Wochenendausgabe vom 27./28.7.2024 zu veröffentlichen? Krampitz' Motiv könnte es gewesen sein, an Konrad Adenauer und Wilhelm Pieck die These Gert Dietrichs zu exemplifizieren, daß nach dem Zweiten Weltkrieg nicht – wie gemeinhin angenommen – die Jungen, sondern die Alten eine neue Chance gehabt hätten.

In der Tat wurden Adenauer und Pieck – dieser zwei Tage älter als der andere – im Januar 1876 in das wilhelminische Deutschland hineingeboren, der eine in Köln und der andere in Guben. Und beide standen 1949 mit 73 Jahre an der Spitze zweier deutscher Staaten, die – wie ihre Repräsentanten – nicht unterschiedlicher sein konnten. Krampitz' Beitrag „Alte Männer in neuer Zeit“ endet mit dem Fazit, als Faktum (sic!) apostrophiert, „Adenauers Macht war aus freien Wahlen hervorgegangen. Wilhelm Pieck verdankte seine politische Stellung letzten Endes der Sowjetarmee. Beide waren es alte Männer, die die Zukunft in der verklärten Vergangenheit suchten. Pieck bei den siegreichen Bolschewiki und der Oktoberrevolution und Adenauer in der guten alten Zeit, als Anstand, Sitte und Moral noch etwas zählten.“

Adenauer hätte, so Krampitz, die Zukunft in der guten alten Zeit gesucht, wo Anstand, Sitte und Moral noch etwas zählten.

Haben für Adenauer jemals Anstand, Sitte und Moral etwas gegolten?

Dank einer Erbschaft wurde den drei Söhnen der Familie Adenauer höhere Bildung zuteil. Ein Jura-Studium eröffnete Adenauer eine bürgerliche Karriere, die er zielstrebig zu nutzen wußte. Die Heirat mit einer höheren Tochter des rheinischen Großbürgertums tat ihr Übriges.

Wilhelm Pieck, Sohn eines Kutschers und einer Wäscherin, wuchs im wilhelminischen Arbeitermilieu auf, in dem man Ausbeutung und Erniedrigung tagtäglich zu ertragen hatte. Das Höchste, was Wilhelm Pieck erreichen konnte, war der Beruf des Tischlers. Zu mehr waren Kinder dieser Klasse nicht berufen.

Adenauer und Pieck waren jeweils Vertreter einer Klasse. Der eine gehörte der wohlhabenden Oberschicht an, der andere der ums Überleben kämpfenden großen Mehrheit.

1917 wurde Adenauer Oberbürgermeister von Köln, bezog im den nächsten 15 Jahren üppige Jahresgehälter und erkleckliche Auf-



Berlin, 25. Juli 1957: Wilhelm Pieck trifft Ho Chi-Minh

wandenschädigungen. Den Makel des Separatismus, das Rheinland aus Deutschland herauszulösen, wurde Adenauer nie los. Für die Nazis paßte dieser Typus nicht ins Bild, so daß er 1933 des Amtes enthoben wurde und seitdem durchaus einer latenten Gefahr ausgesetzt war. 1936 billigte der neugewählte Kölner Stadtrat Adenauer eine monatliche Pension von 1000 Mark und entschädigte ihn für den in Köln durch die Nazis konfiszierten Immobilienbesitz mit 230 000 Mark, so daß er sich in Rhöndorf ein neues Refugium schaffen und bis 1944 friedlich und zurückgezogen leben konnte. Der 20. Juli 1944 sollte noch einmal Unruhe in sein Leben bringen, aber auch diese gefährvolle Situation fügte sich für ihn glücklich, da ihm keine Verbindung zu den Attentätern nachgewiesen werden konnte und er am 26. November 1944 wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Wilhelm Pieck, seit 1895 Mitglied der SPD, wurde – den reformistischen, opportunistischen und antimarxistischen Kurs der rechten Parteiführer ablehnend – folgerichtig Mitbegründer der KPD.

Während Adenauer seit 1933 einer abstrakten Gefahr ausgesetzt war, war diese für Kommunisten sehr direkt. Einflußreiche Gönner standen ihnen nicht zur Seite. Ihr Leben war täglich bedroht. Im Reichstagsbrand am 27.2.1933 erkannte Pieck das Fanal für den offenen Terror der Nazis gegen Andersdenkende, vor allem gegen Kommunisten und Marxisten. Dazu schrieb Wilhelm Pieck: „Den Marxismus ausrotten heißt, das Proletariat vernichten, und da in ihr die lebendige Kraft des Marxismus lebt, ist und bleibt der Marxismus unbesiegt.“

Wilhelm Pieck war aktiver Antifaschist. In der Sowjetunion im Exil lebend, wirkte er am Sturz des Faschismus, an der Beendigung des Krieges und an der Vorbereitung eines neuen Deutschlands nach dem Krieg mit. Seine Verdienste an der Gründung des NKFD bleiben unvergessen.

Nach dem Krieg war Adenauer Garant für die Kontinuität der NS-Eliten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der 1949 gegründeten BRD. Daß Adenauer Hans Globke, den Kommentator der Rassengesetze, derentwegen Millionen Juden „rechtlich korrekt“ in den Tod geschickt wurden, zu seinem engsten Berater auserkoren hatte, war symptomatisch für die Adenauer-Ära.

Wilhelm Piecks engster Berater war – symptomatisch für die DDR – Walter Bartel, ein Häftling des KZ-Buchenwald und seit 1943 Vorsitzender des Internationalen Lagerkomitees im Lager.

Adenauer verdankte seine Macht in der jungen BRD im Gegensatz zu Krampitz' illusionärem Demokratieverständnis letzten Endes nicht „freien Wahlen“, sondern vor allem „den entnazten Nazis, die als Filzlaus in den Ritzen aller hoher Ämter sitzen“, wie Brecht es prägnant ausdrückte.

Und Pieck verdankte seine Stellung als erster Arbeiterpräsident der DDR „letzten Endes“ nicht der Sowjetarmee, wie von Krampitz verkürzt geschlußfolgert, sondern seiner Treue zum Marxismus und seiner damit einhergehenden Entwicklung zur Führungspersönlichkeit der internationalen Arbeiterbewegung.

„Busch singt“: Konrad Wolfs letzter Film

Als der DEFA-Regisseur Konrad Wolf 1982 verstarb, steckte er mitten in den Arbeiten zu seinem letzten großen Filmprojekt „Busch singt“. 1980 skizzierte er Gedanken zur Konzeption des Films: „Wenn wir die Lieder dieses Mannes hören — die bekannten, die weniger geläufigen, die unbekannt — was für ein Bild unserer Epoche wird da vor unseren Augen lebendig: Kleine Gefechte, große Schlachten, Schicksale einzelner, Taten von vielen, Treue und Standhaftigkeit, Feigheit und Verrat, Niederlagen und Siege — große wie kleine —, Zeiten, bevor Arbeiter ihre Herrschaft errichten konnten und unsere Zeit. Und was spricht nicht alles aus ihnen: Liebe und Achtung, Spott und Hohn, Stille und Schrei, Witz wie Trauer, Mahnung wie Appell. Welche völlige Abwesenheit von Fanatismus und Fatalismus. Welche Allgegenwart von Vernunft. Welche Fülle der Themen, welcher Reichtum der Mittel. Welche Genauigkeit der Haltungen“. Konrad Wolf dachte zunächst an eine Erzählung, möglich erschien ihm auch eine „einfache Chronologie“, angereichert mit „politisch-philosophischen Gedanken“. Am Ende wurde es eine historisch geordnete Collage aus Texten, Film- und Fotodokumenten, mitunter erzählend, zuweilen sarkastisch, immer aber entlang der Lieder, Texte und optischen Präsenz des Kämpfers, Künstlers und Zeitchronisten Ernst Busch. Zu hören sind Texte aus der Feder von Bertolt Brecht, Erich Weinert, Hanns Eisler, Johannes R. Becher und Paul Dessau. Gedreht auf dem im 20. Jahrhundert gängigen Kinofilmformat 35 mm, überwiegend in schwarz-weiß, erzählt der Film in sechs Teilen und insgesamt über fünf Stunden die Ereignisse der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Er ist weder Dokumentarfilm noch Busch-Biographie. Jeder Teil kann autark für sich alleine stehen. „Aurora-Morgenrot“, „Nur auf die Minute kommt es an“, „1935 oder Das Faß der Pandora“, „In Spanien“, „Ein Toter auf Urlaub“ und „Und weil der Mensch ein Mensch ist“ wurden 1981/1982 unter der künstlerischen Oberleitung Konrads Wolfs vom Fernsehen der DDR in Zusammenarbeit mit der DEFA-Gruppe 67 und der Akademie der Künste der DDR produziert. Die Teile „1935 oder Das Faß der Pandora“ und „Ein Toter auf Urlaub“, bei denen Konrad Wolf eigene Hand angelegt hat (auch als kommentierender Darsteller), sind nach 42 Jahren erstmalig digitalisiert auf DVD verfügbar. Damit wird Wolfs letztes Filmprojekt nicht nur einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern auch ein Blick in die Methodik des Filmschaffens von Konrad Wolf ermöglicht. So zeigt er in „1935“ Verfremdungstechniken, die an Brechts episches Theater erinnern. „Manchmal steht das Lied fast verquer zum Bild, in Konterposition“, beschreibt DDR-Regisseur Peter Voigt diese Form. In solchen Situationen wächst der



Ernst Busch 1946



Konrad Wolf 1970

Film über sich hinaus. Anlässlich der Premiere von „Busch singt“ auf der Leipziger „Internationalen Dokumentar- und Kunstfilmwoche“ im November 1982 – Konrad Wolf war zuvor bereits am 3.7.1982 56-jährig verstorben – schrieb der Musikhistoriker Jürgen Schebera: „Am stärksten aber werden die Filme dort, wo sie stark antithetisch montieren, wo über das Bild ganz neue Dimensionen der Lieder erschlossen werden. Dimensionen, die sich nur in der Kopplung mit dem Medium Film herstel-

len lassen. Und die dann von schlagend entlarvender Größe sind, wenn etwa gegen Buschs eindringliche Interpretation des ‚Moorsoldatenlieds‘ Bilder von Görings schmierenhafte pompös inszenierter Hochzeit im Berliner Dom gesetzt werden.“ Busch, der zum letzten Mal am 17.2.1977 in Berlin auftrat, konnte am Ende seines Lebens auf ein Gesamtwerk von über 1000 Tonaufnahmen zurückblicken. Noch zu Lebzeiten hatte er sich, ganz wie es seiner Art entsprach, feierliche Reden für den Tag seiner Beisetzung verboten. Als man seine Urne am 23.6.1980 auf dem Friedhof Berlin-Pankow zu Grabe trug, schien es, als wolle er selbst noch einmal das letzte Wort haben. Es erklang sein Lied von der Jaramafront: „Und einmal, dann, wenn die Stunde kommt, da wir alle Gespenster verjagen ...“. Eine Woche zuvor würdigte ihn Konrad Wolf (seit 1965 Vorsitzender der Akademie der Künste der DDR): „Er machte es seinen Freunden nicht bequem, er war anstrengend und sein Zorn gefürchtet. Er verband durch Arbeit, und hier, in der Arbeit, konnte er beispiellos unduldsam sein. Busch hat es sich nie leichtgemacht, und es ist ihm auch bei uns nicht immer leichtgemacht worden. Weil er offen gefochten hat, auch mit Gleichgesinnten. Aber zu keiner Stunde ließ er Zweifel darin aufkommen, auf welcher Seite der Barrikade er steht.“

Buschs und Wolfs Lebenslinien hatten sich bereits 1936 im Moskauer Exil überschritten, beide hatten im Spielfilm „Kämpfer“ (Regie: Gustav von Wangenheim) Rollen übernommen. Vom Lebensalter her gehörten Busch (*1900) und Wolf (*1925), der im württembergischen Hechingen als Sohn des Arztes

und Schriftstellers Friedrich Wolf geboren wurde, zu verschiedenen Generationen. Wolf emigrierte 1933/1934 in die Sowjetunion und trat 17-jährig in die Rote Armee ein, Busch seinerseits war von 1935 bis 1937 in Moskau, bevor er nach Spanien aufbrach. 1945 nahm Wolf als sowjetischer Leutnant an der Schlacht um Berlin teil und wurde für kurze Zeit Stadtkommandant in Bernau bei Berlin. Sein Film „Ich war neunzehn“ aus dem Jahr 1968, der autobiographische Züge trägt, handelte von dieser Zeit.

Ernst Busch, nach der Flucht aus der südfranzösischen Internierung von der Gestapo an der schweizerischen Grenze verhaftet, wurde am 15. März 1943 wegen Hochverrats („Verbreitung des Kommunismus“) vom Kammergericht Berlin zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Am 27. April 1945 konnten ihn Sowjetsoldaten aus dem Gefängnis Brandenburg befreien. Der Lauf der Geschichte und das gemeinsame Ziel einer besseren Gesellschaft parallelisierte ihre Lebensläufe. Nach dem Regie-Studium an der Moskauer Filmhochschule Anfang der 50er Jahre arbeitete Konrad Wolf als DEFA-Regisseur und errang mit „Sterne“, dem ersten deutschen Film, der die Verantwortung der Deutschen für den Holocaust thematisierte, 1959 den Sonderpreis der Filmfestspiele

in Cannes.

Das von der Ernst-Busch-Gesellschaft und der Friedrich-Wolf-Gesellschaft initiierte Projekt, das im Rahmen des Programms Filmerbe (FFE) durch die DEFA-Stiftung gefördert wurde, war ein ebenso ehrgeiziges wie arbeitsintensives Vorhaben. Die Digitalisierung, Klärung von Urheberfragen, technische Produktion und Lizenzierung kostete die Akteure Zeit und Nerven. „Hätten wir vor drei Jahren um die Mühen der Publikationsebenen gewußt, hätten wir womöglich schon vor der Zeit aufgegeben. Haben wir aber nicht! Wir ahnten, was Konrad Wolf beschrieb: „Jeder, der sich Busch näherte, mußte wissen, daß er sofort in Arbeit gezogen wird“, resümiert im August 2024 die EBG-Vorsitzende Carola Schramm. Sie, wie auch Jürgen Schebera, Carmen Bärwaldt und Hans-Eckardt steuern in Begleittexten vertiefende Einschätzungen zu beiden Künstlern bei. Am Beginn von „1935“ singt Busch Zeilen von Erich Kästner. Sie bringen uns in den Kopf, wie unabdingbar es ist, den Kriegstreibern des Jahres 2024 in den Arm zu fallen: „Kennst Du das Land? Dort reift die Freiheit nicht. Dort bleibt sie grün. Was man auch baut, es werden stets Kasernen. Kennst Du das Land, wo die Kanonen blüh'n? Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen.“

Dr. Ralf Hohmann

Ende Juni 2024 erschienen: „Busch singt“: Konrad Wolfs letzter Film, Kinofassung auf DVD, Begleitmaterial zum Projekt (112 S.), herausgegeben von: Ernst Busch-Gesellschaft / Friedrich-Wolf-Gesellschaft und DEFA-Stiftung, erschienen in der „edition bodoni“, EUR 34,-

Partisanenrepublik – Freiheit auf Zeit

Von dem italienischen Maler und Antifaschisten Gabriele Mucchi (1899–2002), der während des Zweiten Weltkriegs bei den Partisanen in der Brigade Garibaldi kämpfte, stammt ein Gemälde mit dem Titel „Norditalienische Partisanen am Lago Maggiore“ aus dem Jahre 1953. Ein in Öl gemaltes, nicht so bekanntes Bild, welches an den heldenhaften Kampf der italienischen Partisanen während des antifaschistischen Befreiungskampfes von 1943 bis 1945 erinnert. Seine Erfahrungen und sein Engagement spiegeln sich in vielen seiner Werke wider, die oft Themen wie Krieg, Widerstand und menschliches Leid behandeln.

Gabriele Mucchi, der nach dem Krieg lange Zeit in der DDR lebte und als Professor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee sowie an der Universität Greifswald tätig war, gehörte zu denen, die nach der Besetzung seiner Heimat durch die Hitlertruppen im Jahre 1943 an die Organisation des bewaffneten Widerstandskampfes gingen. Die mutigen Aktionen der antifaschistischen Kämpfer führten 1944 zur Gründung der Partisanenrepubliken. Im Sommer und Herbst 1944 gab es in Italien über zwanzig von faschistischen Truppen vollständig befreite Gebiete und Partisanenrepubliken, die bedeutendste von ihnen war die „Repubblica partigiana della Val d'Ossola“. Vom 10. September bis zum 17. Oktober 1944 existierte sie als eine „Freie Republik“, genauer gesagt, als die „Partisanenrepublik Ossola“, ein funktionierendes Modell einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft, die am 23. Oktober 1944 von der deutschen Wehrmacht mit Unterstützung italienischer Faschisten in der Operation „Avanti“ gewaltsam und grausam zerschlagen wurde.

Dem vorausgegangen war die Besetzung der Region durch die deutsche Wehrmacht und die Waffen-SS, die kurz nach der Proklamation des italienischen Waffenstillstandes, September 1943, das noch nicht von alliierten Truppen eroberte Italien handstreichartig besetzt hatten. Die Front teilte Italien praktisch in zwei Staaten: Im Norden die Marionettenregierung von Hitlers Gnaden, Mussolinis Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana, RSI), im Süden die Regierung von Mussolinis Nachfolger Badoglio, das Regno del Sud. Die hatte am 13. Oktober 1943 Deutschland den Krieg erklärt und wurde damit aus Sicht der Alliierten zum mitkriegsführenden Land. Trotz Niederlage und schwerer Verluste erstarkten die politisch sehr unterschiedlichen Partisanenverbände in dieser Zeit, sie brachten u.a. den Bahnverkehr Richtung Simplon durch Sabotageakte fast zum Erliegen und vertrieben schließlich die deutschen und faschistischen Truppen am 9. September 1944 für die Dauer von 40 Tagen aus dem Ossolatal. Das Tal mit dem Hauptort Domodossola ragt wie ein Dreieck in die Schweiz hinein und wird im Westen durch den Kanton Wallis und im Osten durch den Kanton Tessin begrenzt. In dem 1600 km² großen Gebiet der Partisanenrepublik von Ossola,

lebten 1944 ungefähr 82 000 Einwohner. Es wurde für sie die kurze Zeit der freien Partisanenrepublik Ossola, in deren Verlauf ein funktionierendes Modell einer antifaschistischen Republik aufgebaut wurde, getragen von Monarchisten, Christdemokraten, Liberalen, Sozialisten und Kommunisten. In diesen Tagen setzte auch eine aktive Unterstützung von den schweizerischen Genossen und Freunden im Tessin ein. Aus der Republik wurden Produkte der Region geliefert, wofür man ihr Waffen und Munition für ihren Kampf zur Verfügung stell-



Gabriele Mucchi (l.) 1984 bei Eröffnung einer Ausstellung seiner Werke im Berliner Alten Museum

te, und es gab eine Defacto-Anerkennung der jungen Republik. In der kurzen Zeit wurden Festpreise für Lebensmittel eingeführt, und man unternahm große Anstrengungen, den Schwarzhandel zu verbieten. Es wurden Dorf- und Ortsräte gewählt und das Erziehungs- und Justizwesen reformiert. Schon am 10. September 1944 fand eine konstituierende Sitzung der Regierung, der „Giunta Provvisoria di Governo dell'Ossola“, statt. Sie bestand aus Vertretern aller den Widerstand tragenden Parteien. Der Sozialist Professor Ettore Tibaldi wurde deren Präsident, er gehörte zu den ersten, die nach der Besetzung seiner Heimat durch die Hitlertruppen im Jahre 1943 an die Organisation des bewaffneten Widerstandskampfes gingen. Die Befreiung des norditalienischen Gebiets Ossola und die Bildung der „Partisanen-Republik“ Ossola gehen auf einen Plan zurück, der unter entscheidender Mitarbeit des Medizinprofessors Tibaldi entstanden war. Neben ihm gehörte zur Regierung der Kommunist Giacomo Roberti, ihm wurde die Zuständigkeit für das Polizeiwesen übertragen, ein parteiunabhängiger Ingenieur wurde Kommissar für den öffentlichen Dienst, Transportwesen und Arbeit; ein Christdemokrat war verantwortlich für die Bereiche Erziehung, Kultur und Fürsorge; ein Liberaler war zuständig für Finanzen, Wirtschaft und Ernährung und ein Sozialist regelte die Beziehungen zu den militärischen Partisanenformationen. Während der 44 Tage der Partisanenrepublik von Ossola wurde kein einziges Todesurteil gefällt, und eine befürchtete Rachejustiz fand auch nicht statt. Am 6. Oktober 1944 wurde Gisella Floreanini als 2. Vertreterin der Kommunisten in die neue Regierung aufgenommen. Sie war verantwortlich für die Verbindung zu den Massenorganisationen und war damit die

erste Frau in der Geschichte Italiens, die einen Ministerposten bekleidete. 1976 fungierte sie in der 3. Regierung Andreottis als erste Ministerin der Republik Italien. Für die Information an die Bevölkerung gab es ein tägliches Informationsbulletin, das „Bollettino Quotidiano di Informazione“, für dessen Inhalt der Kommunist Umberto Terracini verantwortlich war. Er war Mitglied der Gründungsversammlung des PCI und kam zusammen mit Ettore Tibaldi am 10. September 1944 aus der Schweiz nach Domodossola. Am 1. Oktober 1944 hatte der

Oberbefehlshaber in Italien, Generalfeldmarschall Kesselring, den Befehl zu einer ersten „Bandenbekämpfungswoche“ erlassen. Für die obere Verbano-Region bis zur Tessiner Grenze der Schweiz hatten die deutschen faschistischen Verbände die Aufgabe bekommen, den Raum zwischen Lago Maggiore und Schweizer Grenze systematisch zu säubern. Deportationen und Massenerschießungen waren die Folge. Eine Fluchtbewegung Richtung Schweiz von ca. 20 000 Soldaten und Zivilisten setzte ein, die später in der Schweiz – Ironie der Geschichte – interniert wurden. Am Morgen des 10. Oktober 1944 begannen deutsche und italienische faschistische Verbände mit der Hilfe des

SS-Polizei-Regiments 15 von Osten und Süden her die Angriffe auf das Val d'Ossola. Während die Partisanen versuchten, ihre Stellungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verteidigen, arbeitete die provisorische Regierung in Domodossola zunächst weiter. Parallel dazu wurden seit Beginn des deutschen Angriffs Maßnahmen eingeleitet, um Transporte für diejenigen Ossolaner zu organisieren, die sich in der Schweiz in Sicherheit bringen wollten. Die humanitäre Hilfe der Schweizer Genossen und Freunde ist im Tal unvergessen. Zwischen 10 000 und annähernd 35 000 Menschen aus dem Val d'Ossola sollen in der Schweiz Zuflucht gefunden haben. Am 14. Oktober 1944 nahmen deutsche und italienische Faschisten die Stadt Domodossola.

Und heute? Die Helden von 1944 sind bis heute in der Stadt nicht vergessen, so heißt der Rathausvorplatz „Piazza Repubblica dell'Ossola“, der Sitzungssaal des Rathauses wird auch als „Sala Storica della Resistenza“ bezeichnet, an dessen Stirnseite das Porträt von Ettore Tibaldi, dem Präsidenten der „Giunta Provvisoria di Governo dell'Ossola“ prangt. In Glasvitrinen werden die entscheidenden Ereignisse des Widerstands im Ossolatal präsentiert und mit der „Casa 40“ gibt es ein eigenes Informations- und Dokumentationszentrum zur Geschichte der freien Partisanenrepublik.

Jenny Mucchi-Wiegmann (1895–1969) – als Ehefrau von Gabriele Mucchi war sie selbst aktives Mitglied der italienischen Widerstandsbewegung und Mitglied der KPI – schuf 1959 für die gefallenen Partisanen ein Bild, das sich heute in Baselland, in Riehen, befindet, wohin es Gabriele Mucchi als Dank an Schweizer Genossen für deren Unterstützung verschenkt hatte.

Dr. Michael Polster, Berlin

Krankenhausreform in deutschen Landen

Der Gesundheitsminister Lauterbach kündigte 2022 eine umfassende Krankenhausreform an. Diese Reform soll das System der Fallpauschalenfinanzierung „überwinden“. „Mit der Einführung der DRG-Fallpauschalen 2003 hielten marktwirtschaftliche Prinzipien in deutschen Krankenhäusern Einzug. Kassen bezahlten Kliniken nur noch nach Leistungen, zugleich wurden Patienten mit Vorerkrankungen zur Goldgrube. Die Folge waren eine Privatisierungswelle und eine beispiellose Arbeitszeitverdichtung für Ärzte und Pflegekräfte.“¹ Herr Lauterbach war einst einer der größten Unterstützer der Einführung der Fallpauschalen.

Im Zusammenhang mit der Einführung diagnosebezogener Fallpauschalen (DRGs = Diagnosis Related Groups) wurde behauptet, daß dies die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den Kliniken erhöhen und die Kosten senken würde. Bis dahin rechneten die Krankenhäuser ihre Leistungen nach Tagessätzen ab.

Mit dem DRGs-System lassen sich Profite erzielen, wenn ein Patient im Rahmen der Vorgaben behandelt wird. Gestaltet sich die Behandlung eines Patienten aufwendiger als

durch die pauschale Vergütung vorgegeben ist, macht das Krankenhaus Verlust.² Verluste entstehen aber auch durch die stetige Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Krankenhäuser, wie steigende Kosten für Personal, Ausrüstungen, Medikamente, Strom, Wasser, andere Dienstleistungen usw., die in der Vergütung nicht mehr ausreichend dargestellt werden. Genau darin liegt das Problem. Etliche Krankenhäuser waren oder sind in ihrer Existenz gefährdet, Fachabteilungen mußten oder müssen schließen – weil sie sich nicht rechneten oder rechnen.

Zahlreiche Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. „Seit 2020 wurden in Deutschland mindestens 66 Krankenhäuser geschlossen, 22 davon allein im Jahr 2023 – ein deutlicher Anstieg zu den Vorjahren.“ Knapp 5400 Beschäftigte waren von den Schließungen betroffen und mußten sich entweder neue Arbeitsplätze suchen oder schieden ganz aus dem Beruf aus. (1.12.2023)³

Knapp hundert weitere Krankenhäuser sind derzeit akut von Schließungen bedroht, Gleichzeitig haben wir es mit einer paradoxen Entwicklung zu tun. Mit dem Abbau der Krankenhauslandschaft geht ein Prozeß der Privatisierung von Krankenhäusern einher. Auf Grund der finanziellen Schwierigkeiten haben viele Städte und Landkreise, aber auch Bundesländer, ihre Krankenhäuser an private

medizinische Leistungen eingeführt. „Durch eine Vorhaltevergütung sollen bedarfsnotwendige Krankenhäuser künftig weitgehend unabhängig von der Leistungserbringung zu einem relevanten Anteil gesichert werden. Kurzfristig wird die Berechnungsgrundlage für die Bezahlung der Krankenhäuser (Landesbasisfallwert) angepaßt.“⁶

„Um die Qualität der Versorgung zu verbessern, werden Kriterien für 65 Leistungsgruppen (LG) definiert und sämtliche Leistungen der Krankenhäuser eindeutig einer der Leistungsgruppen zugewiesen.“⁷ Mit großer Wahrscheinlichkeit werden Leistungsgruppen ein neues Feld der Auseinandersetzungen um das Überleben von Kliniken. Unter dem Deckmantel der Leistungsgruppen und der „Qualitätsverbesserung der Versorgung durch Spezialisierung“ verfolgt Lauterbach sein altes Konzept. „Jeder weiß, daß wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite, Klinik schließen sollten“, meinte er als SPD-Abgeordneter 2019.⁸ Heute ist er als Minister geschickter und redet von „mehr Qualität“ durch „mehr Spezialisierung“. Wem nützt letztlich die geplante große Reform? Mit der Einführung der „Vorhaltepauschalen“, der partiellen Beibehaltung der Fallpauschalen und der Einführung von Leistungsgruppen werden vornehmlich kleinere, öffentliche und Kliniken in ländlichen Regionen degradiert. Sie werden langfristig weiter in ihrer Existenz bedroht bleiben. „Gewinner“ werden private und große Krankenhäuser sein, auf die die Patientenströme gelenkt werden sollen.

Insbesondere große Klinikkonzerne betrachten die medizinische Versorgung als Geschäft. Ihnen geht es nicht in erster Linie um Daseinsvorsorge im Interesse der Gesellschaft und Patienten. Ihnen geht es vorrangig um maximalen Profit.

In diesem Sinne ist Minister Lauterbach mehr ein „Verweser des deutschen Gesundheitssystems“, der im Land der größten Dämlichkeiten eine Ausbildung auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspolitik genoß. „Von 1989 bis 1992 studierte er an der Harvard School of Public Health, wo er 1990 einen Master of Public Health (MPH) und 1992 einen



Attac-Montage zu Lauterbachs Gesundheitspolitik

oder sogenannte freigemeinnützige Träger verkauft bzw. übergeben. Der Anteil der privaten Krankenhäuser ist gestiegen und der öffentliche Anteil wurde reduziert. „1991 waren noch etwa 46 % aller Kliniken in öffentlicher Trägerschaft.“⁴

Im Jahr 2020 wurden in Deutschland noch 1903 Kliniken gezählt. Davon waren 551 (29 %) öffentliche Krankenhäuser. 732 (38 %) Krankenhäuser befanden sich in privater Hand. 620 (33 %) Kliniken waren freigemeinnützig.

2022 gab es in der Bundesrepublik 1893 Krankenhäuser. Davon waren 756 (40 %) private Einrichtungen. 598 (32 %) Kliniken gehörten freigemeinnützigen Trägern. Nur 539 (28 %) der Krankenhäuser waren noch in öffentlicher Hand.⁵

Die zwei wichtigsten Ziele des „Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes“ sind die Vorhaltevergütung und die Einteilung der Krankenhäuser in Leistungsgruppen. Um die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser zu „verbessern“, wird eine Vorhaltevergütung für Betten, Personal und

1 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/krankenhaus-reform-vorhalte-fallpauschale-lauterbach-100.html>

2 <https://www.aerzteblatt.de/archiv/53507/Auswirkungen-der-DRG-Einfuehrung-Die-oekonomische-Logik-wird-zum-Mass-der-Dinge>

3 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Weiviele+Krankenh%C3%A4user+wurden+2023+Deutschland++geschlossen+>

4 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Wieviele+private+Krankenh%C3%A4user+gabes+2020+in+Deutschland>

5 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankenhaeuser/Tabellen/eckzahlen-krankenhaeuser.html>

6 <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemittellungen/krankenhausreform-kabinett-pm-15-05-24>

7 <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemittellungen/krankenhausreform-kabinett-pm-15-05-24>

8 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=114200>

Master of Science (M.Sc.) in Health Policy and Management erlangte.“⁹

Was meint denn die Gewerkschaft ver.di dazu? Die Zeit drängt. Etliche Krankenhäuser sind in ihrer Existenz gefährdet, Fachabteilungen müssen schließen – weil sie sich nicht rechnen.

Aus ver.di-Sicht darf es nicht sein, daß bedarfsnotwendige Kliniken schließen müssen, noch bevor die Reform greift. Diese Kliniken brauchen kurzfristige, zielgerichtete Hilfe. Und es braucht Geld für Investitionen, um einen sinnvollen Umbau der Kliniklandschaft zu ermöglichen. Dafür wäre der geplante Transformationsfonds von 50 Milliarden Euro wichtig. „Die Hälfte dieser Summe den gesetzlich Versicherten aufzubürden, geht allerdings gar nicht. Bund und Länder müssen die Finanzierung aus Steuermitteln sicherstellen“, fordert Sylvia Bühler, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für die

Gesundheitspolitik.“¹⁰ Nach einem „starken Arm“ im Kampf um den Erhalt und die Verbesserung eines Gesundheitssystems mit guten, ausreichenden Kliniken in der Fläche klingt das nicht!

„Das geplante ‚Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz‘ bringt Versorgungsverschlechterung in der Breite und mehr Profit für große Klinikbetreiber und Gesundheitsdienstleister. Das Mittel der Wahl ist ein systematischer Standortkahltschlag auf Rechnung der Beitragszahler. Noch vor der geordneten Strukturbereinigung leuchtet aktuell eine massive Pleitewelle die Reihen, vor allem auf dem Land. Adäquaten Ersatz vor Ort gibt es in der Regel keinen. Im Notfall steht der Bestatter bereit“, meinte der Journalist Ralf Wurzbacher in einem Kommentar.¹¹

10 <https://www.verdi.de/themen/gesundheit/++co++7445b5ba-8213-11ee-9886-4fd19630906e>

11 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=114200>

Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß Deutschland 2022 nur etwa den 15. Platz in der durchschnittlichen Lebenserwartung (80,7 Jahre) im EU-Raum belegte.

Die höchsten Lebenserwartungen in Europa haben Liechtenstein mit 84,2 Jahren und die Schweiz mit 83,5 Jahren. Sie haben die besten Bedingungen für ein langes Leben, wozu natürlich auch das Gesundheitssystem beiträgt. Übrigens sind beide Staaten nicht Mitglied in der Europäischen Union.¹² Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, daß die geplante Krankenhausreform kein „großer Wurf“ werden wird. Die politischen Prämissen für den deutschen Staatshaushalt (Staatseinnahmen und Staatsausgaben eines Staates) sind eben auf Rüstung und Krieg orientiert und nicht auf die allgemeine Verbesserung des Gesundheits- und Sozialsystems.

Dr. Ulrich Sommerfeld

12 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/954/umfrage/lebenserwartung-bei-geburt-in-ausgewaehlten-laendern-der-europaeischen-region/>

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Lauterbach

Trotz Grundrente: Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt weiter stark an Kein Ausweg aus der Armut

Seit 2021 können niedrige Renten unter engen Voraussetzungen mit einem Zuschlag – der Grundrente – aufgestockt werden. Die ausgezahlten Grundrenten betragen Ende 2022 im Durchschnitt magere 89 Euro für 1,1 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Ursprünglich sollte es einmal für 3 Millionen Menschen Aufstockungen geben.

Haben diese Grundrenten einen Beitrag zur Verminderung von Altersarmut geleistet? Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik (Destatis) belegen: Nein. Die Altersarmut nimmt statt dessen weiter zu.

Im März 2024 betrug die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter 719 330. Das war eine Zunahme von 5 Prozent innerhalb eines Jahres. Diese Anzahl ist noch weit weg von der Realität. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hatte 2019 in einer Untersuchung festgestellt, daß 62 Prozent der Grundsicherungsberechtigten keinen Antrag auf diese Sozialhilfe gestellt hatten. Die Gründe dafür waren vielfältig und nachvollziehbar: Stolz, Scham, Ablehnung des geforderten Abbaus der Ersparnisse und des kleinteiligen Kontrollregimes. Die tatsächliche Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die ein Einkommen unter Sozialhilfeniveau erzielen, läge demnach also bei etwa 1,8 Millionen.

Dann muß unbedingt beachtet werden: Die Armutsschwelle liegt deutlich höher als das absolute Minimum der Grundsicherung. Seit 1984 gilt in der Europäischen Union als armutsgefährdet, wer in einem Einzelhaushalt weniger als 60 Prozent des mittleren

Nettoeinkommens zur Verfügung hat. Das waren im vergangenen Jahr 1314 Euro.

Destatis hat als durchschnittlichen Sozialhilfebedarf 938 Euro ermittelt (Regelsatz 563 Euro plus Miete und Heizungskosten). Zwischen Sozialhilfe und Armutsschwelle liegt eine Differenz von fast 400 Euro. Daß die Sozialhilfe viel zu niedrig berechnet wird, kritisieren die Sozialverbände seit langem. Sie beanstanden, daß der zugrunde gelegte Warenkorb auf angeblich geringere Bedürfnisse von armen Haushalten ausgelegt ist. Die tatsächlichen Bedarfe liegen etwa 250 Euro höher. Der Paritätische Gesamtverband berechnete für 2024 einen Regelbedarf von 813 Euro, zusätzlich kommen die Kosten für Unterkunft und Heizung von 435 Euro und individuelle Stromkosten. Im Ergebnis kommen die Sozialverbände damit auf einen tatsächlich abzudeckenden Regelbedarf, der in Höhe der Armutgefährdungsschwelle liegt.

Die Grundrente kostet 1,1 Milliarden Euro. Im ersten Jahr betrug die Verwaltungskosten 380 Millionen Euro, in den Folgejahren 200 Millionen Euro. Es werden also rund 20 Prozent der Grundrentenkosten für Verwaltung verbraten. Die Kosten der gesamten Rentenversicherung machen gerade einmal 1,5 Prozent der Leistungen aus. Es wird also sehr viel Geld in ein sehr komplexes Berechnungs- und Überprüfungssystem gesteckt, das minimale Verbesserungen für wenige bringt. In keinem Fall wird mit dem Aufstockungsbetrag die Armutgefährdungsschwelle erreicht.

Im Gegenteil erzeugt das Grundrentengesetz absurde Fälle wie diesen: Rentner A. erhält eine Altersrente von 850 Euro. Für ihn wird ein Regelbedarf für die Grundsicherung von 1008 Euro festgestellt. Er hat demnach Anspruch auf Grundsicherung. Da er mehr als 33 Jahre Beiträge geleistet hat, werden von seiner Rente durch Freibeträge nur 474,50 Euro auf die Grundsicherung angerechnet. Im Ergebnis bekommt er einen Grundrentenzuschlag von 533,50 Euro. Zur Verfügung hat er am Ende einen Nettobetrag von 1290 Euro.

Sein Nachbar B. – ebenfalls verrentet – erhält eine Altersrente von 1200 Euro. Damit liegt seine Rente über dem Regelbedarf und er hat keinen Anspruch auf Grundsicherung. Er erfüllt auch nicht die Bedingungen für einen Grundrentenzuschlag. Die Rentenversicherung zieht noch 11 Prozent Sozialversicherungsbeiträge ab, so daß ihm am Ende 1068 Euro verbleiben.

Obwohl Rentner B. eine um 350 Euro höhere Rente erhält als Nachbar A., hat er 222 Euro monatliches Einkommen weniger zur Verfügung. Das ist einfach absurd.

Statt der teuren Grundsicherungs- und Grundrentenverrenkungen liegt eine einfache und wirklich armutsvermeidende Lösung auf der Hand: Die Einführung einer Mindestrente, die stets über der Armutgefährdungsschwelle liegt. Das wären aktuell 1320 Euro netto.

Reiner Heysse

Aus: UZ vom 12. Juli 2024

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Das „Kommunistische Manifest“ und die Kritik der bürgerlichen Ideologie

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

28. Februar 1972

Jedem, der das „Manifest“ zur Hand nimmt, fällt auf: Es ist von der ersten bis zur letzten Zeile eine antikapitalistische und antibürgerliche Streitschrift. Wie in allen Perioden der Herausbildung und Entwicklung der Weltanschauung der Arbeiterklasse – von den Anfängen in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis hin zu den theoretischen Leistungen in der Gegenwart – vollzieht sich auch in ihrer erstmalig klassischen Darlegung, im „Kommunistischen Manifest“, der Erkenntnisfortschritt in Gestalt einer schonungslosen Kritik an Ideologie und Praxis der Kapitalistenklasse.

Das kann auch gar nicht anders sein: Gerade weil die theoretischen Sätze der Kommunisten, wie Marx und Engels im „Manifest“ betonen, „nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung (sind)“¹, gerade deshalb, als objektiv wahre Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, müssen sie den scharfen und unveröhnlichen Gegensatz der Lebensinteressen der Arbeiter zur ganzen alten Welt des Kapitalismus ausdrücken – den durch nichts zu überbrückenden Gegensatz zu den im Kapitalismus herrschenden Eigentumsverhältnissen, politischen Einrichtungen und natürlich auch zur in ihm herrschenden bürgerlichen Ideologie und Moral.

Um gleich zu Beginn einige im „Manifest“ tiefgründig und unwiderlegbar entwickelte Kernpunkte dieses radikalen Gegensatzes zwischen der Ideologie des Kapitalismus und der kommunistischen Weltanschauung herauszuheben, nenne ich das Folgende:

- Gegen den falschen, unhistorischen, undialektischen und seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auch längst durch die gesellschaftliche Praxis widerlegten Standpunkt bürgerlicher Ideologie, daß der Kapitalismus eine „ewige“, „naturgemäße“, gar auch „gottgewollte“ Ordnung sei, setzt das „Manifest“ die wissenschaftliche Einsicht in die objektiven Bedingungen und subjektiven Faktoren seines notwendigen Untergangs.²
- Gegen die verlogene und apologetische Anschauung, daß der Kapitalismus – und die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt – von Haus aus eine harmonische Ordnung sei, höchstens durch ein paar unzufriedene Aufwiegler oder durch des „Böse“ im Menschen

überhaupt, seinen Neid, seine inneren Aggressionstrieb ab und an in Unordnung gebracht, begründet das „Manifest“, daß alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist und der unaufhebbare Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sich im unvermeidbaren Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausdrückt.³

– Gegen die ebenso menschenverachtende wie heuchlerische bürgerliche Auffassung, daß es nun mal in der Natur der gesellschaftlichen Dinge liege, wenn die einen – die „Tüchtigen“, die „Denkenden“, die „Elite“ (sprich die kapitalbesitzende Minderheit) – herrschen und die anderen – die weniger „Tüchtigen“, weniger „Begabten“, die „Masse“ (sprich die ausgebeutete Mehrheit im Kapitalismus) – eben beherrscht und regiert werden müßten, damit die Gesellschaft vorankomme, weist das „Manifest“ nach, daß die Arbeiterklasse, von den Fesseln des Kapitals befreit, zum wahrhaft weltgeschichtlichen Schöpferum befähigt ist, nämlich die von Ausbeutung, Krisen und Krieg freie Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus aufzubauen.⁴

– Gegen die gleichfalls nicht bloß utopische, sondern auch zutiefst bürgerlich-apologetische Idee – mit der sich der Opportunismus schon seit der Jahrhundertwende hervortat und die heute in vielen Varianten vom Sozialdemokratismus verbreitet wird –, daß nämlich die augenfälligsten Gebrechen und die schreiendsten sozialen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus durch eine Serie von Reformen zu mildern seien und sich der Kapitalismus so unter der Hand in eine „neue“ Gesellschaft verwandle, gegen diesen ganzen lügnischen Sozialreformismus beweist das „Manifest“ klipp und klar: Der Kapitalismus, die Profitwirtschaft, die kapitalistische Ausbeutung, die Unterdrückung und Erniedrigung des arbeitenden Menschen durch eine Handvoll von Großkapitalisten, dieses ganze schmutz- und bluttriefende System der kapitalistischen Wolfsgesetze kann nur durch eine soziale Revolution, nur durch den revolutionären Klassenkampf der Arbeiter unter der Führung ihres Vortrupps, der Partei, gesprengt und durch eine neue, höhere Gesellschaftsordnung ersetzt werden.⁵

– Gegen die von der bürgerlichen Ideologie seit eh und je und auch in der Gegenwart so vielfältig – nicht zuletzt auch vom

Sozialdemokratismus – verbreitete Vorstellung, daß der kapitalistische Staat ein Sachwalter des „Gemeinwohls“, Garant des „Interessenausgleichs“, fürsorglicher Wohltäter aller Individuen und Gruppen der bürgerlichen Gesellschaft sei – die Arbeiterklasse folglich gar nicht gegen die bestehenden politischen Gewalten zu rebellieren brauche – macht das „Kommunistische Manifest“ klar: Das Proletariat muß sich zur herrschenden Klasse erheben, damit die wirkliche Demokratie erkämpfen, die politische Macht in ihre eignen Hände nehmen, um mit dem Herrschaftsinstrument dieses ihres neuen Staates die sozialistische Umwälzung planmäßig zu vollziehen.⁶

Neben diesen und einer Reihe weiterer, übergreifender Fragen, in denen die bürgerliche Ideologie indirekt, durch wissenschaftliche Klarstellung des gegensätzlichen Standpunktes der Arbeiterklasse widerlegt wird, nimmt das „Manifest der Kommunistischen Partei“ in den folgenden beiden Richtungen ausdrücklich und direkt gegen die bürgerliche Ideologie Stellung: Zum einen faßt es den theoretischen und politischen Gegensatz des wissenschaftlichen Kommunismus zu verschiedenen Erscheinungsformen des utopischen bzw. Pseudosozialismus im Abschnitt III zusammen. Er ist überschrieben mit „Sozialistische und kommunistische Literatur“ und enthält eine Fülle noch immer gültiger Argumente gegen scheinkommunistische Theorien der Gegenwart.

Zum anderen widerlegen Karl Marx und Friedrich Engels jene Anwürfe gegen den Kommunismus, mit denen sich die Reaktion der damaligen Zeit zu Wort meldete. Die Autoren des „Manifests“ führen uns dabei so etwas wie das Urbild allen, auch des gegenwärtigen, Antikommunismus vor Augen. Sie enthüllen die ihm zugrundeliegende bürgerliche Ideologie als eine Ideologie der Rechtfertigung des Kapitalismus und der Feindschaft gegen die Arbeiterklasse. Sie machen jenes Grundgerüst an falschen Anschauungen sichtbar, auf dem sich jede Art bürgerlicher Ideologie als verkehrtes, kapitalistisches Bewußtsein aufbaut. Welche Anwürfe des „klassischen“ – und noch immer praktizierten – Antikommunismus weisen also Marx und Engels im „Manifest“ in die Schranken des Klassensubjektivismus der bürgerlichen Ideologie? Da ist als oberste und alle Seiten des kapitalistischen Bewußtseins

durchdringende Frage die nach dem kapitalistischen Privateigentum: „Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben ... Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt ... Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen. Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht.“⁷ Selbstredend geht es hier nicht um Eigentum an Dingen des persönlichen Bedarfs – wie der platteste Antikommunismus auch heute noch weismachen will –, sondern um das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, den Fabriken, Maschinen, den Bodenschätzen usw. Der reale Sozialismus hat in der Praxis bewiesen: Die Arbeiter kommen ohne Kapitalisten viel besser aus! Auf der Basis der vergesellschafteten Produktionsmittel gestalten sie die ökonomische, politische und kulturelle Entwicklung zum Wohle des ganzen Volkes. Umgekehrt ist das anders: Die Kapitalisten kommen ohne die Arbeiter nicht aus. Ist ihnen mit den Produktionsmitteln die Möglichkeit der Ausbeutung fremder Arbeit genommen, hat für ihre Klasse die Totenglocke geschlagen. Mit der Beseitigung des privatkapitalistischen Eigentums, so lamentierten die damaligen Antikommunisten – und in dasselbe Horn stoßen auch ihre heutigen Nachfahren, in welcher offenen imperialistischen oder opportunistisch sozialreformerischen Spielart auch immer – würden die Persönlichkeit und die Freiheit aufgehoben. Mit Recht fürchten das die Kapitalisten, antworten Marx und Engels, und sie

fahren dann fort: „Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit.“⁸ Im bürgerlichen Klassenverstand bedeutet Persönlichkeit zunächst, Kapitalist zu sein; Freiheit und Selbständigkeit, das ist innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, wie das „Manifest“ zeigt, zunächst nichts anderes als der freie Handel, der freie Kauf und Verkauf, der freie Schacher.⁹ Wir können dies auch so fassen: Freiheit – das ist für die herrschende Klasse im Kapitalismus die Möglichkeit der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Der Arbeiter hat im wesentlichen die „Freiheit“, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen; und er muß dies, weil er „frei“, d. h. getrennt von den Produktionsmitteln ist, die ja dem Kapitalisten gehören. Die wirkliche Freiheit für den arbeitenden Menschen, nämlich seinen Arbeits- und Lebensprozeß sachkundig und planvoll selbst zu bestimmen, ihn in Übereinstimmung mit objektiven sozialen Gesetzen bewußt zu beherrschen, beginnt genau dann, wenn das kapitalistische Produktionsverhältnis und die darauf ruhende Bourgeoisfreiheit revolutionär aufgehoben sind. Was schließlich den Vorwurf anlangt, die Kommunisten wollten das Vaterland und die Nation abschaffen, so stellen Marx und Engels vor allem die folgenden Sachverhalte klar – sie sind beide von eminenter Bedeutung für das Verständnis des internationalistischen Charakters der kommunistischen Weltanschauung und für die treffsichere Widerlegung heutiger nationalistischer Demagogie: 1. Das Vaterland der Kapitalisten ist nicht Vaterland der Arbeiter. Die kapitalistische Nation ist nichts anderes als ein politischer Bewegungsraum und eine Organisationsform der Kapitalherrschaft. 2. Wenn das Proletariat die politische Macht erobert, erhebt es sich zur nationalen Klasse, entsteht ein geschichtlich neuer Typ von

Nation, die sozialistische Nation.¹⁰ Diese aber ist von Anbeginn Teil der internationalistischen Entfaltung der kommunistischen Bewegung, sie entwickelt sich, blüht und gedeiht als Glied einer historisch neuen Gemeinschaft von Völkern und Staaten, der Gemeinschaft der sozialistischen Länder.

Literaturhinweise

- 1) MEW, Bd. 4, S. 475
- 2) Vgl. hierzu etwa ebenda, S. 467/468, 473/474
- 3) Vgl. ebenda, S. 462/463
- 4) Vgl. z. B. ebenda, S. 482
- 5) Vgl. ebenda, S. 492/493
- 6) Vgl. ebenda, S. 474, 481
- 7) Ebenda, S. 477
- 8) Ebenda, S. 476

Buchtipps

- 100 Jahre „Manifest der Kommunistischen Partei“. SWA-Verlag, Berlin 1948
 Hermann Duncker: Das Manifest der Kommunistischen Partei, das wissenschaftliche Programm der internationalen Arbeiterbewegung. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1974
 Friedrich Lessner: Ich brachte das Kommunistische Manifest zum Drucker. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1975
 Ro Marcenaro: Ein Gespenst geht um in Europa (Comic). Weismann-Verlag, München 1976
 Eine Welt gewinnen. Erlebtes und Erkanntes zum Kommunistischen Manifest. Illustrationen: Herbert Sandberg. Kinderbuchverlag, Berlin/DDR 1981
 Renate Merkel: Einführung in Marx' und Engels' Schrift Manifest der Kommunistischen Partei. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1982
 Stefan Siegert: Karl Marx geht um. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1983
 Rius: Das illustrierte Kommunistische Manifest (Comic). Weltkreis-Verlag, Dortmund 1984
 Kommunistisches Manifest passé? Marxismus im 21. Jahrhundert. Pahl-Rugenstein, Köln 1999

Kommunistische Partei Britanniens verurteilt rechtsextreme Angriffe scharf

In einer Stellungnahme hat die Kommunistische Partei Britanniens (CPB) die im Sommer inszenierten rassistischen und islamfeindlichen Angriffe durch rechtsextreme Gruppen auf Gemeinschaften, Migrantinnen und Migranten sowie gegen Flüchtlinge im ganzen Land verurteilt. Diese Angriffe seien „geplant von einer Reihe rechtsextremer Anführer, Kommentatoren und Organisationen“ und stellten eine „rechtsextreme Offensive“ dar. Die CPB macht deutlich, daß die Wurzeln dieser Offensive tief in der Gesellschaft verankert sind und durch die „Mainstreammedien, Politiker und andere“ genährt werden, die nichts gegen die Ursachen des Rassismus in Großbritannien unternehmen. Im Gegenteil: Ihre „anti-immigrantische Rhetorik“ habe den Rechtsextremisten über Jahre hinweg eine Plattform geboten, auf der sie sich entfalten konnten. Die Partei kritisiert das Versagen der Polizei, die betroffenen Gemeinschaften zu schützen, und ruft die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung dazu auf, sich nicht „am Spielfeldrand“ aufzuhalten. „Wir müssen uns kollektiv organisieren, um unsere Gemeinschaften zu

verteidigen“, heißt es in der Stellungnahme. (...)

Die Partei verurteilt die „rassistische Spaltungs- und Herrschaftspolitik“ der herrschenden Klasse scharf, die darauf abzielt, die arbeitende Bevölkerung von den wahren Ursachen ihrer Probleme abzulenken – dem Kapitalismus – und die verwundbarsten Menschen zum Sündenbock zu machen. „Nach 14 Jahren Kürzungen, ohne Ende in Sicht, und weiteren Kürzungen unter Starmer's neuer Labour-Regierung, stagnierenden Löhnen und sinkenden Lebensbedingungen, ist klar, daß der Kapitalismus nicht einmal die Grundbedürfnisse eines würdigen Lebens für die Masse der arbeitenden Menschen erfüllen kann.“

Die CPB betont, daß nicht die Migranten, sondern „diese Kürzungen verantwortlich für die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen“ seien. Ebenso seien „Großunternehmen und multinationale Konzerne verantwortlich für Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne“ und „Immobilienpekulanten und Vermieter verantwortlich für den Mangel an Wohnraum“.

Die Partei lobt die „Aktionen der lokalen Bevölkerung und der Antirassisten, die sich gegen die rechtsextremen Gruppen gestellt haben“ und begrüßt die Erklärungen zahlreicher Gewerkschaften. Diese Aktionen gäben Hoffnung, daß eine „Vereinigte Front“ aufgebaut werden könne, die nicht nur den Rechtsextremismus auf den Straßen bekämpft, sondern auch reale Veränderungen für die arbeitende Bevölkerung erreicht. Die CPB betont, daß der wahre Schuldige und das Ziel unseres Kampfes der Kapitalismus sei. Die Partei wird weiterhin eng mit Organisationen wie der Indian Workers Association, dem Bangladeshi Workers Council, Caribbean Labour Socialism und Jewish Voice for Labour zusammenarbeiten, um gut recherchierte Forderungen für antirassistische Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetze zu entwickeln. Sie begrüßt auch die Arbeit von „Stand up to Racism“ und der „Liberation Movement“ im Kampf gegen Rassismus sowie die Berichterstattung der „Morning Star“, die sich standhaft gegen den Rechtsextremismus stellt.

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 8.8.24

„RotFuchs“-Veranstaltungen im September

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 5. September, um 16 Uhr spricht Egon Krenz zum Thema: **75. Jahrestag – was bleibt von der DDR?**
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Bernau

Zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus am Sonntag, dem 8. September, 10.30 Uhr, laden die „RotFuchs“-Regionalgruppe und der Arbeitskreis Gedenken des Territorialen Bündnisses Bernau zum öffentlichen **Gedenken an die Schutzhäftlinge des KZ Oranienburg ein.**
Ort: OdF-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 13. September, um 15 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?**
Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 14. September, um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Die Reaktionen der russischen Föderation auf das Manöver Steadfast Defender 2024**
Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 17. September, um 18 Uhr spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich?**
Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 17. September, um 15 Uhr spricht Rudenz Schramm, ehem. Direktor des Steintor-Varietes Halle, zum Thema: **Kunst und Kultur im politischen Spannungsfeld**
Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 19. September, um 15 Uhr spricht die Historikerin Dr. Susanne Willems zum Thema: **Warum haben rechte Parteien in Europa großen Zulauf?**
Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 21. September, um 10 Uhr Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR
Ort: : Filmtheater Schauburg, Königsbrücker Straße 55, 01099 Dresden

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 21. September, um 10 Uhr: Lesung und Diskussion mit dem Journalisten und Buchautor Patrik Baab zu seinem Buch: **„Auf beiden Seiten der Front: Meine Reisen in die Ukraine“**
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthershagen

■ Regionalgruppe Teterow

Am Dienstag, dem 24. September, um 15 Uhr spricht Prof. Nina Hager (Physikerin, Philosophin, Journalistin) zum Thema: **Militarismus des Weltraums – ein gefährlicher Eskalationsprozeß**
Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 25. September, um 18 Uhr spricht Prof. Dr. Ekkehard Lieberam zum Thema: **Auswertung der Landtagswahlen**
Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 28. September, um 10 Uhr: **Auswertung der Wahl zum Sächsischen Landtag. Möglichkeiten des Zusammenwirkens zwischen PDL und BSW**
 Gesprächspartner: Rico Gebhardt, Die Linke, (langjähriger Fraktionsvorsitzender) BSW (angefragt)
Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 28. September, um 10 Uhr spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt) zum Thema: **Das Grundgesetz der BRD und die Verfassung der DDR**
Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e.V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

VERANSTALTUNGEN OKTOBER 2024

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 5. Oktober, um 10 Uhr: **Kulturveranstaltung zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR mit Dr. Hartmut König**
Ort: Stadtteilbegegnungszentrum (SBZ) Toitenwinkel, Olof-Palme-Straße 26, 18147 Rostock

Einladung

Der geschäftsführende Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. beruft die **XI. Gesamtmitgliederversammlung** zum **Sonnabend, dem 19. Oktober 2024**, ein.

Ort: Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin-Friedrichshain

Musikalischer Auftakt: „RotFuchs“-Singegruppe

Beginn: 10 Uhr

Abschluß: 15 Uhr

Tagesordnung:

- Berichte für die abgelaufene Wahlperiode des Vorstandes, des Schatzmeisters und der Revisionskommission
- Aussprache / Gedankenaustausch zur weiteren Arbeitsfähigkeit des Vereins
- Neuwahl des geschäftsführenden Vorstandes und der Revisionskommission

Mittagspause (mit Versorgung)

Kulturprogramm: Anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der DDR hat Hartmut König ein Programm aus alten und neuen Songs zusammengestellt.

Um die Versorgung gewährleisten zu können, bitten wir um Teilnahmemeldung bis zum **30. September** an Wolfgang Dockhorn, Tel. 030-24 26 73, Mail: wdockhorn@t-online.de



NEIN zur Raketenstationierung!

Mir geht es heute wie Heinrich Heine vor 181 Jahren: „Denk' ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht ...“ Die Gründe dafür sind hochaktuell, haben doch die USA beschlossen, Tomahawk-Raketen ab 2026 und SM6-Mehrzweckraketen mit einer Reichweite von 3000 km in der BRD zu stationieren. Begründet wird das mit einer angeblichen militärischen Bedrohung durch Rußland und China.

Mit dieser angekündigten Raketenstationierung verschärft sich das atomare Risiko im Konfliktfall enorm.

Einer Meinungsumfrage zufolge ist die ostdeutsche Bevölkerung mehrheitlich gegen die Stationierung von neuen weitreichenden US-Raketen auf deutschem Boden. Ironie der Geschichte: 1981 beteiligte sich Olaf Scholz noch an der großen Demo in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschuß zur Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa. Heute, als Bundeskanzler, konnte er nicht tief genug seinen Diener vor Washingtons neuem Plan machen.

Ihm und seiner Entourage ist dringend zu empfehlen, die Warnung Bertolt Brechts, die dieser schon 1951 niederschrieb, ernst zu nehmen: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten, es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“ Seine Worte haben heute eine Bedeutung wie nie zuvor. Deshalb nochmals ein absolutes NEIN zur Raketenstationierung 2026!

Joachim Zappe, Petershagen-Eggersdorf

Wer ist der Kriegstreiber?

Daß es zur jetzigen Situation gekommen ist, hat eine lange Vorgeschichte. Schon Zbigniew Brzezinski hob in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ – ist das nicht schon ein anmaßender Titel? – die Bedeutung der Ukraine, sowohl für Rußland wie auch für die USA, hervor. Ein ganz wesentliches Ziel der US-Außenpolitik war und ist es zu verhindern, daß Deutschland und Rußland kooperative Beziehungen entwickeln, das wäre der wirtschaftliche Ruin der USA. Zudem geht es um den Zutritt zu Rußlands Ressourcen und deren Ausbeutung. Natürlich läßt Rußland sich nicht kolonialisieren. So hat der Westen den Krieg gegen Rußland ins Visier genommen. Und da die Ukraine eine Schlüsselstellung einnimmt, wurde sie seit Jahren vom Westen in Stellung gebracht. Meine Haltung: Ich hasse jeden Krieg, egal von welcher Seite, das Menschenleid und -sterben ist furchtbar! Jedoch muß man auch hinter die Kulissen schauen. Die US-Außenpolitik setzt nur auf Destabilisierung und letztlich militärische Gewalt, über 800 militärische Stützpunkte weltweit bezeugen das. Der italienische Philosoph und Diplomat N. Machiavelli (1469–1527) hat nach seinen historischen Studien, vor allem über Kriege, folgende Aussage getroffen: „Nicht wer zuerst die Waffen ergreift, ist Stifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.“ Paradebeispiel aus der deutschen Geschichte: Die Manipulierung der Emser Depesche

durch Bismarck führte 1870 zum Krieg Frankreichs gegen Deutschland. Bismarck wollte zwar diesen Krieg, jedoch nicht als Angreifer fungieren. Er schob diese Rolle Napoleon III. zu und nötigte ihn damit zum Angriff. Im heutigen Fall ist es nicht anders: Greuelthaten der ukrainischen Regierung gegen die ethnische russische Bevölkerung, über die wir bei uns nie etwas erfuhren, nötigten Putin quasi zu diesem Schritt. So hatte der Westen seinen Krieg, den er haben wollte und den er auch nicht beenden will. Die Minsker Abkommen waren nur Hinhaltetaktik, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu haben (von Ex-Kanzlerin Merkel zugegeben), und auch die Torpedierung des Abkommens Ende März/Anfang April '22, das Selenskyj und Putin gemeinsam ausgehandelt haben, unterstreicht die westliche Linie, den Krieg nicht zu beenden, sondern fortzusetzen. Bis zu welchem Ende?

Wolfgang Mengel, Stralsund

NATO marschiert zum 3. Weltkrieg

Beim heutigen Kriegsgeschehen in der Ukraine, Israel und anderswo gerät das Wissen um die Ursachen und Verursacher von Kriegen schnell aus dem Blick. Ich will deshalb an Zbigniew Brzezinskis 1997 veröffentlichte Buch „Die einzige Weltmacht“ erinnern, der erklärte, daß die Voraussetzung für eine globale Vormachtstellung die Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent ist. Und zwar einfach deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75 Prozent der Weltbevölkerung leben und der drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen beherbergt. Dazu kommen enorme andere natürliche Reichtümer.

Aufgrund der Größe des Kontinents sieht der amerikanische Stratege die Lösung der Situation in der endgültigen Zerstörung des russischen Staates durch eine territoriale Aufspaltung.

Brzezinski betrachtete die Beherrschung der Ukraine und des Schwarzen Meeres als Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen.

Der inszenierte Putsch in der Ukraine 2014 war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Er bedeutete einen massiven Vorstoß in die russische Einflußsphäre und ist auf die ökonomische und militärische Schwächung Rußland gerichtet.

Die territoriale Entfernung der USA von Eurasien macht eine Beherrschung ihres „Traumkontinents“ nur möglich, wenn eine abhängige Regionalmacht, wie Israel im Nahen Osten oder die EU in Europa, eine „Statthalterfunktion“ übernimmt.

Die führenden Länder dieser EU haben bereitwillig die Vasallenrolle angenommen, selbst zum Preis eigener Verluste. Die EU wird nicht nur durch die Sanktionen gegen Rußland geschwächt, sondern auch durch den Zwang zur Übernahme der enormen Kosten des Ukraine-Abenteuers.

Die meisten Politiker der EU wollen in ihrer Vasallentreue nicht erkennen, daß ihre Länder im großen Plan der USA, Rußland zu besiegen, nur Opfertiere sind, wie die Ukraine selbst.

You-Tube-Video „Голос разума“ vom 16.8.24

Scott Ritter zitiert Medwedjew zum Kursküberfall der NATO (gekürzt)

Der von NATO-Generalen geplante Überfall wurde über Monate vorbereitet und nach NATO-Taktik und mit US-Datensicherstellung durchgeführt. Die dort eingesetzten Kampfbrigaden wurden mit zurückgehaltenem westlichen Material ausgerüstet, und es nahm ein ungewöhnlich großer Anteil von Söldnern aus den USA, Polen, Frankreich und GB an der Blitzoperation teil. Es handelte sich dabei um die strategische Reserve der Ukraine. Anfangsziele waren die Erdgasstation und das AKW sowie die Verunsicherung der russischen Bevölkerung. Später sollten die dortigen russischen Truppen militärisch besiegt werden, um Rußland einen Diktatfrieden aufzwingen zu können.

Zunächst verzeichnete die Ukraine einen kurzzeitigen begrenzten Sieg (erobertes Territorium von 12 x 40 km), der mit über 2000 außer Kraft gesetzten Soldaten und mit dem bisherigen Verlust von 40 % der westlichen Waffen erkauf werden mußte. Hier werden die Elitetruppen der NATO und der Ukraine verheizt, die an der langen Front fehlen. Parallel beschleunigt die RF ihre Angriffe und erzielt Landgewinne an den Donbass-, Charkow- u. a. Fronten (5 bis 10 km täglich).

Aus der analysierten Situation zogen beide Gesprächspartner folgende gemeinsame Schlußfolgerungen:

Die NATO befindet sich, nachdem sie den Überfall vorbereitet hatte, nun in der RF. Die RF ist gezwungen, darauf, ohne einen regionalen Krieg zuzulassen, zu antworten, d.h., die NATO-Truppen aus dem Land zu schmeißen, die Entmilitarisierung der gesamten Ukraine zu vollziehen und solche Städte wie Odessa, Saporischija, Charkow und Sumy zu befreien. Die vor Kursk gemachten Friedensvorschläge Putins sind vom Tisch und Selenskyj wird als Verhandlender nicht mehr akzeptiert.

*Übersetzung aus dem Russischen:
Gerhard Giese*

Vergessen ist die Charta von Paris im November 1990: „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“ Trotz der NATO-Erklärung, keine direkte Konfrontation mit Rußland zu wollen, tut sie alles, um genau diese vorzubereiten.

Friedensbemühungen sind nicht zu erkennen. Immer mehr moderne Waffen werden an die Ukraine geliefert, russisches Gebiet wird gezielt beschossen, einschließlich Radaranlagen zur Abwehr von Atomraketen. Häufigkeit und Umfang von NATO-Manövern nehmen zu. Die militärische Präsenz an Rußlands Grenzen wird forciert. Geplant ist die Stationierung von US-Langstreckenraketen in Deutschland. Die immer intensivere Eskalation des Krieges in der Ukraine fördert Schritte in einen dritten Weltkrieg, der – findet er statt – ein atomarer wird. Um das zu verhindern, muß der Krieg in der Ukraine schnell beendet werden und der Weg zu Verhandlungen freigemacht werden. Dazu ist die NATO gegenwärtig nicht bereit.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Kriege im Nuklearzeitalter

Kriege im Nuklearzeitalter sind das Ende jeglicher Politik, war eine Erkenntnis noch in den 80er Jahren. Hat sich bis heute daran etwas geändert? Es sind seitdem durch den Westen, an der Spitze dabei stets die USA, viele Kriege geführt worden, und seit 1998 auch wieder mit Beteiligung von Deutschland. Die Nuklearwaffen sind aber nicht verschwunden.

Diese Kriege sind von Staaten, die im Besitz von Nuklearwaffen sind, gegen solche Länder geführt worden, die keine solche Waffen haben, auch wenn ihnen dies teilweise als Grund für den Überfall der USA unterstellt worden war. Kriege blieben also führbar, weil vom Westen auf den Einsatz von nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen weitgehend verzichtet wurde und sich keine Parteien mit solchen im Krieg gegenüberstanden. Im Ukraine-Konflikt steuert der Westen nunmehr auf die nicht mehr für möglich gehaltene Option zu, daß der Westen Rußland gegenübersteht und Nuklearwaffen zum Einsatz kommen. Der Vorwand ist der alte und immer gleiche: Der Russe ist schuld, der kommt und will den Westen überfallen, nach Gefühl des deutschen „Verteidigungsministers“ schon in fünf Jahren. Denn, so scheinbar die Logik: Der „durch nichts zu rechtfertigende, verbrecherische Angriffskrieg“ Rußlands gegen die Ukraine würde ja schon laufen.

Das ist die Umkehrung der Geschichte, das Lügen durch Weglassen von Tatsachen, wirkungsvoll wie nie, trotz vorhandener Möglichkeiten für alle, es besser wissen zu können. Aber es paßt nicht in das Narrativ der Gläubigen und Kriegsgewinnler, zu sehen, daß alles ganz anders war, was dazu führte, wie es gekommen ist. Waren es vielleicht Russen, die sich seit 2014 (Donbass-Bombardierung) verteidigten, und war es der Westen, der mit den Vertragsbrüchen den Eingriff Rußlands in den Krieg rechtfertigte, und sind Terror (Nord Stream) und Verbrechen (MH-17, Butscha u.v.a.m.) doch vom Westen und seinen Vasallen zu verantworten? Und

haben nicht Russen gezeigt, wie demokratisch Wandel erfolgt (Krim, Donbass-Republiken), anstatt mit Bomben (Belgrad) und Krieg (Kosovo, Zerschlagung Jugoslawiens) und Abspaltungen per „Anerkennung“ neue Tatsachen zu schaffen?

Falls dies alles noch einmal gut ausgehen sollte, wird vielleicht allmählich die Erkenntnis möglich, daß Rußland das Schlimmste noch einmal verhüten konnte, wenn auch unter großen Opfern und Verlusten durch die Zerschlagung eines der brutalsten, vom Westen am Leben erhaltenen Regime der Neuzeit. Dessen wirkliche Verbrechen sind in Menge und Ausmaß noch gar nicht bekannt. Und durch die Lektion an den Westen, daß Krieg gegen Rußland keine Lösung bringen wird, übrigens auch nicht gegen China, wird vielleicht dauerhaft ohne Krieg Politik möglich, allerdings nur, wenn Gewinnerzielung mit Waffen und Krieg weltweit verboten und verhindert werden.

Ob die Gier und die Dummheit von viel zu großen Teilen der Völker des Westens je von den Russen verziehen werden und sich doch noch eine Freundschaft zwischen allen Ländern des eurasischen Kontinents und dadurch dauerhafter Frieden herausbilden kann, bleibt abzuwarten, wird aber wohl die einzige Möglichkeit dafür sein. Ich würde gern jetzt schon zu einem Freundschaftstreffen mit den Völkern Rußlands, Weißrußlands, der Ukraine und denen aller anderen interessierten Länder einladen; so wie das in der DDR in schöner und selbstverständlicher Regel mit der Jugend und den Menschen aus der Sowjetunion gegeben hat.

Renato Lorenz, Berlin

Deutsches Sendungsbewußtsein

Ein regelrechtes Trommelfeuer kaum vorstellbarer Aufwendungen für neues und immer effizienteres Tötungswerkzeug erschlägt jedwede rationale Erwägung. Eine jüngere, von keinerlei Traumata der Vergangenheit belastete Politikergeneration zeigt „Stärke“, angefeuert von diversen politischen Lobbyisten des Wachstums der Waffenhersteller inkl. ihres Rohstoffhungers sowie zahlloser Verästelungen der dazugehörigen Technologien. Zu dieser Art „Landesverteidigung“ im Ausland wird ungeniert Steuergeld verausgabt. Die bewußte Provokation der Stationierung von 5000 deutschen Soldaten in Litauen mit z. Zt. noch unkalkulierbaren zweistelligen Milliardenkosten ist ein Höhepunkt des wieder erwachten deutschen Sendungsbewußtseins. Der unselige präsidiale Pastor Gauck nannte das „Verantwortung“.

Westliche Deutungshoheit verwendet gern Begriffe wie „regelbasierte Weltordnung“ und verschleierte so, daß Globalisierung im Kern nur die Fortsetzung alter kolonialer Strukturen bedeutet. Allerdings haben das in Zeiten knapper werdender Ressourcen und Rückwirkungen auf das Klima eine wachsende Anzahl von Staaten erkannt. Sie müssen im Notfall auch militärisch in Schach gehalten werden können. Das besonders widerwärtige Foto des lachenden Herrn Scholz, der permanent im Panzer, Bombenflugzeug, in

neu eröffneten Munitionsfabriken und mit schwerstbewaffnetem Elitepersonal abgelichtet wird, soll uns ob der Bedrohung unseres friedlichen Vaterlandes durch finstere Gestalten in Sicherheit wiegen. Außerdem: Bei dieser Gelegenheit lernt der Wehrdienstverweigerer Olaf Scholz das Militär etwas besser kennen ... Zur strammen Haltung betreffs Befeuerung des Krieges Ukraine/Rußland trug kürzlich der ehemalige Außenminister Sigmar Gabriel (Mitglied der einstigen Arbeiterpartei SPD) mit einer besonders vielsagenden Äußerung bei: „Die Russen müssen lernen zu verlieren, so wie wir 1945.“ Als erster maßgeblicher BRD-Politiker wagte Richard v. Weizsäcker 1985 dagegen von Befreiung Deutschlands durch die Sowjetarmee zu sprechen und wurde dafür angefeindet.

Bildungspolitische Indoktrinisierung und Geschichtsverfälschung heute haben Hochkonjunktur. Daß die Sieger der Systemkonkurrenz nach der sogenannten Wende Geschichte umschreiben, war absehbar, aber diese Skrupellosigkeit, die ihre Wirkung besonders auf junge Menschen nicht verfehlt, habe ich nicht für möglich gehalten.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Steinmeier bittet um Vergebung

Aufrichtige Demokraten, die sich dem antifaschistischen Erbes verpflichtet fühlen, werden immer der 6 Millionen polnischen Toten des verbrecherisch-fanatischen deutschen Angriffskrieges und besonders der über 200 000 Toten des Warschauer Aufstandes in Aufrichtigkeit gedenken. Erst nach 80 Jahren der blutigen Niederschlagung und barbarischen Vernichtung eines Großteils von Warschau bittet der Bundespräsident Steinmeier recht salbungsvoll um Vergebung. Wortreich und wohl ohne Skrupel und im Bewußtsein, daß die verflossenen Jahre den Mantel des Vergessens über das bundesdeutsche Versagen einer antifaschistischen Aufarbeitung in Deutschland ausgebreitet haben, hat sein Auftritt etwas zutiefst Heuchlerisches. Dabei verblüfft die zur Schau gestellte Naivität, die von gewollter Geschichtsvergessenheit wie auch von enormem Unwissen zeugt, was auf das Erinnerungs- und Bildungsniveau in der BRD hinweist.

In den drei Westzonen und später in der BRD wurden mehrheitlich die alten Beamten im staatlichen Machtapparat übernommen. Exemplarisch dafür sind die Weiterbeschäftigung von Globke als Staatssekretär, Filbinger als Ministerpräsident, Gehlen als Chef des neuen Geheimdienstes, Heusinger als Generalinspekteur der Bundeswehr, Buback als Generalbundesanwalt, Schleyer als Arbeitgeberpräsident und, und, und. Kasernen der Bundeswehr und Straßen sowie Plätze tragen oder trugen Namen von nazistischen Parteigängern oder Offizieren/Generälen, z.B. von Manteuffel, Moeller, Freiherr v. Fritsch, Rommel, Lent, Marseille, Lilienthal.

Nicht zu vergessen: Der bekannte Schlächter von Warschau war der deutsche SS-Gruppenführer, Generalleutnant der Waffen-SS und Polizei Heinz Reinefahrt. Er wurde nicht an Polen ausgeliefert. Im

Entnazifizierungsverfahren wurde er von jeder Schuld freigesprochen. Reinefahrt erhielt auch die Zulassung als Rechtsanwalt und war von 1951 bis 1964 Bürgermeister von Westerland. 1958 wurde er in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt.

Als das Grundgesetz für die Bundesrepublik vorbereitet wurde, erklärte einer seiner Väter: „Alle deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik sind als Irrendes anzusehen“, also als Territorium unter fremder Herrschaft, „deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben“ wäre. Nachzulesen im Protokoll der Sitzung der Unterausschüsse des Verfassungskonvents. Wer sich diesem Diktum nicht unterwerfe, hieß es weiter, sei „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen“.

Nahezu begeistert lobten polnische Politiker und Amtsträger den Auftritt des sozialdemokratischen deutschen Bundespräsidenten.

Raimon Brete, Chemnitz

Ist es schon wieder soweit?

Mit Erschrecken habe ich die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 18. Juli 2024 zur Kenntnis genommen, die Klage des Verlags 8. Mai GmbH gegen die Nennung der Tageszeitung in den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) abzuweisen.

Ich bin auch nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik der jungen Welt treu geblieben und lese mit großem Interesse die vielfältigen und hochinteressanten Artikel dieser Tageszeitung. Wenn der BfV der Zeitung unterstellt, eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft mit Einparteiendiktatur anzustreben, ist das eine grobe Unverschämtheit. Die junge Welt hat immer sehr sachlich über die DDR berichtet und dabei auch nie verschwiegen, daß Fehlentscheidungen der Parteiführung und viele Mißstände in der täglichen Arbeit der Sache Schaden zugefügt haben. Ich halte es aber für legitim, über Alternativen zum Kapitalismus zu sprechen und zu schreiben, einer Gesellschaftsordnung, die beispielsweise in ihrer Sozialpolitik wahrhaftig nicht „das Gelbe vom Ei“ ist.

Völlig daneben ist die Argumentation in Sachen Bildmontage mit Lenin. Sollen nun vielleicht alle Bücher und Veröffentlichungen von ihm aus den Bibliotheken verbannt werden? Muß ich schon Angst haben, weil ich noch einige dieser Bücher besitze? Stehen wir schon vor der nächsten Bücherverbrennung von 1933?

Mir scheint, daß die Beobachtung der Tageszeitung nicht nur schlechthin ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit ist (wie eigentlich nur „autoritären Regimen“ zugeschrieben). Diese Aktivitäten des BfV zielen offensichtlich auf die Vorbereitung für ein Verbot – wie 1933 gehabt. Die von Scholz, Pistorius, Lauterbach und anderen geforderte „Kriegstüchtigkeit“, untersetzt durch die Vereinbarung, Tomahawk-Raketen ab 2026 in Deutschland zu stationieren, kann keine „Andersdenkenden“ mehr gebrauchen und schon gar keine Medien, die diesen Raum für ihre freie Meinungsäußerung geben.

Ich wünsche der jungen Welt eine erfolgreiche Bewältigung der bevorstehenden juristischen Auseinandersetzungen, damit diese alternative Stimme noch lange Bestandteil der deutschen Medienlandschaft bleibt.

Dr. Dieter Hetsch, Halle (Saale)

Kriegsertüchtigung wichtiger als das Wohl des Volkes

Wie die diesjährigen Wahlen zeigen, zogen es ca. 50 Prozent der Bürger vor, nicht daran teilzunehmen, weil sie nicht erkennen können, daß ihre Stimme Gewicht hat.

Die Allgemeinbildung unserer Kinder wird immer schlechter. Dabei hatten wir gerade in der DDR eine Volksbildung, die unter anderem von Finnland als vorbildhaft anerkannt wurde. Heute fehlen tausende Lehrer. Man hatte 1990 ja auch nichts besseres zu tun, als die Pädagogischen Hochschulen der DDR abzuschaffen und sie zu Verwaltungsschulen umzufirmieren. Weder in der Energie- und der Verkehrspolitik noch im Gesundheitswesen gibt es Fortschritte. Im Gegenteil. Bei all den Problemen palavert man lieber, wie z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, jahrelang über die Gründung einer Klimastiftung, die man für notwendig hielt, weil der „große Bruder“ aus Übersee nicht zulassen wollte, daß wir aus Rußland Erdgas zu einem Viertel des Preises bekommen hätten, den wir jetzt für das zudem noch klimaschädlichere Frackinggas bezahlen müssen. Mit dem Ende der DDR hat man auch die Bezirksstrukturen mit der Begründung weniger Bürokratie und Verwaltung abgeschafft. Das ist wohl gründlich schiefgegangen. Heute wird in Meck-Pom jeder vierte Euro für die Verwaltung ausgegeben und die Bürokratie ist kaum zu beschreiben. Sichtbarer Ausdruck für diese Situation ist, daß weder im Kleinen noch im Großen ein Bauvorhaben zum geplanten Termin, geschweige zu den geplanten Kosten fertiggestellt wird. Derartiges spielt sich nicht nur in den Länderparlamenten, sondern auch im Bundestag ab. Monatlang streitet man über Genderpolitik, über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Corona-Maßnahmen oder die Zulassung von legalem Rauschgiftgebrauch. Alles Themen, die wichtiger zu sein scheinen, als Frieden und eine stabile Wirtschaftspolitik. Von besonderer Bedeutung für die „Abgeordneten des Volkes“ ist die Frage der Kriegsertüchtigung Deutschlands bis 2029. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern hat man es schon geschafft, den zivilen Schiffbau, der einmal ca. 50 000 Menschen Arbeit und Brot gab, kriegstüchtig zu machen. Daß dabei nur etwa 500 Arbeitsplätze übrigblieben, muß man wohl unter „Kollateralschaden“ abbuchen.

So wie bisher darf es nicht weitergehen!

Ralf Kaestner, Bützow

Schätze ...

Auf der Suche nach Spuren unserer Regionalgruppe aus den Anfangsjahren fiel meine Aufmerksamkeit auf das „RotFuchs“-Archiv.

Ich hatte mir eingebildet, die Recherche zügig vornehmen zu können. Doch in so fast jeder Ausgabe blieb ich an interessanten Artikeln hängen. Und es sind inzwischen 318 Zeitungen erschienen. Das Verblüffendste für mich war, daß viele Artikel, Berichte und Zeitschriften, auch aus den Anfängen, an Aktualität kaum verloren haben. Also, ich brauchte Tage, um mich erfolgreich durchzuarbeiten. Es lohnt sich. Ich kann allen nur empfehlen, auch einmal hineinzuschauen. Und wer nach speziellen Themen sucht, dem hilft das Register weiter. Eine wirkliche Schatzgrube!

Stephanie Meister, Halle

Bürgergeld/Hartz IV wieder da

Das Teile und Herrsche hat zu jeder Zeit zum Kapitalismus gehört. Mal mehr Zuckerbrot, mal mehr Peitsche. Aktuell ertönt erneut das Lied, es müßten schärfere Regeln her, um Bezieher von Bürgergeld und Hartz IV zur Aufnahme von Arbeit zu bewegen. „Wer keine Lust hat zu arbeiten, obwohl er könnte, wird mit strengeren Regeln beim Bürgergeld konfrontiert. Das ist sozial gerecht und in Zeiten des Arbeitskräftemangels ökonomisch klug.“ Justizminister Buschmann ist nicht der erste Politiker, der solche stigmatisierende, unterstellende, menschenverachtende, haßerzeugende, Zwietracht säende Sprüche und Behauptungen von sich gibt. Mit den Hartz-Gesetzen wurde es denen leichtgemacht, die Arbeitslose und Sozialleistungsbezieher mit Vorliebe zu Faulen, Schmarotzern, Arbeitsunwilligen, auf Kosten der Arbeitenden lebende Mitbürger abstempeln. Hat das sprichwörtlich fleißige Deutschland so viele Faule?

Leider haben Gewerkschaften bei diesen Eingriffen in den „Arbeitsmarkt“ eine unrühmliche, verräterische Rolle gespielt. Sie haben die Errichtung eines unwürdigen Zwangs-, Versklavungs- und Diffamierungsapparates geduldet und nur halbherzig bekämpft. Dem Kapital ist Ausbeutung der Arbeitskraft in aller Brutalität und Unmenschlichkeit bis heute wesenseigen und nicht vorzuwerfen. Gewerkschaftlichen Interessenvertretern der arbeitenden Menschen, einschließlich der Ausgegrenzten, denen kann der Vorwurf nicht erspart bleiben. Es ist ihnen vorzuwerfen, das üble Spiel des Kapitals als Bündnispartner mitzumachen, in vielgestaltiger Form der Entmenschlichung der Arbeitskraft, der Entfremdung des Menschen von seinem ureigensten Wesen, der Arbeit, die ihn erst geschaffen hat, wie F. Engels schrieb.

Warum halten Gewerkschaften oder linke Kräfte den Buschmanns und Co. nicht einmal reale Statistiken und Untersuchungen entgegen, zu denen jedes Arbeitsamt in der Lage ist, die wirklich den Anteil derer ausweisen, die angeblich faul und arbeitsunwillig sind?

Warum wird bewußt verschwiegen, daß Leistungsbezieher vor allem Ältere, Kranke oder Kinder sind? Warum wird verschwiegen, daß Verschärfungen es Menschen noch schwerer machen, Arbeit aufzunehmen, von der sie nicht leben können und Bittsteller bleiben?

Roland Winkler, Aue



Washington, 15. April 2017: Protest gegen Krieg. Am 1. September ist Antikriegstag

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.